Donnerstag, 22. Dezember 1983 - D * * *

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 298 - 51. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 30 41 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Enge Beziehung USA-Israel: Die von arabischen Staaten kritisierte enge militärische und politische Zusammenarbeit zwischen den USA und Israel sei nur Bestätigung bereits bestehender enger Beziehungen, erklärt Präsident Reagan. Es gebe für die Araber keinen Grund zur Beunruhigung. Der Präsident bekräftigt den Befehl an die US-Friedenstruppe in Libanon, zurückzuschießen, wenn sie angegriffen wird.

Guerrilla: Die peruanische Regierung hat positiv auf Anzeichen für eine Art Waffenstillstand der Guerrilla-Organisation „Sendero Luminoso" reagiert. – In Argentinien löst sich die linksperonistische Guerrilla-Gruppe „Montoneros" auf. (S. 3)

Politische Urteile: Eine Veränderung der „Straftatbestände" für ausreisewillige Deutsche in der „DDR" vermerkt die Arbeitsgemeinschaft 13. August. Anstelle von „Republikflucht" werde jetzt häufiger „Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit" vorgeschoben.

CDU für Lateinamerika: Die Union wolle die Demokratien in Lateinamerika unterstützen, erklärt Generalsekretär Geißler nach Rückkehr aus Argentinien und Chile. Die Militärdiktaturen hätten „abgewirtschaftet".

Appell Ben Aris: Der israelische Botschafter in Bonn hat an die Deutschen appelliert, sich wie in Europa auch im Nahen Osten für Abrüstung einzusetzen.

Berlin-Bewußtsein: Die Stärkung des Bewußtseins über Aufgaben und Rolle Berlins sei eine wichtige Aufgabe des Bundespräsidenten, erklärt Berlins Regierender Bürgermeister von Weizsäcker. Nach seiner Wahl in dieses Amt wolle er sich möglichst häufig in der geteilten Stadt aufhalten, allerdings gemäß dem Viermächte-Statut keine Amtshandlungen dort vornehmen.

Freikauf geht weiter: Die Bundesregierung werde auch 1984 weiter Häftlinge aus der „DDR" freikaufen, kündigt der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Windelen, an.

Annäherung: Spaniens Ministerpräsident Gonzalez sieht nach einem Besuch bei Präsident Mitterrand in Paris Annäherungen in der Frage eines EG-Beitritts seines Landes.

Zweifel an Hilfsprogramm: Katholische Kreise in Westeuropa hegen Zweifel daran, ob das geplante Hilfsprogramm für die private polnische Landwirtschaft verwirklicht werden kann. (S. 1)

Sowjetjustiz: Ein neues Gesetz in der Sowjetunion erlaubt allen Gefängnisleitern, das Strafmaß für Häftlinge ohne Urteil zu verlängern, wenn diese „ungehorsam" sind.

Heute: Grundsteinlegung für Europas zweitgrößtes Herzzentrum in Berlin mit Sozialminister Blüm. – Altkanzler Schmidt wird Ehrenbürger von Hamburg.

ZITAT DES TAGES



» Ich glaube nicht, daß das Wählerpotential, das die Union und die FDP ansprechen, schon voll ausgeschöpft ist. «

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick in einem WELT-Interview

FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Haushalt: Die Bundesregierung werde „vielleicht noch bis 1987" mit der Konsolidierung des Staatshaushalts zu tun haben, erklärt Finanzminister Stoltenberg.

OECD: Die westeuropäischen Industriestaaten werden bis Mitte 1985 hinter dem Wirtschaftsaufschwung in den USA herhinken, prognostiziert die OECD. (S. 7)

Immobilienpreise: Mit Ausnahme einiger Großstädte niedriger als im Vorjahr, berichtet der Ring Deutscher Makler. (S. 7)

Elektrohandwerk: 1984 wird „halbwegs zufriedenstellende Auftragslage" erwartet, vor allem in baunabhängigen Bereichen.

Konjunktur: Pessimistischer als die Bundesregierung zeigt sich die OECD. Sie rechnet mit einem Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland von nur 2,0 Prozent 1984. (S. 1)

Dresdner in der Schweiz: Die Dresdner Bank AG hat eine Tochtergesellschaft in der Schweiz gegründet: Dresdner Bank (Schweiz) AG.

Börse: Die Tendenz an den deutschen Aktienmärkten war am Mittwoch freundlich bis fest. WELT-Aktienindex 149,8 (149,4). Auch am Rentenmarkt zogen die Kurse überwiegend an. Dollar-Mittelkurs 2,7705 (2,7657) Mark. Goldpreis je Feinunze 378,60 (378,10) Dollar.

KULTUR

Ernst-Reuter-Preis: Der vom innerdeutschen Ministerium gestiftete Preis geht für Berichte über den Aufstand gegen das SED-Regime 1953 und ein Feature über die Elbe an die Rundfunkredakteure Fricke (Deutschlandfunk) und Drews-Bernstein (NDR).

Katholikentag: Mehr Kunst beim Katholikentag wünscht sich der Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Bayerns Kultusminister Maier. Die katholische Kirche müsse zu einem zwangloseren Umgang mit Künstlern finden.

SPORT

Ski Alpin: Irene Epple wurde im Abfahrtslauf von Haus/Steiermark nur von Hanni Wenzel (Liechtenstein) besiegt, die zum ersten Mal in ihrer Karriere eine Abfahrt gewinnen konnte. (S. 12)

Olympia: Die Organisatoren der Sommerspiele von Los Angeles rechnen mit Millionen Dollar Gewinn. Einnahmen von 513,2 Millionen stehen bisher Ausgaben von 497,7 Millionen Dollar gegenüber.

AUS ALLER WELT

Befugnis: Vom Aussterben bedrohte Tiere und Pflanzen finden zunehmend auf Truppenübungsplätzen der Bundeswehr eine letzte Zuflucht, stellt die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe fest.

Chopper-Urteil: Wegen Vortäuschung einer Straftat und dreifa-

Es ist keine Beleidigung ist der „Chopper"-Zahnarzt in Regensburg zu 8800 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Auch die mitangeklagte Ehefrau fand keine Gnade vor den Richtern. (S. 14)

Wetter: Von Südwest Bewölkungsverdichtung und Durchzug eines Regengebietes.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Präsident Reagan stellt klar: US-Soldaten bleiben in Libanon

Israel protestiert gegen westliche Hilfe bei der Evakuierung Arafats

DW. Washington/Tel Aviv

US-Präsident Ronald Reagan ist mit seiner jüngsten Nahost-Erklärung allen Spekulationen über eine vorzeitige Beendigung des amerikanischen Libanon-Engagements entgegengetreten. Reagan präzisierte: Amerikanische Soldaten würden „so bald wie möglich nach Erfüllung unserer Aufgabe" aus dem Krisengebiet abgezogen. Damit meine er Frieden und den Abzug aller ausländischen Truppen aus Libanon, fügte Reagan hinzu.

In der vergangenen Woche war der amerikanische Präsident mit der Bemerkung zitiert worden, daß er die US-Soldaten der Friedenstruppe nach Hause holen würde, falls die innerlibanesischen Versöhnungsgespräche scheitern sollten; dann gäbe es keinen Grund für die US-Soldaten, dort zu bleiben. Der Präsident qualifizierte diese Erklärung in seiner Pressekonferenz als „Hypothese", mit der niemandem etwas habe signalisiert werden sollen. Die in Genf aufgenommenen Versöhnungsgespräche der libanesischen Bürgerkriegsparteien bewertete er positiv. Es habe Fortschritte gegeben: So werde Amin Gemayel jetzt als legitimer Staatspräsident anerkannt. „Das Hindernis scheint jetzt immer noch Syrien zu sein."

Zu den amerikanischen Vergeltungsangriffen nach den Schüssen auf US-Marineinfanteristen in Beirut sagte Reagan: „Als die Heckenschützen begannen, habe ich klargestellt: Wenn auf einen amerikanischen Soldaten geschossen wird, dann kann er zurückschießen." Es sei bisher zu

SEITE 3: Öl der Saudis schmiert den Terror
SEITE 5: Reagan weicht nicht zurück

keiner Eskalation des Konflikts gekommen, sondern im Gegenteil zu einer Art „Denkpause" auf seiten der Heckenschützen. Weil der Nahe Osten aber insbesondere für die USA und ihre Verbündeten von großer Bedeutung sei, und in dem „Pulverfaß" ein „Krieg, den niemand will" ausbrechen könnte, sollten die US-Marineinfanteristen noch in Beirut bleiben.

Italien, das neben den USA, Frankreich und Großbritannien die Friedensstreitmacht stellt, plant den Abzug eines Teils seines Kontingents. Verteidigungsminister Spadolini kündigte im Senat an, das Kontingent, das in erster Linie für die Bewachung der Palästinenserlager Sabra und Schatila zuständig ist, müsse verringert werden. Einen Zeitplan nannte er jedoch nicht. Reagan ging nicht auf die Ankündigung aus Rom ein.

Die von arabischen Staaten und auch der Vollversammlung der Vereinten Nationen kritisierte engere militärische und politische Zusammenarbeit der USA und Israels bezeichnete Reagan als Bestätigung bereits bestehender enger Beziehungen. Die arabischen Staaten hätten keinen Grund beunruhigt zu sein. Der ägyptische Außenminister Kamal Hassan Ali zeigte sich denn auch nach Gesprächen mit US-Außenminister Shultz befriedigt über Erläuterungen zum Abkommen zwischen Washington und Jerusalem über engere strategische Zusammenarbeit.

Der israelische Ministerpräsident Schamir hat mit „Protest und Schock" darauf reagiert, daß die UNO und westliche Staaten bei der Evakuierung des PLO-Führers Arafat aus Libanon Hilfestellung leisteten. Es sei unverständlich, daß die UNO sowie Frankreich und Griechenland dabei geholfen hätten, Menschen aus der Umzingelung zu befreien, die erst kürzlich die Verantwortung für einen neuen Terroranschlag in Jerusalem übernommen hätten.

DER KOMMENTAR

Feines Geleit

PETER M. RANKE

Man greift sich an den Kopf, wenn man die Bilder sieht: Französische Kriegsschiffe geleiten den berüchtigtsten Schreibtisch-Mörder der Nachkriegsgeschichte in einen sicheren Hafen. Warum dieser Aufwand, dieses Engagement? Niemand weiß, ob Arafats zweiter Abzug aus Libanon das Ende seiner Karriere oder den Anfang einer neuen bedeutet. Gegen die Syrer und ihre Rollkommandos hatte er keine Chance. Nicht allzu fern liegt jedoch die Möglichkeit, daß dieser Chef-Terrorist in einem Refugium neues Unheil organisieren kann.

Bei dem Namen Arafat denkt die zivilisierte Welt vor allem an München und Olympia 1972. Damals ermordeten seine Terroristen elf israelische Sportler, und Khadhafi zahlte als „Anerkennung" fünf Millionen Dollar. Heute aber belichten die Medien Arafat als einen prominenten Flüchtling, und sie verbreiten Bilder, die an das Mitleid appellieren. Sie folgen damit der Begriffsverwirrung jener Politiker, die aus dem Palästinenser einen „Partner" oder einen „Freiheitskämpfer" gemacht haben, der für eine gute, weil nationale Sache kämpft.

In den Medien wird auch behauptet, Arafat habe aus der Geschichte gelernt und sich gewandelt. Dabei hat die PLO allein zwischen Juni 1978 und September 1979 nicht weniger als 268 Terrorakte in Israel, in den besetzten Gebieten und im Ausland verübt. 40 Menschen starben, unter ihnen 13 Araber. Wahrhaft eine blutige Spur. Sie führt weit über Israel und Libanon hinaus nach Europa.

Der PLO-Chef ist der Erfinder des internationalen Terrorismus. Man duckte sich unter seinen Schlägen. Das Händeschütteln westlicher Politiker und sogar des Papstes konnte „Mr. Palästina" nicht besänftigen. Auch die „Anerkennung" der PLO bewirkte nichts anderes als eine Ermutigung des Verbrechens. Die Terroristen Europas, von den Bombenlegern der IRA bis zu den „Kämpfern" der rechtsradikalen Wehrsportgruppe Hoffmann, haben in den Lagern der PLO ihr Handwerk gelernt. Wenn sich die Aktivitäten der militanten Palästinenser auf Israel konzentrierten, atmete der Rest der Welt erleichtert auf. So wuchs die Bereitschaft, seine Motive zu vereden und das Morden mit dem Begriff des „Freiheitskampfes" zuzudecken.

Terroristen ändern sich aber nicht, wenn man sie schön anleuchtet und um Verständnis für sie wirbt. Denn wo Arafat auch landen wird: die regellose Gewaltanwendung ist sein Bekenntnis und sein Ziel. Man hätte ihn besser in Tripoli sitzenlassen, seiner letzten Stadt.

FDP beharrt auf „Leistungseliten"

Brief Genschers an die Partei: Neue Wege in der Bildungspolitik gehen

STEFAN HEYDECK, Bonn

In der FDP rückt die Forderung nach neuen Wegen in Bildung und Wissenschaft ins Zentrum der innenpolitischen Aussagen. Der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher sprach sich in einem Schreiben an die Führungsgremien und Mandatsträger seiner Partei abermals für „Leistungseliten" und für die Schaffung privater Universitäten aus. Es müßten alle Energien eingesetzt werden, um die Herausforderungen „der dritten industriellen Revolution" bestehen zu können. Wenn hier der Anschluß gefunden werde, könnten gleichzeitig die strukturellen Probleme der Wirtschaft überwunden werden.

Genscher sprach sich zwar einerseits gegen „Geld- und Standeseliten" aus, weil diese in einer demokratischen Gesellschaft keinen Platz hätten. Er betonte jedoch: „Aber wer ja sagt zur Leistungsgesellschaft, muß auch ja sagen zu Leistungseliten." Zu ihnen müsse der Aufstieg aus allen sozialen Schichten geöffnet sein.

Weiter trat er dafür ein, die staatlichen Hochschulen und ihre Forschungsarbeiten zu entbürokratisieren. Sie sollten einem Wettbewerb ausgesetzt werden, der durch private Hochschulen zusätzlich belebt werden müsse.

SEITE 6: WELT-Interview mit W. Mischnick

Der Forschung auf den Gebieten Mikroelektronik und Biotechnik, die der Bundesrepublik den Anschluß an die technologische Entwicklung möglich machen könne, müsse „auch durch private Universitäten jede nur denkbare Förderung gewährt werden, mit den besten Wissenschaftlern".

Mit diesen Forderungen, die Genscher bereits vor der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gestellt hatte, war er auf Kritik der SPD und auf Vorbehalte bei der Union gestoßen. Daraufhin hatten die beiden FDP-Bildungspolitiker Friedrich Neuhausen und Walter Rasch vorsorglich erklärt, es werde auf diesen Gebieten mit den Liberalen „keine konservative Gegenreform" und auch keine „scharfe Wende zur Privat-Elite" hin geben (WELT v. 17. 12.).

Genscher bezeichnete den Übergang von der Anspruchs- zur Verantwortungsgesellschaft und die offensive Auseinandersetzung mit einem kollektiven Kulturpessimismus als „ur-liberale Themen". Er ging in seinem Brief auf diese Fragen offensichtlich deshalb noch einmal ausführlich ein, weil die künftige Gestaltung der Bildungspolitik für die Freien Demokraten im nächsten Jahr zu einem der wichtigsten Themen werden soll. So soll sie im Mittelpunkt des Parteitags Anfang Juni in Münster stehen. Entwürfe und Vorlagen werden bereits von der Programmkommission erarbeitet.

Schiller warnt vor Verkürzung der Arbeitszeit

DW. Bonn

Die deutsche Wirtschaft kann nach Ansicht des früheren Wirtschafts- und Finanzministers Karl Schiller die 35-Stunden-Woche nicht verkraften. Wie Schiller in einem Interview mit der Illustrierten „Neue Revue" sagte, bedeute eine „hastige Einführung" der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich rechnerisch eine Lohnerhöhung von 14,3 Prozent. Mittlere und kleinere Betriebe würden schwer getroffen. Ein Anstieg in dieser Größenordnung wäre auch für die großen Betriebe nicht zu verkraften, erklärte Schiller.

Wenn man jetzt sichtbar in die Arbeitszeitverkürzung einsteigen wolle, werde für Lohnsteigerungen kaum etwas übrig bleiben. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit um nur eine Stunde komme einer Lohnerhöhung von etwa 2,6 Prozent gleich. Nach Abzug der Preissteigerungen würden die Löhne sogar sinken. Auch zur Beschaffung neuer Arbeitsplätze ist die Arbeitszeitverkürzung nach Ansicht des ehemaligen sozialdemokratischen Ministers nicht geeignet.

In der Verkürzung der Lebensarbeitszeit sieht Schiller nur einen „milderen Weg". „Krass gesprochen bedeutet das doch nur, daß mit Hilfe öffentlicher Mittel und Geld der Unternehmer ältere Arbeitnehmer für jüngere den Platz räumen", sagte Schiller. Es gehe dabei nur um einen Austausch der Arbeitslosen. Die Vorruheständler seien doch nur getarnte Arbeitslose. Schiller zeigte sich zuversichtlich, daß in den kommenden Jahren die Arbeitslosigkeit geringer werde.

OECD: Deutsches Wachstum nur durch Export

J. Sch. Paris

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) prophezeit, daß die Bundesrepublik im nächsten Jahr mit einer Steigerung ihres Bruttosozialprodukts um real 2 Prozent rechnen könne, nach 1 ¼ Prozent 1983 und minus 1,1 Prozent 1982. Aber diese leichte Beschleunigung des Wirtschaftswachstums wäre ausschließlich dem Export zu verdanken, meint die OECD. Sie geht dabei davon aus, daß die deutsche Ausfuhr 1984 um real 4 Prozent zunimmt. Damit würden weltweit Marktanteile hinzugewonnen werden.

Bei dieser Prognose sind aber unveränderte Wechselkurse unterstellt. Eine exportschädliche Aufwertung der D-Mark ist jedoch nach Auffassung der OECD-Experten nicht unwahrscheinlich. So wird einmal eine Abschwächung des zur Zeit extrem hohen Dollar-Kurses erwartet. Darüber hinaus kann wegen der unterdurchschnittlichen deutschen Inflationsrate (3 ¼ Prozent 1984) mit einer Befestigung des D-Mark-Kurses auch in Europa gerechnet werden.

Als weiteren Unsicherheitsfaktor nennt die OECD die Importnachfrage der Opec-Länder, auf die die deutsche Wirtschaft in besonders starkem Maße angewiesen sei. Andererseits könnte der inländische Verbrauch der Konjunktur zusätzliche Impulse geben. Sein nur auf ein halbes Prozent veranschlagter Zuwachs müßte steigen, falls die Deutschen weniger sparen.

Seite 7: Staaten im Aufschwung

Hilfe für Polens Bauern unsicher

Kirche besteht darauf, daß nötige Freiheit der Projekte gewahrt bleibt

KNA/DW. Bonn/Warschau

In katholischen Kreisen Westeuropas wachsen die Zweifel, ob das seit mehr als einem Jahr favorisierte Modell eines Hilfsprogramms für die polnische private Landwirtschaft überhaupt verwirklicht werden kann. Dem „Selbsthilfefonds" hat Arbeiterführer Lech Walesa die mit dem Friedensnobelpreis verbundenen umgerechnet rund 500 000 D-Mark zugesagt.

Tatsächlich wird die Verabschiedung des Stiftungsgesetzes im polnischen Parlament im Sommer 1984 abgewartet. Von der Formulierung dieses Gesetzes hängt ab, inwieweit sich die Kirche überhaupt über das Planungsstadium hinaus engagieren wird. Denn erste Bedingung ist: Die nötige Freiheit für die Projekte muß gewahrt sein.

Bei den deutschen Fachleuten herrscht Skepsis, ob zentral verwaltete Staat und Wirtschaft eine solche „private Enklave" überhaupt zulassen werden. Dazu kommt die Angst mancher polnischer Bauern vor einer genossenschaftlichen Organisation der Hilfe, die aber für ein Gelingen unabdingbar ist. „Und wenn dann alles gut floriert, dann kommt der Staat und enteignet alles", wird als ein Bedenken der unmittelbar Betroffenen genannt.

Die Vorarbeit ist inzwischen von beiden Seiten beendet, so daß kurzfristig mit dieser „Hilfe zur Selbsthilfe" begonnen werden könnte. Zunächst sind zwei Aktionen geplant: In der Landwirtschaft soll jeder mit Gummistiefeln ausgestattet werden. Eine Geste eher, die deutlich machen soll, daß tatsächlich etwas geschieht. Anschließend sollen verschiedene Pilotprojekte testen, wie die Hilfe angenommen wird und wie das, was am grünen Tisch überlegt wurde, sich in der Praxis durchsetzen läßt.

So ist daran gedacht, in einer Woiwodschaft die Milchverwertung zu verbessern, in einer anderen wird eine Wasserleitung gelegt. Grundprinzip der Stiftung wird sein, daß vom Westen her Sachleistungen kommen, so etwa Maschinen, Ersatzteile, Rohre, Baumaterialien oder Saatgut. Dafür zahlen die polnischen Empfänger Gelder in den „Fonds Ost", aus dem dann weitere Zahlungen erfolgen können. Der „Fonds Ost" wird gespeist aus Spenden, Kollekten und anderen Geldern.

Die Kirche im Westen sieht sich zudem in einer undankbaren Rolle: Da der Boykott von westlicher Regierungsseite aufrechterhalten bleibt, die Politiker aber andererseits Polen helfen wollen, sehen diese in der kirchlichen Hilfe ein ideales Vehikel. Von daher bekommt die kirchliche Hilfe unauffällig jede mögliche politische Unterstützung. Das Hauptproblem wird aber bleiben, wie eine solche private Initiative in den vorgegebenen staatlichen Rahmen in Polen passen wird. Am Ende wird eine Entscheidung in Polen ohnehin erst fallen, wenn auch die Bündnispartner ihr Einverständnis erklärt haben. Denn nicht nur Polen ist hilfsbedürftig, auch die Tschechoslowakei oder Ungarn.

Künftiger Bundespräsident will Berlins Rolle stärken

Weizsäcker: Zeitweise werde ich im Schloß Bellevue leben

dpa, Berlin

Der Berliner Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker (CDU) will auch nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten zeitweise in Berlin leben. Da das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland seinen Sitz nicht nur in Bonn, sondern auch im Berliner Schloß Bellevue habe, halte er es für wichtig, beide Residenzen auch zum Leben zu benutzen, sagte Weizsäcker der Deutschen Presse-Agentur.

Dem Viermächteabkommen entsprechend werde er jedoch keine Amtshandlungen in Berlin vornehmen. Als wichtige Aufgabe des Bundespräsidenten bezeichnete es Weizsäcker, bei den Bürgern das Bewußtsein für die Rolle Berlins im geteilten Deutschland zu schärfen. Er habe auch bisher versucht, den Menschen klarzumachen, „was sie von Berlin haben, und nicht nur, was Berlin von ihnen hat".

Weizsäcker sagte, daß er bis zur Amtsübergabe an den von der Berliner CDU zu seinem Nachfolger nominierten Fraktionschef Eberhard Diepgen „vollen Dienst" in Berlin tun werde. Begonnene Projekte, wie die Verhandlungen mit der „DDR"-Reichsbahn zur Übernahme der S-Bahn in West-Berlin, wolle er noch „zu Ende bringen". Für „unvernünftige Hast" und einen sofortigen Rücktritt, wie ihn die SPD-Opposition fordert, gebe es nicht den geringsten Grund. Die Amtsübergabe an seinen Nachfolger soll nach Plänen der CDU im Februar stattfinden.

Nach rund zweieinhalbjähriger Regierungstätigkeit in Berlin, meinte Weizsäcker, könne er sein Amt „guten Gewissens in neue Hände legen". Die entscheidenden Weichen für die Konsolidierung der Finanzen seien gestellt und die notwendigen strukturellen Änderungen in der Wirtschaftspolitik eingeleitet worden. Er sei überzeugt, daß Diepgen fähig sei, die Führung im Koalitions-Senat von CDU und FDP zu übernehmen. „Prinzipielle Meinungsverschiedenheiten" mit seinem Nachfolger über den politischen Kurs gebe es nicht. Spekulationen, sein Weggang werde zu einem „Rechtsruck" in der Regierungspolitik führen, wies der Regierende Bürgermeister zurück. Diepgen werde sich im Zweifel immer für die „liberalere Lösung" einsetzen.

Gegen deutsche Waffen für Nahost

Israels Botschafter appelliert an Bonn, in dem Krisengebiet für Abrüstung einzutreten

BERNT CONRAD, Bonn

Der israelische Botschafter in Bonn, Jitzhak Ben-Ari, hat an die Deutschen appelliert, keine Waffen in den Nahen Osten zu liefern, sondern sich dort, ebenso wie in Europa, für Abrüstung einzusetzen. „Es gibt im Nahen Osten viel mehr Waffen als man braucht, auf jeden Fall für den Frieden braucht. Und was der Nahe Osten braucht, sind mehr Gespräche, mehr Dialog und weniger Waffen", sagte Ben-Ari gestern in einem Interview des Deutschlandfunks.

Keinen Zweifel ließ der Botschafter daran, daß die Rüstungsgeschäfte, die Bundeskanzler Helmut Kohl Saudi-Arabien Anfang Oktober in Dschidda in Aussicht gestellt hatte, bei dessen für Januar vorgesehenen Israel-Besuch eine wichtige Rolle spielen werden. Auf einer deutsch-israelischen Tagung in Jerusalem hatten israelische Teilnehmer kürzlich schon „ihre tiefe Besorgnis über Berichte zum Ausdruck gebracht, daß deutsche Rüstungsgüter an Saudi-Arabien geliefert werden könnten". Die Vorstellung, „daß mit in Deutschland hergestellten Waffen jemals wieder auf Juden geschossen werden könnte", sei dort als unerträglich bezeichnet worden. Ben-Ari drückte sich zwar vorsichtig aus, meinte aber unmißverständlich: „Ich glaube, die bisherige Einstellung der Bonner Regierung, sich in Waffenlieferungen zurückzuhalten, war eine aus deutscher Sicht richtige Einstellung."

Am Dienstag hatte eine Delegation saudiarabischer Offiziere eine Informationsreise zu Einrichtungen der Bundeswehr und deutschen Rüstungsunternehmen abgeschlossen. Dabei zeichnete sich ab, daß sich die Saudis vor allem für Panzerfahrzeuge, Radaranlagen und elektronische Feuerleitsysteme interessierten.

Dazu bemerkte der israelische Botschafter, in der modernen Zeit sei zwischen Verteidigungswaffen und Angriffswaffen überhaupt nicht zu unterscheiden. Anti-Panzer-Raketen könnten die Sicherheit eines anderen Landes genau so in Gefahr bringen wie die modernsten Panzer. Er betonte, seine Ablehnung von Waffenlieferungen gelte auch für Ägypten und Israel selbst. „Wenn ich sage: weniger Waffen, so sage ich das für den ganzen Raum", versicherte Ben-Ari.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Reisepläne

Von Carl Gustaf Ströhm

In einer Zeit, da Politiker und kirchliche Würdenträger manchmal sinnlos herumreisen, verspricht eine Reise schon jetzt nicht nur sinnvoll, sondern sehr interessant und bedeutsam zu werden: Der polnische Primas und Kardinal Josef Glemp plant, einer Einladung des Patriarchen der russisch-orthodoxen Kirche nach Moskau Folge zu leisten.

Eine Fahrt des Oberhirten der polnischen Katholiken in die Sowjetunion – ein Unternehmen, von dem man sicher annehmen darf, daß es bis in die Einzelheiten mit dem Papst aus Polen abgesprochen wurde – wäre ein epochales Ereignis. Russische Orthodoxie und polnischer Katholizismus standen einander jahrhundertelang als Feinde, manchmal sogar als Todfeinde gegenüber.

Es ist also auch für einen russischen Patriarchen nicht ganz einfach, sich zu einem Dialog mit einem polnischen Primas zu entschließen. Nun könnte man sagen: Die russisch-orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats ist ein gehorsamer Diener der Sowjetmacht. So einfach ist das aber nicht. Keine andere Kirche oder Religionsgemeinschaft hat unter der Sowjetmacht so furchtbare Blutopfer bringen müssen wie die russische Orthodoxie. Daß sie überlebt hat, grenzt an ein Wunder. Sie sucht ihre Kompromisse mit der atheistischen Staatsmacht – aber sie ist dennoch ein eigenständiger Faktor. Sie lehnt zum Beispiel den Marxismus/Leninismus ab – und sagt das auch *offen*.

Wenn diese russische Orthodoxie jetzt – sicher mit Wissen und Billigung der Kreml-Führung – als Gesprächspartner Glemps und indirekt damit auch des Papstes auftritt, so schafft das allein schon eine neue Realität. Das Moskauer Patriarchat wird aufgewertet, gestärkt und erhält ein neues Selbstbewußtsein. Denn die Kreml-Führung, die offenbar Primas Glemp irgendwie bei der Lösung des polnischen Dilemmas einschalten möchte, kann nicht direkt mit einem katholischen Erzbischof Umgang pflegen.

Daraus ergibt sich die paradoxe Situation: Um mit Glemp, der einen der Schlüssel zur polnischen Frage in der Hand hält, reden zu können, muß Moskau seiner eigenen Kirche den Rücken stärken. Vielleicht wird man Glemp sogar gestatten müssen, die litauischen und lettischen Katholiken in Wilna und Riga zu besuchen.

Talbot-Kompromiß

Von Joachim Schaufuß

Durch einen Kompromiß zwischen den wirtschaftlichen Notwendigkeiten und den sozialen Gegebenheiten ist der Talbot-Konflikt zunächst einmal entschärft worden. Die private Peugeot-Gruppe darf in dem Automobilwerk ihrer Tochter von Poissy bei Paris zum Jahresende 1905 Arbeiter – zu 80 Prozent Gastarbeiter – entlassen. Das sind genau 1000 weniger, als beantragt worden waren. Gleichwohl handelt es sich hier um die erste Großentlassung der sozialistischen Ära. Bisher wurde zwecks Stabilisierung der Arbeitslosenziffer vorzeitig pensioniert, oder es wurden mit Staatshilfe zuvor Ersatzarbeitsplätze geschaffen. Beides ist heute aus finanziellen Gründen nicht mehr möglich.

In dieser Situation hat Premierminister Mauroy eine magische Formel gefunden, der inzwischen auch sein kommunistischer Koalitionspartner zustimmte. Danach wird bei Talbot aus „technischen Gründen" eine Woche lang nicht mehr weitergearbeitet und gewährt dann die noch ausstehende fünfte bezahlte Urlaubswoche. Dabei hofft man, daß sich die streikenden Arbeiter über Weihnachten und Neujahr beruhigen. Das öffentliche Interesse an ihrem Ausstand läßt jedenfalls schon merklich nach. Schließlich hat die kommunistische CGT-Gewerkschaft, die vor zwei Wochen mit der Forderung auf Verzicht jeder einzigen Entlassung die rund 16 000 Poissy-Arbeiter zu einem fast hundertprozentig befolgten Streik aufrief, ihre Position wesentlich gemildert. Das Sozialprogramm von Talbot, das insbesondere Arbeitsplatzbeschaffungsprämien für andere Unternehmen und Umschuldungsbeihilfen vorsieht, hält CGT-Boß Krasucki für durchaus akzeptabel, wenn auch noch über die Durchführung verhandelt werden müßte. Damit dürfte die linkssozialistische CFDT als zweitgrößte Gewerkschaft mit ihren weitergehenden, bis zur Betriebsbesetzung reichenden Forderungen kaum noch genügend Gehör finden.

Ob der Talbot-Kompromiß für die bald anstehenden Großentlassungen insbesondere in der Stahlindustrie, dem Schiffbau und dem Kohlebergbau von den Gewerkschaften als Präzedenzfall anerkannt wird, wie Mauroy wünscht, ist allerdings eine andere Frage. Denn dort geht es durchweg um staatliche Unternehmen in Regionen mit überdurchschnittlich hoher Arbeitlosigkeit, die verhältnismäßig wenig Gastarbeiter beschäftigen.

Linke Folklore

Von Günter Friedländer

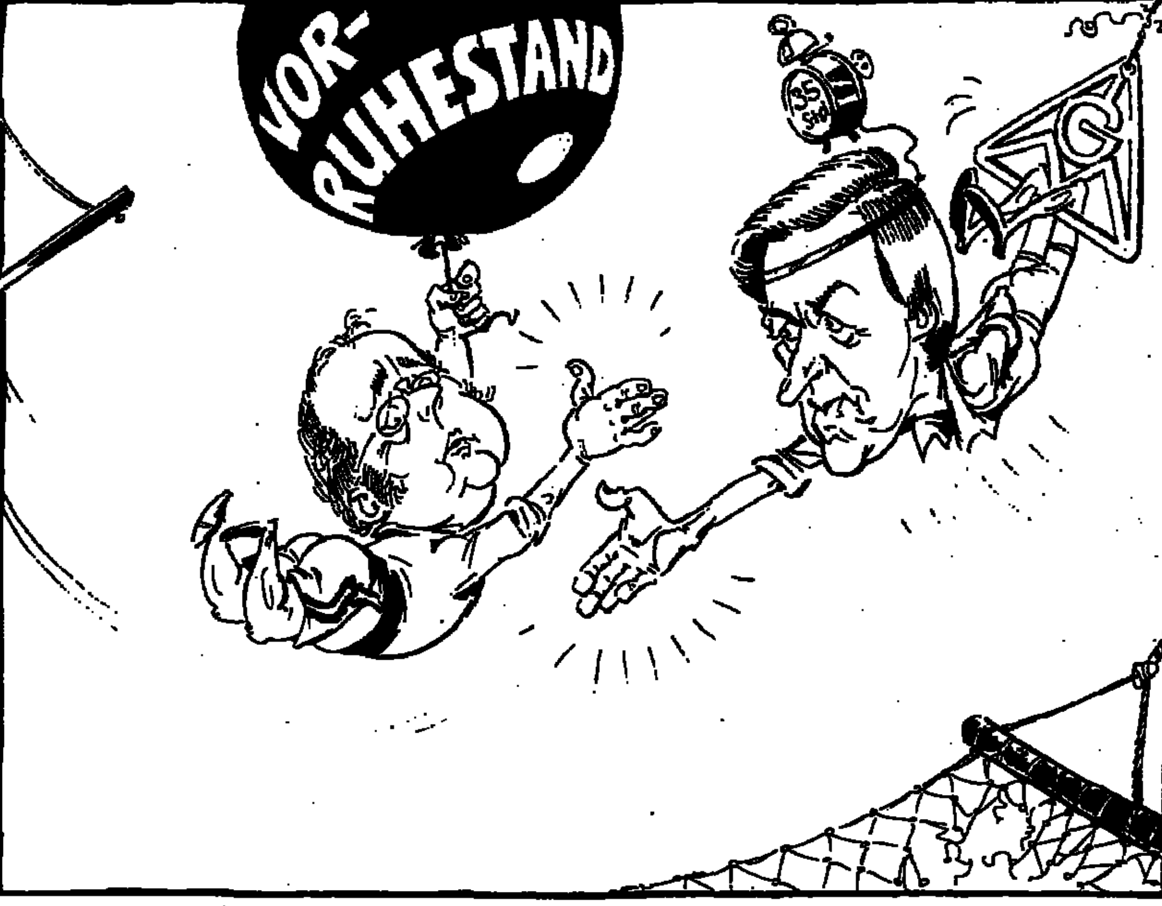
Am 1. Januar 1984, 25 Jahre nach Fidel Castros Einzug in Havana, beginnen im Rahmen der „Stimme Amerikas" die Programme des Rundfunksenders „José Marti", er soll den Kubanern jene Nachrichten bringen, die ihre Herren ihnen vorenthalten.

Die Wahl des Namens „José Marti", ein Wunsch der im Exil lebenden Kubaner, weckt historische Erinnerungen. Denn der kubanische Befreier ist in ganz Lateinamerika Symbol des Unabhängigkeitsgedankens und des panamerikanischen Ideals. Martis Schicksal war wie das vieler Lateinamerikaner: das Exil.

Es gehört zur Folklore der politischen Linken, die Vereinigten Staaten für Lateinamerikas Diktaturen verantwortlich zu machen. Das Gegenteil ist eher richtig. Die USA mußten oft in das Machtvakuum einziehen, das frühere europäische Kolonialherren hinterlassen hatten. Sie wurden – wie im Fall Grenadas – zu Hilfe gerufen und trugen besonders in der Karibik oft dazu bei, demokratische Lebensformen zu finden und die Wirtschaft zu organisieren.

Die Diktaturen, die Lateinamerikas demokratische Entfaltung bis zum heutigen Tag immer wieder unterbrechen, sind keineswegs dem Einfluß der USA anzulasten. Ein Beispiel ist Nicaragua, wo die USA 1928 halfen, freie Wahlen abzuhalten, worauf sie dann das Land verließen. Aber Somoza stürzte drei Jahre später den aus den Wahlen hervorgegangenen Sacasa. Lateinamerikas Diktatoren kamen oft nicht aus der herrschenden *sozialen Schicht, sondern brachten weniger privilegierte* Kreise an die Macht. Der Peronismus ist dafür das letzte Beispiel.

Der Rundfunksender „José Marti" setzt die Arbeit des kubanischen Befreiers fort: vom amerikanischen Festland aus die demokratische Botschaft in das wieder zur Kolonie gewordene Kuba zu tragen.



Probeflug

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Orientierung am Gemeinwohl

Von Günther Bading

Ernst Breit macht sich Sorgen um seinen DGB. Man dürfe sich in der Auseinandersetzung um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden hier und Reduzierung der Lebensarbeitszeit durch Frühverrentung dort nicht spalten lassen, warnt er die 17 Einzelgewerkschaften. Nichts wäre schlimmer für den Gewerkschaftsbund, als die Aufteilung der Einzelorganisationen in der öffentlichen Meinung in „vernünftige" (die die Vorruhestandsregelung wollen) und „unvernünftige", die – Konjunktur hin und Aufschwung her – die 35-Stunden-Woche mit aller Macht durchsetzen wollen.

Nicht nur mit aller Macht, sondern um die Macht müßte es richtiger heißen. Denn in den traditionellen Kampf der Gewerkschaften *und der Arbeitgeberverbände um* die öffentliche Meinung zu Beginn von Tarifrunden mischen sich aus der IG Metall bedrohliche Töne. Daß von der vielleicht härtesten Tarifauseinandersetzung seit Kriegsende gesprochen wird, mag man noch als „Waffengeklirr" abtun, wie es der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG), Günter Döding, soeben formuliert hat. Nicht einfach zur Tagesordnung übergehen allerdings kann man über Bemerkungen des inzwischen zum Vizevorsitzenden der IG Metall aufgerückten Franz Steinkühler, der den Kampf (welches Wort für einen dem sozialen Frieden verpflichteten Funktionär) um die 35-Stunden-Woche als Kampf um die Veränderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse bezeichnet hat. Die zunehmende Verquickung der gewerkschaftlichen Kritik an der Bundesregierung mit der tariflichen Auseinandersetzung, die soeben in dem Vorwurf des IG-Metall-Tarifexperten Janßen gipfelte, die Bundesregierung unter Kanzler Kohl mache sich zum Arbeitgebersprachrohr, lassen zumindest Verständnis dafür aufkommen, daß der Kanzler mit gleicher Münze zurückzahlte und die Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um volle zwanzig Prozent just zu Beginn eines spürbaren, *nicht* aber *konsolidierten* Aufschwungs als „absurd, töricht und dumm" bezeichnete.

Was den Bundeskanzler bewogen haben mag, diese harte Kritik zunächst vor der Jungen Union in München und später, wenn auch verbal verbindlicher, in einem Interview noch einmal auszusprechen, läßt sich nur erahnen. Ganz bestimmt hat Kohl ein rechtes Verhältnis zum DGB und dessen Gewerkschaften noch nicht gefunden. Berichte über seine letzte Begegnung mit Spitzenfunktionären der immerhin Millionen Arbeitnehmer organisierenden Verbände belegen das. Er mag auf die Volksmeinung gesetzt haben, daß Arbeitsplatzsicherheit, wirtschaftlicher Aufschwung und auch mehr Lohn nach drei mageren Tarifjahren mit gerade erreichtem Inflationsausgleich jedenfalls Vorrang vor Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit haben müßten.

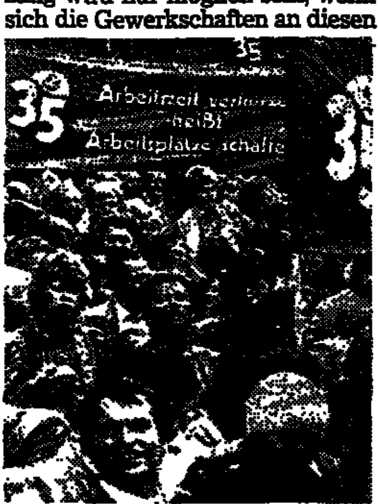
Gut beraten allerdings war Kohl mit seiner Stellungnahme nicht. Man kann darüber streiten, wieviel von der Amtsführung seines sozialdemokratischen Vorgängers Schmidt man dem CDU-Kanzler zur Übernahme empfehlen könnte. Dessen rigorose Enthaltsamkeit in tarifpolitischen Auseinandersetzungen könnte jedenfalls zum Vorbild gereichen.

Franz Josef Strauß ist hier überlegter vorgegangen. Auch er wandte sich an die Gewerkschaften. Aber Strauß, dem man beim DGB noch immer zu Unrecht die Rolle des Gewerkschaftsfressers anhängen möchte, erinnerte den DGB und dessen Einzelorganisationen nur an das, was der außerordentliche Kongreß vor zweieinhalb Jahren ins neue Grundsatzprogramm geschrieben hat: die Verpflichtung *aufs Gemeinwohl*.

Ein normaler Tarifkompromiß in der Frage der Arbeitszeitverkürzung wird nur möglich sein, wenn sich die Gewerkschaften an diesen eigenen Beschluß erinnern und wenn die Politisierung der Auseinandersetzung nicht weiter eskaliert. Verquickung der Tarifpolitik mit Kritik an der neuen – bei den mehrheitlich sozialdemokratischen DGB-Funktionären nicht eben geschätzten – Bundesregierung mag zwar die Mobilisierung eines Teils der Arbeitnehmerschaft erleichtern. Und sie mag Aufsteigern in die Vorstandsetage der IG Metall zur Profilierung dienen. Sie bringt aber *letztlich* weder *die* gewerkschaftliche Sache voran noch dient sie dem Gemeinwohl, an das Strauß zu Recht erinnert hat.

Abschied nehmen sollte man in der in Sachen 35-Stunden-Woche federführenden IG Metall auch von der pseudomoralischen Komponente der Öffentlichkeitsarbeit. *Man muß nachgerade den Eindruck* haben, der einst so mächtigen Metallgewerkschaft mache weder der Mitgliederschwund noch die Tatsache Sorgen, daß man ungeachtet neuer Arbeitskampfmethoden wie der bundesweiten Warnstreiks in den vergangenen Jahren tarifpolitisch keine Erfolge gehabt hat. Nein, die 35-Stunden-Woche sei dazu da, die Arbeitslosen von der Straße zu holen, hört man. Als Seitenaspekt einer Forderung, deren einziger Selbstzweck die Mobilisierung zu einem, die Daseinsberechtigung der Gewerkschaft quasi beweisenden, Arbeitskampf ist, mag das noch nachvollziehbar sein. Wer aber soll einem Gewerkschaftsfunktionär glauben, daß ihm die nichtorganisierten Arbeitslosen näher stünden als die Lohntüten der eigenen Mitglieder?

Zur Sache zeichnet sich in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche ab, daß die Arbeitszeitverhandlungen wohl mit den im Januar beginnenden Lohnrunden *zusammengelegt* werden. Kehrt man zur Vernunft zurück, so lassen sich Kompromißmodelle in den Jahren mit Arbeitszeitverkürzung der Vergangenheit finden: Ob bei der Reduzierung von 48 auf 45 oder von 44 auf 40 Stunden – immer gab es einen längerfristigen Tarifvertrag und die Anrechnung der Arbeitszeitverkürzung auf die zusätzlichen Lohnerhöhungen. 1960 schloß man sogar einen Vertrag mit 30 Monaten Laufzeit ab, um eine Stunde Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen. Damals wie heute galt: Mit der Brechstange geht es nicht. Der Versuch schon wäre absurd, töricht und dumm.



Bloßes Waffengeklirre oder Kampf um die Macht? – IG Metall-Demonstration

FOTO: MANFRED VOLLMER

IM GESPRÄCH Marcelino Oreja

Aktivist für Straßburg

Von Rolf Görtz



Kandidat für das Amt des Europarat-Generalsekretärs: Oreja

FOTO: SVEN SIMO

Bismarck erinnerte seinerzeit daran, daß die Schule der europäischen Diplomatie in Spanien stand. Heute, wo der einzelne Bürger sich auch ohne diplomatische Vertretung im internationalen Raum bewegen kann und soll – heute sei daran erinnert, daß die Väter des modernen Völker- und Menschenrechtes ebenfalls Spanier waren. Etwa der Theologe und Jurist Francisco de Vitoria. Vor viereinhalb Jahrhunderten definierte er bereits das „Jus gentium" – das Recht des einzelnen in der Gesellschaft – als ein Naturrecht. In der Universität Salamanca, einem der geistigen Zentren Europas jener Zeit, schrieb der Dominikaner Vitoria, dem sich selber verantwortlichen einzelnen den Status einer „universellen Gesellschaftlichkeit" zu.

Genau dieses, in der europäischen Menschenrechtskonvention von 1959 nur reaktivierte Recht soll in Kürze einer der würdigten Vertreter dieser doppelten spanischen Schule in Straßburg verwalten: Marcelino Oreja. Den 46 Jahre alten Berufsdiplomaten und Exaußenminister (1976–1980) hat jetzt Ministerpräsident Felipe González als Kandidaten für das Amt des Generalsekretärs des Europarates in Straßburg benannt. Als Außenminister hatte Oreja bereits turnusgemäß den Vorsitz des Ministerausschusses innegehabt. „Hätte ich damals bloß geahnt, was für großartige Instrumente zu vielen Themen bereits in den Straßburger Aktenschränken liegen, ohne genutzt zu werden." Der Praktiker wird aus der europäischen Gesetzeslade aktivieren, was zur Festigung Europas nützlich sein kann.

Marcelino Oreja Aguirre stammt aus dem Baskenland. Und Baskin ist seine hübsche Frau, mit der er zwei Kinder hat. In seiner baskischen Heimat vertrat er zwei schwere Jahre *hindurch den spanischen Staat* als Delegierter mit Ministerrang. Das intime Wissen um die Tragödien viel Basken, die in ihren eigenen Fa lien unter der fanatischen Rebellio fehlgeleiteter junger Menschen le den, wird ihm in seinem neuen An helfen, die Dinge richtig zu ordnen.

Im Auswärtigen Amt in Madri zählte der Aufsteiger zu den „junge Europäern", die ihr Land endlich au der historischen Isolierung herau führen wollten. Und zwar im Rahme einer christdemokratischen Grupp Das gleiche Ziel, also die Integratio in die westliche Völkergemeinschaf ließ ihn später als Außenministe handeln, als er den Beitritt Spanien zur NATO im Namen der Regierung partei einleitete, und zwar ohn Rücksicht auf seine eigene Positio als Minister! Der damalige Ministe präsident Suárez war nämlich ga nicht mit diesem Beitritt einverstar den. Marcelino Oreja, der übrigen zwei Semester in Bonn studierte un der Deutsch seine erste Fremdspra che nennt – der Spanier aus der Baskenland, wird hoffentlich auch i Straßburg zeigen können, daß Lie benswürdigkeit und Zivilcourag durchaus vereinbar sind.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Nach der von Kohl und Genscher mitgetragenen Entscheidung des Bundeswirtschaftsministers Graf Lambsdorff, die Spenden-Affäre vom Amte aus durchzustehen, fragen die Kommentatoren nach dem Risiko:

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Der Preis dieser Entscheidung kann am Ende sehr hoch sein, nämlich dann, wenn die Richter am Bonner Landgericht tatsächlich das Hauptverfahren eröffnen, weil sie einen *Schuldspruch für wahrscheinlich* halten. Dann aber wird auch der Kanzler sich einer Mitverantwortung am Ausharren Lambsdorffs nicht mehr entziehen können. Diesen Preis scheint Helmut Kohl notfalls aber zahlen zu wollen, weil ihm ein Rücktritt des FDP-Wirtschaftsministers hier und heute mit all seinen Folgen als noch riskanter erscheint. Das gesamte Koalitionspuzzle könnte nämlich ins Rutschen geraten. Eine Affäre also ohne Ende.

Lübecker Nachrichten

Zweifellos wählt Lambsdorff mit dem Verbleiben im Amt den schwereren Weg. Und er geht bei allen Vertrauens- und Solidaritätsbekundungen seiner Freunde bis hin zu Bundeskanzler Helmut Kohl auch ein erhebliches Risiko ein ... Mit seinem Bleiben im Amt unter solchen Bedingungen zieht der Minister die gesamte Bundesregierung in dieses Risiko mit hinein.

DER BUND

Ob je ein Gericht Lambsdorff schuldig sprechen wird oder nicht – die Affäre zeigt jedenfalls eine bestehende Verflechtung politischer und wirtschaftlicher Interessen nach dem Motto „Was gut ist für die Firma X, ist gut fürs Land". Nicht zuletzt die Schwierigkeit, in der Rezession ein unternehmerfreundliche Politik we terzuführen, *hat wohl* Lambsdor und Genscher zum Koalitionswec sel veranlaßt. Müßte der Wirtschaft minister wegen Beziehungen, die für rechtlich zulässig hält, über di Klinge springen, so käme das de Selbstanklage einer ganzen polit schen Grundausrichtung gleich. I diesem Sinn haben Kohl und Ge scher auch in ihrem eigenen Intere se Lambsdorff geschützt – und s fiele auch ein Schuldspruch auf si zurück, sollte der Minister eben doc Gesamt- und Parteiinteresse ve wechselt haben. (Bern

The Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung sinniert über d Zukunft Arafats:

Arafat verläßt Libanon nicht in de Stimmung einer Niederlage, sonder er glaubt wieder einmal daran, daß e aus dem militärischen Desaster eine politischen Triumph ziehe kann ... Was läßt Arafat daran gla ben, daß er immer noch eine wirks me Rolle als Chefsprecher des pal stinensischen Volkes spielen kann. Erstens, daß er den offiziellen Rück halt und die Unterstützung der UN hat, was seine friedliche Abfahrt au Tripoli trotz israelischer Feindselig keiten überhaupt erst ermöglicht. Zweitens, daß er immer noch au gemäßigte arabische Regierunge zählen kann, vor allem auf Ägypten Jordanien, Saudi-Arabien und di Golfstaaten. Drittens genießt er wei verbreitete Loyalität in großen Teile des israelisch besetzten Westjorda niens. Die Frage bleibt allerdings, o solche politischen Aktivposten aus reichen, um Arafat das politische Ge wicht als Sprecher des ganzen palä stinensischen Volkes zu sichern.

Wie man heutzutage den Orden „Held der Sowjetunion" erwirbt

Die Armeezeitung „Roter Stern" und das Tarnwort von den „Gebirgsmanövern" / Von Viktor Suworow

Held der Sowjetunion", das ist nicht irgendein Orden, das ist eine Auszeichnung, über die der Oberste Sowjet das letzte Wort spricht. Selbst im Kriege *ist die* Ehrung rar, im Frieden höchst selten. Einige der Astronauten wurden so dekoriert. Fidel Castro zählt zu dem erlesenen Club.

Was aber, wenn man weder Gagarin heißt noch Fidel? Die Chancen sind dennoch nicht gleich Null. In letzter Zeit hat eine ganze Reihe von Sowjetbürgern den Heldenorden geschafft, wenn auch unter recht geheimnisvollen Umständen. So ein Oberstleutnant Wysotski, Kommandeur eines motorisierten Infanterie-Regiments, ein Oberstleutnant Kusnetsow, Kommandeur eines Fallschirmjäger-Regiments, ein Major Oparin, stellv. Kommandeur eines motorisierten Infanterie-Regiments. Sie alle vollbrachten ihre Heldentaten, wie der „Rote Stern" mitteilt, „bei Gebirgsmanövern". Erstaunlich!

Früher berichteten die Zeitungen der UdSSR bis in die Einzelheiten hinein über solche Heldentaten. Heute erwähnt sie nur noch die Armeezeitung „Roter Stern". Und mit keinem Wort wird dem *Leser geschildert, was die Helden* nun genau in den mysteriösen Bergen vollbracht haben sollen. Fest steht, daß die „Manöver" nun schon Jahre andauern. Unter den Geehrten ist nicht ein einziger General. Großverbände, so schließt der Experte, sind demnach bei den Gebirgsmanövern nicht zu vermu*ten. Ferner: Nur Offiziere der In*fanterie, der Fallschirmjäger und der Kampfhubschrauber werden erwähnt. Früher heimsten die Jagdflieger die meisten Dekorationen ein, gefolgt von den Panzertruppen und der Panzerabwehr. Schauen die in jenen Bergen nur zu? Schließlich: Viele der neuen *Ordensträger* bekleiden Posten, die sonst ranghöhere Offiziere innehaben. Bei Manövern kommt das in der Sowjetunion nie vor – höchstens im Kriege.

Vier Beispiele aus dem „Roten Stern", doch auch die sind verwirrend genug, weil in den Texten „Feind" und „feindlich" stets in Anführung stehen, manöverüblich durchaus.

1. „Ein Kampfhubschrauber flog über den ‚feindlichen' Stellungen und warf Bomben ab." Jahrelang hat der „Rote Stern" seine Leser darüber belehrt, daß Flugzeuge natürlich über feindliche Stellungen fliegen müssen, während Kampfhubschrauber die Abwehr des Feindes aber in den meisten Fällen zu vermeiden trachten. *Gibt es vielleicht in diesen* Bergen keine Fronten? Oder ist das gesamte Gebirge ein Schlachtfeld?

2. „Transportflugzeuge bombardierten ‚feindliche' Positionen." Schwerfällige Transportflugzeuge? Hat die feindliche Abwehr da nicht ein leichtes Spiel? Oder hat der Feind in den Bergen keine Abwehr.

3. „Der Kommandeur des Kampfhubschraubers entschied, den ‚Feind' aus großer Höhe anzugreifen, weil er dadurch kein Risiko einging." Man kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus. Bisher hatte es immer geheißen, je höher ein Kampfhubschrauber fliege, desto gefährdeter sei er, weil er vom feindlichen Radar leichter erfaßt werden kann. Hat der Feind kein Radar, keine Raketen und keine Jäger?

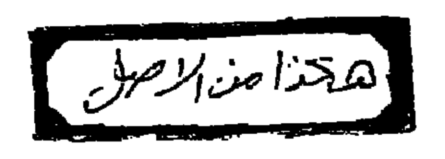
4. „Der ‚Feind' beschoß sowjetische Infanterie. Da packte Leutnant Belotelow ein Maschinengewehr und stürmte an der Spitze seiner Männer die Stellungen des Feindes." Unglaublich! Der Befehl Nr. 306 untersagt einem Kommandeur ausdrücklich, eben so zu handeln. Der Oberste Sowjet selbst hat den Befehl 306 ratifiziert. Mit einem Maschinengewehr laufen nur untere Dienstgrade herum. Kann ein Offizier seine Soldaten dazu nicht bewegen, so muß er auf der Stelle abgelöst werden.

Natürlich: Ein junger Offizier macht schon mal Fehler. Warum aber sollte Generalleutnant Makejew, der Chefredakteur des „Roten Stern" in seiner Zeitung solches Verhalten erwähnen, noch dazu lobend. Da ohne die Unterschrift der Marschälle Ustinow, Ogarkow und General Epischew im „Roten Stern" kein einziger Artikel veröffentlicht wird – würden sie solches durchgehen lassen?

Die Antwort auf all diese Fragen is einfach: Hinten in den Bergen, dor wo die „Manöver" stattfinden, da tob ein blutiger Unterdrückungskrieg Die „Gebirgsmanöver" sind eine zy nisch tarnende Umschreibung für di Massaker im unglücklichen, okku pierten Afghanistan. Und dort, gege die Afghanen, werden ungewöhnli che Methoden der Kriegsführung und neue Waffen erprobt. Dort kommt es vor, daß ein Offizier mit Maschinengewehr herumläuft. Dort bietet Höhe einem Hubschrauber Schutz, dort können Transporter als Bomber eingesetzt werden.

Aber, sie befolgen ihre Befehle. Die eigenartigen Geschichten im „Roten Stern" beweisen, daß Afghanistan nicht zuletzt auch ein riesiger Truppenübungsplatz ist. Und sie zeigen, daß dem Feind in den Bergen nach herkömmlichen Regeln nicht beizukommen ist – seit vier Jahren übrigens schon.

Autor Viktor Suworow ist ein ehemaliger sowjetischer Offizier, ein Spezialist für Strategie, der jetzt im Westen lebt.



Der „Leuchtende Pfad" machte Ayacucho zu einer Anden-Festung

Im Hochland von Peru tobt ein gnadenloser Krieg zwischen der maoistischen Guerrilla-Organisation „Sendero Luminos" und den Sicherheitskräften. Es gibt zwar Hinweise, daß die Guerilleros einen zweijährigen Waffenstillstand anbieten würden, aber, so gestern der Innenminister, „wir wollen endgültigen Frieden".

Von WERNER THOMAS

Die Reise von Lima mit der Aero-Peru-Maschine dauert nur 35 Minuten. Sie führt jedoch in eine andere Welt. Auf dem Flughafen „Alfredo Mendivil Duarte" stehen Geschütze. Überall sind Sandsäcke gestapelt. Es wimmelt von Uniformträgern, die automatische Gewehre halten und mißtrauisch die Passagiere mustern. In der Ferne landet ein bulliger Luftwaffen-Transporter. Er bringt Waffen, Proviant und Soldaten.

Ayacucho gleicht einer Festung. Nirgendwo anders in Lateinamerika ist das Militär so massiv konzentriert wie in dieser Anden-Metropole, auch nicht in El Salvador oder Nicaragua. In keiner anderen Gegend des Subkontinentes leben Menschen gefährlicher und terrorisierter als hier. Die Angst grassiert.

Der gnadenlose Krieg zwischen der maoistischen Guerrilla-Organisation „Sendero Luminoso" (Leuchtender Pfad) und den Sicherheitskräften hat diese schöne Stadt radikal verändert. Gegen 18 Uhr, wenn es dunkel wird, eilen die meisten Leute schon nach Hause, obgleich das nächtliche Ausgangsverbot erst drei Stunden später beginnt. Längst weiß die Bevölkerung, daß die Rebellen gewöhnlich zwischen 18 und 20 Uhr ihre Anschläge durchführen. Eine gespenstige Ruhe liegt nachts über Ayacucho, die manchmal von Schüssen, heulenden Sirenen und bellenden Hunden unterbrochen wird. Erst morgens nach fünf entwickelt sich langsam wieder Leben auf den Straßen. Dann endet die Ausgangssperre.

Wir besuchen den Bürgermeister Jorge Jauregui Mejia (48). Er war am 11. Dezember vergangenen Jahres Opfer eines Attentates: Die „Senderistas" feuerten auf ihn von einem Motorrad, als er gerade eine Erste-Hilfe-Station eröffnen wollte. Chirurgen entfernten dem Bürgermeister später drei Kugeln aus dem Kopf. Jauregui, ein Vertreter der konservativen Regierungspartei „Accion Popular" (AP), leidet noch unter Sprachproblemen. Er ringt mit den Tränen, als er über das Ereignis berichtet. „Das sind Diebe und Mörder", sagt er. Er fragt fassungslos: „Was wollen sie überhaupt?" Sie wollen aus Peru und den benachbarten Anden-Staaten eine maoistische Region machen. Ihr Führer ist Abimael Guzman, ein früherer Philosophie-Professor der Universität von Huamanga in Ayacucho, der sich „Genosse Gonzalo" nennt und seine Bewegung nach einer von ihm früher redigierten Zeitschrift getauft hat. Guzman (49) akzeptiert lediglich drei Vertreter des Kommunismus. An den Häuserwänden Ayacuchos steht es geschrieben: „Mao, Marx und Lenin – es lebe der Volkskrieg". Peruanische Marxisten wie Alfonso Barrantes, der neue Bürgermeister von Lima, unterstellen Guzman einen kambodschanischen „irrationalen Pol-Pot-Fanatismus".

Während die „Senderistas" in Lima und den meisten Gebieten des Landes keine Unterstützung finden, ist die Situation in den Anden anders. Guzman, ein Mestize, versucht die traditionell vernachlässigte Indio-Bevölkerung gegen die Zentralregierung aufzuwiegeln. Er spricht die Sprache der Quechua-Indianer. Aus Quechua-Familien wird der Guerrilla-Nachwuchs rekrutiert. Der schmutzige Krieg hat auch einen rassistischen Hintergrund.

Ayacucho, 80 000 Einwohner, 2746 Meter hoch gelegen, ist die Hauptstadt einer der ärmsten Provinzen des Landes. Von den 460 000 Menschen der Provinz sind 68,5 Prozent Analphabeten. Auf 18 000 Personen kommt nur ein Arzt; nur acht Prozent der Haushalte haben fließendes Wasser; die Stromversorgung dauert nur sechs Stunden pro Tag; die Säuglings-Sterblichkeit beträgt 15 Prozent; das durchschnittliche Jahreseinkommen: umgerechnet 400 Dollar.

Karge Berge umgeben die Hauptstadt. Der sandige Boden läßt sich nicht für die Landwirtschaft nutzen. Die meisten Menschen leben vom Handel. Schon am frühen Morgen schleppen Indianer-Frauen mit schwarzen Filzhüten Handarbeit zum Sucre-Park, vorwiegend Strick- und Stickware. Wie warten vergeblich auf Touristen. In das Turista-Hotel, die beste Herberge, wurden in der Zwischenzeit Offiziere der Polizei-Einheiten einquartiert, die selbst in den Speisesaal ihre Gewehre und Handgranaten mitnehmen. „Señor", flüstert ein Angesteller des Turista-Hotels, „viele Leute sympathisieren mit dem Sendero, weil er ihnen Hilfe verspricht. Niemand hat sich um uns gekümmert. Unser Leben war bisher hoffnungslos."

Eine denkwürdige Beerdigung am 10. September vergangenen Jahres, von der die Leute noch heute sprechen, demonstrierte die Gefühle der Bevölkerung: 15 000 Menschen sind an diesem Tag dem Sarg der bei einem Gefecht ums Leben gekommenen Rebellen-Führerin Edith Lagos gefolgt. „Edith wird heute fast schon wie eine Heilige verehrt", sagt ihre Schwester Rebecca. Die Marktfrauen verkaufen holzgeschnitzte Lagos-Figuren. Das rot angestrichene Lagos-Grab, auf dem in grellem Gelb ein Hammer-und-Sichel-Symbol prangt, ist eine Wallfahrtsstätte geworden.

Viele Menschen lassen sich freilich nur von einem Angstgefühl leiten. Wenn die Rebellen einen Generalstreik proklamieren, bleiben die meisten Geschäfte aus Angst geschlossen, weil zuvor Zettel unter die Ladentür geschoben werden: „Wer öffnet, muß mit einem Dynamitanschlag rechnen." Das Wort „miedo" (Angst) fällt bei fast jeder Unterhaltung.

„Wir kämpfen gegen einen geisterhaften Feind", sagt der peruanische Präsident Fernando Belaunde Terry. Gemäß den Empfehlungen Maos bewegen sich die Senderistas wie Fische im Wasser. Viele leben und arbeiten unauffällig unter dem Volk und widmen sich in den Feierabendstunden dem terroristischen Handwerk. Weder der „Genosse Gonzalo" noch die anderen Führer verbreiten Kommuniqués.

Zur Anonymität kommt der Überraschungseffekt. Jederzeit können sich Attentate oder Bombenanschläge ereignen. Besonders gefürchtet ist eine alte Schleuderwaffe der Inkas, die von den Senderistas wieder eingesetzt wird, die „waraca". Mit ihr werden Dynamitstäbe akkurat über Entfernungen bis zu 100 Metern geworfen.

Anders als in El Salvador, wo beide Seiten offene Gefechte austragen, konzentrieren sich Guzman und seine Guerrilleros auf den Terrorismus. Gefährdet sind besonders die Vertreter der Autorität. Jeder Bürgermeister muß um sein Leben fürchten.

Der „Leuchtende Pfad" hat im Sommer 1980 seinen bewaffneten Kampf aufgenommen. Die Belaunde-Regierung ergriff jedoch erst vor einem Jahr drastische Maßnahmen: Ayacucho und die Nachbarprovinzen wurden zu Kriegszonen erklärt, ein Gebiet von 900 000 Menschen. Der General Claude Noël, ein ehemaliger Geheimdienstchef, bekam das Kommando über die 8000 Mann der Sicherheitskräfte, vorwiegend Mitglieder der „Guardia Civil" und der „Guardia Republicana".

Wir sitzen am letzten Abend mit Leonor Zamora zusammen, einer zierlichen, schmächtigen Frau mit einem markanten Mestizengesicht, die bisher an der Universität das Fach Sozialarbeit lehrte. Die Politikerin der links von der Mitte angesiedelten Padin-Partei fordert einen Waffenstillstand so schnell als möglich. „Das Morden muß aufhören, wir rotten uns doch gegenseitig aus." Ob ihr Wunsch jetzt in Erfüllung geht, wagt noch niemand zu beurteilen.



Panzer und schwerbewaffnete Soldaten gehören zum Alltagsbild der peruanischen Stadt Ayacucho FOTO: DPA

Das Öl der Saudis schmiert den Terror von PLO-Chef Arafat

Mit den jüngsten Anschlägen in Israel wollte Arafat – vor allem seinen Gegnern – zeigen, daß mit ihm weiter zu rechnen ist. Das Kapitel Arafat ist mit seinem Abzug aus Tripoli nicht beendet; denn er hat die PLO-Kasse, die von den Saudis immer wieder gefüllt wird.

Von PETER M. RANKE

Der Bus Nummer 18 war nur noch ein zerrissenes Gerippe. Im Bus und auf der Herzl-Straße in Jerusalem lagen stöhnend über vierzig Verwundete. Drei Schulmädchen, zwei Männer und eine amerikanische Touristin starben, ermordet durch Terroristen der PLO. Die Bombe im Bus Nr. 18 am 6. Dezember war das grausame „Abschiedsgeschenk" des PLO-Chefs Yassir Arafat (54) an Israel vor seinem Abzug aus Tripoli.

Die PLO ließ über ihre Agentur „WAFA" verbreiten, ein Kommando der Palästinenser habe einen Militärbus gesprengt. Aber das Verbrechen an den Zivilisten und den drei Schulmädchen Esther Adi (11), Nurit und Esther Pollack (14 und 16) wurde nicht nur von den Israelis, sondern auch von Palästinensern als so abscheulich empfunden, daß prominente Persönlichkeiten in Jerusalem, Hebron und Ramallah protestierten.

Der Anschlag ereignete sich nicht in der Altstadt oder dem vorwiegend arabisch bewohnten Ost-Jerusalem, sondern wie das Attentat in Haifa einige Tage später im „eigentlichen" Israel. Damit wollte die PLO den Anspruch ihres Gründungsprogramms von 1964 unterstreichen, daß ganz „Palästina" zu befreien sei, nicht nur die seit 1967 besetzten Gebiete.

Schon 1979 waren in Jerusalem drei Straßenpassanten durch eine Bombe an einem Fahrrad zerrissen worden. Und nur zwei Haltestellen von dem gesprengten Bus Nr. 18 entfernt war im Juni 1978 ebenfalls eine Bus-Bombe explodiert: sechs Tote.

Aber nicht nur in Israel hat Yassir Arafat seit seinem Machtantritt an die PLO-Spitze 1969 blutige Spuren hinterlassen, besonders in Libanon.

Während Arafats Gefolgsleute, die auch von einigen westlichen Medien als „Freiheitskämpfer" bezeichnet werden, mit Samsonite-Koffern, Ledertaschen und Kalaschnikows in Tripoli auf die griechischen Schiffe kletterten, wurde bekannt, daß über 700 Libanesen den Machtkampf der PLO nicht überlebt haben: darunter auch Kinder, Frauen und Männer, die nichts mit „Palästina" zu tun hatten. Sinnlos starben sie, so wie vor einem Jahr in Beirut, als Geiseln Arafats.

Einen Scheck für den Schaden in Tripoli

Als sich Arafat von den verbündeten Moslembrüdern im Hafen verabschiedete, sagte deren Scheich Said Chabaane: salem wiedersehen." Über 450 libanesische Gendarmen mit Stahlhelmen und leichten Waffen sollen nun dafür sorgen, daß Arafat wenigstens nicht nach Tripoli zurückkommt.

Für die Schäden, die die PLO angerichtet hat, ließ Arafat einen Scheck über umgerechnet eine Million Mark zurück; Geld aus den Ölkassen Saudi-Arabiens. Auch Charterkosten für die fünf griechischen Schiffe über 2,5 Millionen Dollar wurden von den Saudis bezahlt, die gerade erst 28,5 Millionen Dollar als ihre Vierteljahresquote an die PLO überwiesen hatten, wie der PLO-Vertreter Rafik Schakr el-Natscha in Riad mitteilte.

Ohne das Geld der Saudis und anderer Ölstaaten hätte sich Arafat nicht seit über 14 Jahren an der Spitze der PLO halten können, wäre die PLO nicht die reichste und ausgedehnteste Terrororganisation der Welt. Sie hätte auch niemals die politischen Verbindungen und Bewegungsfreiheit erlangt, über die sie international heute verfügen kann.

Mit Geld Sicherheit von der PLO erkauft

Die großzügige Finanzierung ist der arabische Obulus dafür, daß die Ölstaaten vom PLO-Terror unbehelligt bleiben. Nachdem die Opec im Dezember 1975 für die Freilassung ihrer Erdölminister in Wien und Libyen 25 Millionen Dollar zahlen mußte, wird das Geld nun „direkt" angelegt, für Waffen, Sprengstoff, Ausbildung im Ostblock, internationale Organisationen und Rentenzahlungen. Das Wirtschaftsimperium der PLO ist gut geschmiert und trotz des Verlustes Süd-Libanons und Beiruts intakt – was die Gegner Arafats, der immer noch über die Kasse verfügt, nicht berücksichtigt hatten.

Westliche Beobachter vermuten, daß sich Arafat mit den jüngsten Terroranschlägen in Israel bei den radikalen Abweichlern seiner Fatah-Organisation und bei den Syrern rehabilitieren will. Blut als Kitt für die PLO. Schon in früheren Jahren haben sich die acht verschiedenen Terrorgruppen, die die PLO bilden, mit ihren Mordaktionen immer wieder gegenseitig angestachelt und zu übertreffen versucht.

Dazu ein Beispiel: Nachdem schon Ende Mai 1972 auf dem Flugplatz bei Tel Aviv 24 Pilger von japanischen Terroristen ermordet wurden, die sich der „Volksfront" von Habasch angeschlossen hatten, schlug Arafats „Fatah" am 5. September in München zu: Elf israelische Sportler starben.

Fünf der acht Terroristen erschoß die Polizei, die drei Überlebenden wurden sieben Wochen später durch die Entführung einer Lufthansa-Maschine freigepreßt und erhielten in Beirut eine Rente von Oberst Khadhafi.

Leiter der Aktion waren Abu Daud und Arafats Stellvertreter Abu Iyad. Dieser berüchtigte „Sicherheitschef" der PLO soll Zeitungsberichten zufolge kürzlich in der Bundesrepublik gewesen sein, obwohl ein Haftbefehl besteht. Angeblich erhielt er sogar deutschen Polizeischutz, als er unter anderem in Bonn die Palästinenser auf „Vordermann" bringen wollte, also auf Arafat gegen die Fatah-Rebellen einschwor und sie vor Racheakten warnte.

Von München an folgten bis heute große und kleine Terrorunternehmen der PLO mit unheimlicher Präzision fast jedes halbe Jahr.

Mikroelektronik aus Hamburg – eine Chance für Europa

Die USA und Japan haben die Europäer in der Mikroelektronik klar abgehängt. Sie beherrschen den Weltmarkt. Doch Europa hat noch eine Chance, denn das Wissen ist da.

Von ADALBERT BÄRWOLF

Vor 32 Jahren entwickelten amerikanische Ingenieure in einem Laboratorium der Walnut Street 2201 im texanischen Garland das Konzept der mikroelektronischen Schaltungen. Sieben Jahre später, 1958, enthüllten Elektroniker der Firma „Texas Instruments" aus Dallas dem Pentagon in einer supergeheimen Präsentation einen integrierten Schaltkreis auf einem Halbleiterchip aus Silizium. Das war der nächste Schritt nach dem Transistor. Die Implikationen waren gewaltig. Eine stürmische Revolution der Technik nahm ihren Anfang.

Ein Verkleinerungsprozeß von 100:1 war gelungen. Die integrierten Schaltungen wanderten in die Lenkmechanismen von interkontinentalen Raketen und Satelliten. Die Systemkosten purzelten. Kostbares Gewicht wurde frei. Ganze Anordnungen veralteter Schaltungen wurden eliminiert.

Wie fast immer in der Technik war das Militär auch der Motor für die mikrominiaturisierte Technik. Nach der Entwicklung des Transistors wurden Flugzeuge zu einem Paket Elektronik mit Flügeln. Das gleiche galt für Raketen ohne Flügel. Und die Abfallprodukte der Militärtechnik prasselten wie ein Wolkenbruch auf den zivilen Markt. Das erste Erzeugnis der mikroelektronischen integrierten Schaltungen aus Texas für den zivilen Markt war ein Hörgerät von Zenith.

Heute hat die Evolution der Mikroelektronik Größenordnungen erreicht, bei denen das Äquivalent von 250 000 Transistoren auf der Grundfläche eines Filzstiftpunktes untergebracht werden kann. Die Preise für einen Chip sind bei steigender Leistung rapide gesunken. Der Mikroprozeßrechner, der Computer auf einem Chip, hat mit seinen unzähligen Varianten den Einzug in das Leben jedes einzelnen gefunden. Der persönliche Computer, der Roboter, den jeder wie einen Fernseher zu Hause hat, ist das Ziel. Der Halbleiter-Weltmarkt würde sich explosionsartig ausdehnen, wenn dies gelingen sollte.

Der Halbleiter-Weltmarkt für alle Applikationen wird heute von den USA und Japan beherrscht. Die USA schneiden sich von dem Kuchen mit einem Umsatz von mehr als 15 Milliarden Dollar gut 60 Prozent, die Japaner über 30 Prozent ab. Die Europäer müssen sich gegenwärtig mit rund acht Prozent begnügen. Die Firmen Philips und Siemens teilen sich im wesentlichen dieses letzte Stückchen.

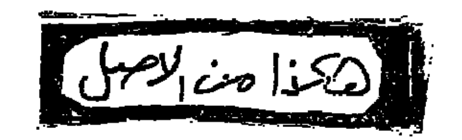
Nun hat der amerikanische Professor William Griffith von der Technischen Hochschule von Massachusetts in Bonn das Gespenst an die Wand gemalt, daß Europa zu einer mikroelektronischen Kolonie der USA und Japans absinken könnte.

Die Gefahr besteht in der Tat, weil sich die USA und Japan frühzeitig auf Schwerpunkte festgelegt haben und in einer Kooperation auch den Weltmarkt des persönlichen Computers und den des Büros der Zukunft beherrschen könnten. Amerika beherrscht den riesigen militärischen Markt, Japan den enormen Unterhaltungssektor. Die Amerikaner sind mit ihrer Militärelektronik dominierend, die Japaner mit Mikrochips in Kameras oder Videorecordern. Europa steht wie ein Zwerg zwischen den beiden mikroelektronischen Giganten.

Doch daß für Europa nicht alles verloren sein muß, haben ja die Japaner gezeigt. Am Anfang kopierten sie die amerikanische Technologie aus Texas. Später übertrumpften sie dann sogar die Yankees, die im sogenannten Silicon Valley, jener phantastischen Ansammlung mikroelektronischer Fabriken im Raum südlich von San Francisco, ihre Halbleiterindustrie konzentrierten. Die Japaner entwickelten mit der Macht ihrer Elektronik einen Chip mit einer Informationsdichte (64 k), die die USA nicht bieten konnten. Im Silicon Valley sprach man von einem technologischen Pearl Harbor. Japanische Chips landeten sogar in amerikanischen Interkontinentalraketen.

Auch Europa hat die Chance, durch Kreativität einen größeren Marktanteil zu erreichen. Die allerneueste Mikroelektronik kommt nicht nur aus Kalifornien oder Japan. Sie kommt auch aus Hamburg, wo Philips mit seiner Tochter „Valvo" die einzige Fabrik für Mikroprozessoren-Chips in Deutschland unterhält.

Das ist eine erstaunliche Tatsache. An der Stresemann-Allee von Hamburg beherrscht man den Weltstandard. Hier werden die Funken gezündet, die die elektronische Welt bewegen könnten. Europa hat das Potential, Akzente auch auf dem Sektor der Mikroelektronik zu setzen und sich neue Märkte zu erschließen, so wie es die Fähigkeit zeigte, das Konzept für die Hochdrucktriebwerke des amerikanischen Raumflugzeugs Space Shuttle zu entwickeln. Europa braucht kein mikroelektronischer Satellit der USA und Japans zu werden, denn das Ende bei Entwicklungen in der Mikroelektronik ist noch lange nicht in Sicht.



„Aus der Reserve heraustreten“

Von RAINER BARZEL

Helmut Schmidt feiert morgen seinen 65. Geburtstag. Bundestagspräsident Rainer Barzel würdigt für die WELT die Verdienste des früheren Bundeskanzlers.

Helmut Schmidt, der morgen seinen 65. Geburtstag feiert, ist in den vergangenen Wochen und Monaten vielfach gewürdigt worden. Anlaß dazu boten vor allem sein Ausscheiden aus dem Amt als Regierungschef, sein Verzicht auf die Spitzenkandidatur für die SPD bei der Bundestagswahl, die Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Bonn und schließlich die beiden großen Reden zum Thema NATO-Doppelbeschluß auf dem Kölner Parteitag der Sozialdemokraten sowie vor dem Deutschen Bundestag.

Getreu dem Wort des Marc Aurel, „seinem“ Marc Aurel, geht der ehemalige Bundeskanzler „aufrecht, nicht aufgerichtet“ auch durch diese Zeit. Viele danken ihm das. Seine herausragende Popularität galt und gilt stets mehr dem Mann als dem Amt.

Er grollt nicht, setzt sich nicht zu Lasten anderer ins Bild, bleibt sich treu und tut, was er sein Leben lang tat: Er arbeitet.

Walter Scheel hat ihm einmal „zupackende Intelligenz“ öffentlich zugesprochen. Den Bürgerinnen und Bürgern ist seine Haltung in der Bemühung um das Leben Hans Martin Schleyers ebenso in Erinnerung wie die Kraft, die er in der Hamburger Flutkatastrophe bewies.

Wir im Deutschen Bundestag, auch seine politischen Gegner, haben diesem Kollegen besonderen Respekt erwiesen. Er galt immer zuerst dem Mann, einem begnadeten Redner.

Seine Politik wurde strittig auch in seiner Partei: Er hat sie selbst in seiner letzten Kanzlerrede vor dem Deutschen Bundestag am 1. Oktober 1982 als eine „Politik der wägenden Vernunft“ bezeichnet – eine Politik also, gestützt auf den Wettkampf und den Wettbewerb der Informationen, Argumente, Meinungen, Erfahrungen und Erwartungen. Nicht auf irgendwelche ideologischen Heilserwartungen hin entschied und handelte er.

Die Anmahnungen nach „geistiger Führung“, auch die meinen, wies er zurück. Idealismus führe zu leicht zur politischen Romantik und damit in Gefahr.



Helmut Schmidt

In der Zeit anhaltender Jugendproteste ausgangs der sechziger Jahre kämpften wir, auch gemeinsam in vielen Diskussionen und Interviews, für die parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Ich erinnere mich lebhaft dieser Sätze aus der Debatte am 14. März 1968: „Dieses ist die freieste Gesellschaft“, so sagte er damals, „die es je in Deutschland gegeben hat.“ Und er fügte hinzu: „Wir sind auch keine Schönwetterdemokraten, die bei den ersten Wolken am Himmel ihre eigene Demokratie schlechtmachen lassen.“

Gut vier Wochen ist es her, da wurde dem Bundestag „Belagerung“ angedroht – auch versucht, Druck auf einzelne Abgeordnete auszuüben. Gewiß, von draußen. Aber die Versuche, das von drinnen zu unterstützen, waren nicht zu übersehen. Da erscheint doch geradezu beklemmend aktuell, was Helmut Schmidt am 30. Mai 1968 in der Debatte über die Notstandsgesetzgebung sagte: „Kein Abgeordneter darf sich unter Druck setzen lassen, weder unter den angeblichen Druck seiner Fraktionsführung noch unter den tatsächlichen und teilweise in den letzten Tagen weiß Gott bösen Druck draußen, zu Hause, wo er oder wo seine Ehefrau oder wo seine Familie wohnt.“

Gibt es sie etwa heute wieder, die Versuche, „Theologie zur Eideshelferin der Revolution“ zu machen, vor denen der damalige Verteidigungsminister Schmidt im Februar 1971 vor Militärseelsorgern warnte?

Mehr denn je, so meine ich, brauchen wir in der Politik, brauchen wir im Parlament die Fähigkeit der Handelnden, die Bürger spüren zu lassen, daß sie nicht nur mit dem Verstand, sondern auch mit dem Herzen dabei sind. Menschliches, gefühlsmäßiges Engagement auch in der Politik – das erwarten heute wohl vor allem die Jungen von uns.

Helmut Schmidt, dieser Mann des scharfen, oft sogar kalt anmutenden Intellekts – ausgerechnet er sollte zu gefühlsmäßigem Engagement in der Politik fähig sein? Er war es, und er ist es.

Die Schlußfolgerung, auf die ich hinaus will, sollte sich jetzt von selbst ergeben: Ja, es ist, verbunden mit meiner herzlichen Gratulation für den Jubilar, der aufrichtige Wunsch, daß er allmählich aus der Reserve der vergangenen Monate wieder heraustritt. Vor einiger Zeit gab es eine Meldung, er wolle das nächste Mal nicht mehr kandidieren. Ein Dementi folgte ihr auf dem Fuße. Ich hoffe sehr, daß es dabei bleibt.

„Das Parlament ist wichtiger geworden“, hieß es kürzlich in dieser Zeitung. „Das ist der Platz, wo heute und morgen die Staatsform verteidigt wird.“ Ich halte das für richtig. Und deshalb bin ich fest davon überzeugt, daß der Kollege Helmut Schmidt für unsere Demokratie noch sehr wesentliche Beiträge zu leisten hat.

Es lohnt, mit ihm um den richtigen, den besseren Weg zu streiten. Er bedarf weder der Ermunterung noch des Zuspruches. Des Respekts gewiß, sollte er weitermachen, was er auch sein Leben lang tat. Sich unmißverständlich zu Wort melden. Denn Wort und Widerwort – das gehört zur Substanz unserer Demokratie, deren freiheitliche Qualität und Substanz im Deutschen Bundestag ihren verbindlichen, staatlichen Ausdruck findet.

„DDR“: Neuer Strafgrund für Ausreisewillige

AP/rtr, Berlin

Offenbar vor dem Hintergrund verstärkter Ausreisebemühungen von Einwohnern der „DDR“ sind die Straftatbestände für politische Urteile in jüngster Zeit geändert worden. Die „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ berichtete gestern, daß sich die Urteile der neu eingelieferten Häftlinge jetzt in ihrer Mehrzahl auf den Strafgesetzbuchparagraphen 214 „Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit“ gründen. Bisher sei die Mehrheit der Häftlinge wegen versuchter Republikflucht oder versuchtem illegalen Grenzübertritt verurteilt worden.

Die Arbeitsgemeinschaft stützt sich auf Berichte von im November und Dezember aus „DDR“-Haft entlassenen politischen Häftlingen. Bei den neuen Häftlingen handele es sich fast ausschließlich um Menschen, die sich mit der „endgültigen Ablehnung“ ihres Ausreiseantrages nicht abgefunden und mit Sitzstreiks oder Beschwerdebriefen dagegen protestiert hätten, immer häufiger auch Personen, die sich nach Jenaer Vorbild in weißen Hemden getroffen hätten. Sie hätten ihre Verhaftung mit Aussicht auf Freikauf und Aussiedlung dem Risiko eines Fluchtversuches vorgezogen. Die Strafen lägen zwischen sechs Monaten und zwei Jahren. Die Häftlinge stammten in der Mehrzahl aus Jena, Dresden, Erfurt, Magdeburg und Leipzig. Der Anteil an Frauen sei relativ hoch, berichtete die Arbeitsgemeinschaft.

Die „DDR“-Sicherheitsbehörden verstärken offenbar ihren Druck auf die „Frauen für den Frieden“ in Ost-Berlin. Nach zuverlässigen Angaben aus West-Berlin wurde gestern der 29 Jahre alte Ostberliner Fotograf Harald Hauswald festgenommen. Er gehört zum Freundeskreis der seit mehr als einer Woche verhafteten Bärbel Bohley und Ulrike Poppe, die Mitglieder dieser Gruppe sind. Ihnen werden Kontakte zur britischen Friedensbewegung vorgeworfen. Die Ehemänner der beiden Frauen wurden gestern vom Staatssicherheitsdient der „DDR“ verhört.

Ungarn bereit zum Dialog

Außenminister Varkonyi in Bonn für „wirklich sachliche Ost-West-Verhandlungen“

BERNT CONRAD, Bonn

Der ungarische Außenminister Peter Varkonyi hat sich gestern in Gesprächen mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher sehr aufgeschlossen gegenüber dem Bonner Wunsch nach Fortsetzung des West-Ost-Dialogs und nach einem konstruktiven Verlauf der bevorstehenden Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) gezeigt. Er will sich, wie er seinen Gesprächspartnern versicherte, dafür einsetzen, daß auch die Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten an der Eröffnung der KVAE teilnehmen.

Bei einem von Genscher gegebenen Mittagessen in der Godesberger Redoute plädierte Varkonyi für die „Schaffung von Bedingungen für wirklich sachliche Verhandlungen, denen die Prinzipien der Gleichheit und der gleichen Sicherheit zugrunde liegen“. Die Stationierung neuer amerikanischer Raketen in Westeuropa vergrößere die Spannungen und erschwere eine „fruchtbringende Entwicklung der bilateralen Beziehungen“, sagte der Ungar. Deshalb sei „Europas Himmel heute düsterer“. Gleichzeitig befürwortete er jedoch eine „nützliche Zusammenarbeit“ auf der KVAE und äußerte die Zuversicht, beim nächsten Treffen mit Genscher in Budapest „Gespräche in einer ruhigeren, aussichtsreicheren und günstigeren internationalen Atmosphäre führen zu können“.

Der Bundesaußenminister zeigte sich über den positiven Grundtenor Varkonyis, der als erster prominenter Ostblockpolitiker nach dem Beginn der Nachrüstung in die Bundesrepublik gekommen war, sehr befriedigt. Ebenso wie der Kanzler appellierte er an den Gast und an die anderen osteuropäischen Regierungen, das Anfang Dezember in Brüssel formulierte NATO-Angebot einer breiten und langfristigen Zusammenarbeit zwischen West und Ost anzunehmen. „Hier muß über Enttäuschungen und Verstimmungen des Tages hinweg verantwortlich die langfristige Perspektive gesehen werden“, sagte Genscher. Er fügte hinzu: „Ihr Besuch, Herr Außenminister, beweist uns, daß Ungarn am Dialog festhalten will.“

Varkonyi konstatierte seinerseits, daß die von Ungarn angestrebten Schritte zur Milderung der Spannungen offensichtlich von der Bundesregierung geteilt würden [illegible] sollte die gemeinsamen A[illegible]gungen, „ehe sich in der Rich[illegible] wahrhaften Rüstungsab[illegible] Fortschritt abzeichnet, [illegible] auf jene gesamteuropäischen Fragen konzentrieren, in denen es Mög[illegible]keiten gibt voranzukommen“. Dazu [illegible] te der Ungar vor allem die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen. Das Bonner Auswärtige Amt rühmte den „freundschaftlichen G[illegible]“ der Gespräche. Genscher nahm [illegible] Einladung nach Budapest an.

Besonders interessiert zeig[illegible] Kanzler und Außenminister [illegible] weisen über die in westlicher [illegible] derzeit unklare Meinungsbildung im Kreml. Varkonyi äußerte sich dar[illegible] erwartungsgemäß zurückhaltend. [illegible] scheint jedoch den Eindruck hin[illegible] lassen zu haben, daß der sowjetische Staats- und Parteichef Jurij Andropow die Zügel wieder in die Hand genommen hat. Andropow sei unverändert zu einem Ausgleich mit dem Westen bereit, wolle aber keine Überlegenheit der USA akzeptieren, hieß es auf ungarischer Seite. Varkonyi traf vor seiner Rückreise auch mit Bundespräsident Carstens sowie Vertretern der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP zusammen.

Helga Schuchardt droht mit Rücktritt

Kultursenatorin warnt vor einer weiteren Beschneidung ihres Haushaltes

UWE BAHNSEN, Hamburg

Hamburgs parteilose Kultursenatorin Helga Schuchardt hat die Flucht nach vorn angetreten und mit ihrem Rücktritt gedroht, wenn für 1985 der Kulturhaushalt weiter so beschnitten werde wie in den Ansätzen für 1984. Auf einer Pressekonferenz erklärte die streitbare Linksliberale, die Bürgermeister Klaus von Dohnanyi vor knapp einem Jahr nach ihrem Austritt aus der FDP als „meine Traumbesetzung“ in den Senat geholt hatte, die zum Teil drastischen Kürzungen für 1984 und die für die folgenden Jahre geplanten Sparauflagen, – betroffen sind vor allem die staatlichen Bühnen – trage sie mit und vertrete sie auch: „Es muß einfach gespart werden, auch in der Kultur. Mit den Ansätzen für das kommende Jahr wird das ohne Qualitätseinbußen möglich sein. Für Kürzungen darüber hinaus jedoch gibt es keinen Spielraum mehr.“ Solche Einsparungen würden an die Substanz und die Qualität gehen, und das werde sie nicht verantworten.

Die Kultursenatorin machte deutlich, daß ihre Bereitschaft zu den Streichungen des Etats 1984 eine Vorleistung gewesen sei, die ihr im kommenden Jahr, bei den senatsinternen Verhandlungen über den Haushalt 1985, in den „Chefgesprächen“ mit dem Finanzsenator honoriert werden müsse. Wenn das nicht geschehe (und das sei nicht auszuschließen), so werde sie sich sagen müssen: „Deine Art von Politik ist hier nicht mehr gefragt.“

Diese Äußerung der Senatorin ist auch vor dem Hintergrund der Tatsache zu sehen, daß zumindest der ebenfalls parteilose Wissenschaftssenator Professor Hansjörg Sinn im kommenden Jahr aus der Landesregierung ausscheiden wird, um sich wieder der Wissenschaft zu widmen.

Die Pressekonferenz der Kultursenatorin war erkennbar der Versuch, das zum Teil äußerst negative Echo im gesamten Medienspektrum auf die überproportionalen Einsparungen im Kulturetat, einem der kleinsten Einzelpläne des Hamburger Haushalts, wenigstens halbwegs aufzufangen. In den teilweise chaotischen Haushaltsberatungen der Bürgerschaft hatte der kulturpolitische CDU-Sprecher Klaus Lattmann dazu angemerkt, hier werde „die Portokasse geplündert in der Hoffnung, dadurch das Unternehmen zu retten“. Lattmann verwies darauf, daß schon nach dem Entwurf des Senats die Ausgaben des gesamten Haushalts um fast fünf Prozent steigen, der Kulturetat (mit 219 Millionen Mark Ausgaben) aber nur um 1,1 Prozent: „Acht Millionen Mark mehr hätte die Kultur bekommen müssen, um nur Schritt zu halten.“ Statt dessen habe es die SPD-Fraktion fertigbekommen, diesen Etat noch einmal um rund 7,2 Millionen Mark zu kürzen; im Ergebnis bedeute das weniger Geld für die Kultur als im laufenden Jahr.

Helga Schuchardt erklärte jedoch gleichzeitig, daß es immerhin aber gelungen sei, einige Streichungen wieder aufzuheben: Die beiden Kommunikationszentren „Fabrik“ und „Markthalle“ bleiben bestehen, es wird keine Bücherhalle geschlossen, das „Alstervergnügen“ soll weiter ausgeboten werden, und die drei Staatstheater können möglicherweise Studiobühnen weiterführen.

Steuervergünstigung für neues Auto?

Späth will Anreize zum Kauf von umweltfreundlichen Neuwagen schaffen

XING-HU KUO, Stuttgart

Baden-Württemberg wird Anfang nächsten Jahres eine Bundesratsinitiative einbringen, die wesentliche steuerliche Vergünstigungen für abgas- und umweltfreundliche Kraftfahrzeuge vorsieht. Dies teilte Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) gestern in Stuttgart mit. Inzwischen hat die Landesregierung eine „ausformulierte Konzeption“ zu dieser von Späth bereits mehrmals geäußerten Anregung ausgearbeitet, die derzeit „mit den anderen Bundesländern“ abgestimmt werde.

Konkret wird darin vorgeschlagen, daß abgasgereinigte Pkws, die den amerikanischen Abgasnormen entsprechen – die wiederum weitaus strenger sind als die geltenden deutschen Vorschriften –, in der Zeit vom 1. Juli 1984 bis 31. Dezember 1988 völlig von der Kraftfahrzeugsteuer befreit werden sollen. In den Jahren 1989 und 1990 müssen diese Fahrzeuge den halben heutigen Steuersatz kosten. Erst ab 1. Januar 1991 werden die Halter solcher Autos wieder die Steuer voll entrichten.

Gleichzeitig werden nicht so umweltbewußte Autobesitzer verstärkt zur Kasse gebeten, teilte Späth mit: Die Kfz-Steuer soll bei Autos ohne Abgasreinigung (Altfahrzeugen) ab 1. Januar 1986 von 14,40 auf 20 Mark und ab 1. Januar 1991 auf 25 Mark je 100 Kubikzentimeter Hubraum erhöht werden. So werde beispielsweise ein Mittelklassewagen mit 1,6 Liter Hubraum statt 230,40 ab 1986 mit 330 und ab 1991 gar mit 400 Mark besteuert werden. Späth unterstrich, daß diese Lösung bis 1990 „im wesentlichen aufkommensneutral“ sei. Mit der neuen Konzeption würden zwei Ziele erreicht: die Markteinführung und der Anreiz, bereits vor dem von Bonn festgelegten Stichpunkt 1. Januar 1986 ein umweltfreundliches, abgasgereinigtes Auto zu kaufen.

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz hat Späth im Streit um die Satellitennutzung – am 15. Dezember hatten die Regierungschefs der Länder in Bonn keine Einigung in dieser Frage erreichen können – seine guten Dienste als Vermittler angeboten. Es wäre „verhängnisvoll“, so Späth, wenn es nicht gelänge, zumindest einen „Mindestkonsens“ im nächsten Jahr zu erreichen.

Nach Ansicht Späths müßte eine „langfristige Organisations- und Nutzungskonzeption“ für Satellitenübertragungskapazitäten vor allem von folgenden drei Prinzipien getragen werden:

- Zulassung neuer, privater Programmveranstalter in den Ländern, in denen die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden,
- Zulassung neuer, von den vorhandenen öffentlich-rechtlichen Anstalten produzierten Programmen „im Rahmen einer Bestands- und Entwicklungsgarantie“,
- Förderung deutschsprachiger kultureller Produktionen zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Anstalten.

Baden-Württemberg werde, so Späth weiter, vor allem dafür eintreten, daß durch eine Verständigung alle Satellitenprogramme „zeitgleich in allen Bundesländern“ in die bestehenden Kabelnetze eingespeist werden können. Ferner will Stuttgart die Gründung eines „deutschen Kulturkanals“ anregen, in dem Eigenproduktionen deutscher Theater, Filme usw. angeboten werden.

Späth wies die von der FDP gemachte Koalitionsaussage zugunsten der CDU entschieden zurück. Dabei verwies er auch auf neueste Umfragen, die für die CDU bei einer jetzigen Landtagswahl 54 Prozent voraussagen.

Was Bonn und Tel Aviv verbindet

EPHRAIM LAHAV, Tel Aviv

Die Stadtwappen von Bonn und Tel Aviv prangten nebeneinander vor dem Sitzungssaal des Tel Aviver Stadtrats, als die Oberbürgermeister der beiden Städte, Shlomo Lahat und Hans Daniels, die langjährigen Kultur- und Jugendaustauschbeziehungen eines formellen Freundschaftsvertrages besiegelten.

Der Festakt fand im Rahmen einer Sondersitzung des Stadtrats in dem nach David Ben-Gurion benannten Boulevard statt. Ben-Gurion hatte sich als erster für die „Verständigung ohne Vergessen“ zwischen Deutschen und Israelis eingesetzt. Eine Zehn-Mann-Delegation aus Bonn nahm an der Sitzung teil. Trotz der festlichen Stimmung war das Bewußtsein der „nahen Vergangenheit“ allgegenwärtig. Daniels sprach von den Schrecken der Judenverfolgung und erwähnte mehrmals seinen aufschlußreichen Besuch im Tel Aviver „Museum der Diaspora“, wo er erfahren hatte, daß die Juden Bonns bereits im zwölften Jahrhundert verfolgt wurden.

Doch die Zukunft liege bei der jungen Generation, sagte er, die eine schöne und freundliche Zukunft und Zusammenarbeit mit dem jüdischen Volk erleben möchte. „Die Bibel vereint uns.“ „Wir sind das Volk der Bibel“, knüpfte in diesem Sinne Gastgeber Lahat an und teilte die Hoffnung der Bonner Delegation auf die Entwicklung einer Verständigung unter der Jugend der beiden Völker.

Lahat, ein gebürtiger Berliner, der zwar fließend Deutsch spricht, hielt seine formelle Antwort auf hebräisch und ließ sie übersetzen. Lahat wies darauf hin, daß Bonn zwar schon 1993 Jahre alt und daher älter als das in der Moderne gegründete Tel Aviv ist. „Doch Tel Aviv enthält auch Jaffa, das schon in der Bibel erwähnt wird. Wir dürfen uns daher älter als Bonn nennen“, bemerkte er unter allgemeinem Gelächter. Nächstes Jahr begeht Tel Aviv den 75. Jahrestag seiner Gründung.

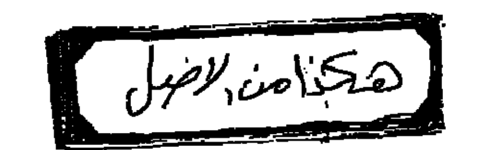
Der Text der dann unterzeichneten Vertragsurkunde lautet:

Die Stadt Tel Aviv-Yafo und die Stadt Bonn schließen auf der Grundlage und in Anerkennung langjähriger hervorragender Verbindungen diesen Freundschaftsvertrag, der dazu dienen soll, daß sich die Bürger beider Städte besser kennenlernen, gegenseitig verstehen und ihre menschlichen Beziehungen zueinander vertiefen.

Im Interesse einer Verstärkung der Freundschaft und einer Vertiefung der Kontakte vereinbaren beide Städte im einzelnen:

1. im Rahmen der jeweiligen finanziellen Möglichkeiten eine engere Zusammenarbeit mit dem Ziel, den kulturellen, schulischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Austausch fortzusetzen und fortzuentwickeln,
2. eine Förderung des Austausches von Gedanken und Erfahrungen hinsichtlich städtischer Probleme mit dem Ziel, Kenntnisse und Erfahrungen der jeweils anderen Stadt zu nutzen,
3. einen Informationsaustausch über alle bedeutenden internationalen Veranstaltungen, z. B. Ausstellungen, Konzerte, Sportereignisse, wissenschaftliche Kongresse und wirtschaftliche Veranstaltungen,
4. ideelle Hilfe für alle in ihren Gebieten tätigen Institutionen, die sich um die Förderung des wechselseitigen Austauschs bemühen. (SAD)





USA verhindern Schmuggel von Hochtechnologie

AP/DW. Denver

Die amerikanischen und deutschen Zollbehörden haben den illegalen Export hochspezialisierter amerikanischer Geräte zur Messung von Atomexplosionen und zur Herstellung von Mikrochips in die UdSSR verhindert. Nach Angaben des US-Zolls wurden in Englewood im US-Staat Colorado zwei Mitarbeiter der International Consulting Group festgenommen, die in den Technologieschmuggel verwickelt sein sollen.

Gegen die beiden Festgenommenen Norman Comerford und Bruce Abamski wurde Anklage wegen Verstoßes gegen die amerikanischen Gesetze über die Beschränkung der Waffenausfuhr erhoben. Ihnen drohen Haftstrafen bis zu zwei Jahren und Geldstrafen von 100 000 Dollar. Der Seismograph zur Messung von Atomexplosionen hat einen Wert von 113 600 Dollar. Der Preis des Krypton-Laser-Systems zur Herstellung der in Elektronenrechnern verwendeten Mikrochips wurde mit 53 750 Dollar angegeben.

Am Vortag hatte sich das amerikanische Verteidigungsministerium bei den deutschen Zoll- und Regierungsdienststellen für deren Hilfe bei der Sicherstellung eines amerikanischen Computer-Systems bedankt, das am 9. November im Hamburger Hafen auf einem für die Sowjetunion bestimmten Schiff beschlagnahmt worden war. Die illegale Ausfuhr der Computeranlage war durch die Zusammenarbeit amerikanischer und deutscher Behörden in „letzter Minute" verhindert worden.

Reagan weicht in Libanon nicht zurück

Von THOMAS KIELINGER

Es war eine Pressekonferenz, die letzte des Jahres, von der man hätte erwarten können, sie werde den ganzen Horizont der amerikanischen Verwicklung in den Händeln der Welt absuchen. Aber Präsident Reagan kam am Dienstagabend, was die thematische Vielfalt anging, gut dabei weg: Außer El Salvador und Fragen zur Innenpolitik stand nur ein Thema an: Libanon.

Man könnte daran die einseitige Orientierung der amerikanischen Presse an „Krisenberichterstattung" ablesen. Deutlich wird dabei aber vor allem der zunehmende Druck auf das Weiße Haus, eine Grundwelle der Skepsis, die alle Schichten der Gesellschaft erfaßt hat, wenn von Libanon und der Rolle der US-Marines in diesem Land die Rede ist.

Jede Fahrt im Auto belegt es. Man mag Radiosender anstellen nach Belieben: Wo eine Talk-Show läuft, fragen die Hörer auch nach Libanon. Ähnlich ist es beim Fernsehen. Europa mag sich über die Ost-West-Beziehungen Sorge machen, den Zustand der politischen Führung im Kreml und die Zukunft der Abrüstung. Ronald Reagan aber trifft in Amerika, während er in das Wahljahr 1984 einschwenkt, auf eigentlich nur eine einzige außenpolitische Sorge: Das ist der Verbleib der amerikanischen Truppen an einem Ort der Welt, der wenig Fortschritt und kaum absehbare politische Lösungen verspricht – Libanon.

Sitzt die amerikanische Politik – und damit der Präsident – hier in einer Falle? Sind die Marines zur Geisel eines politisch unlösbaren Falles geworden?

Natürlich hätte das Weiße Haus die Soldaten ehrenhaft zurück, lieber heute als morgen. Aber Reagan hat inzwischen in Libanon politisch sehr viel investiert, ein voreiliger Rückzug könnte leicht wie Nachgeben gegenüber der politischen Intransigenz Syriens wirken und gegenüber den Terroristen, die sich im Dienste Syriens – oder zumindest von Damaskus gefördert – zu etablieren versuchen. „Sollen wir die Terroristen gewinnen lassen?", appellierte Reagan rhetorisch an seine Presse-Zuhörer.

Es war bemerkenswert, wie offen der Präsident die Gefahren schilderte, in deren Umfeld die US-Soldaten Dienst tun. „Der Nahe Osten ist ein Pulverfaß, das einen Krieg auslösen könnte, den niemand will", sagte er. Angesichts dieser Lage kann es das Fernsehpublikum landesweit nicht beruhigt haben, vom Präsidenten anschließend zu hören, daß „ein amerikanischer Soldat, wenn man auf ihn schießt, zurückschießen darf".

In dieser Formulierung liegt die Crux der Problematik. Die Marines sind seit alters her ein Stoßtruppenkontingent, geeignet, in Blitzkriegsmanie zu landen, Brückenköpfe zu bilden und auszuweiten. Sie sind eine Kampfeinheit, gedacht für bewegliche Operationen, nicht für Grabendienst, mag er auch den hehren Namen „Peacekeeping" erhalten haben. Sich beschießen zu lassen und dann die Navy zu bitten, zurückzuschlagen, geht fast gegen das Selbstverständnis dieser Männer, und macht vor allem die militärischen Führer sehr nachdenklich.

DIE ANALYSE

General Rogers, nicht nur NATO-Oberkommandierender, sondern auch der für den Nahost-Raum verantwortliche amerikanische Militär, verhehlte nicht dieses Unwohlsein bei sich und seinen Kollegen, als er einem Fernseh-Interviewer gestand: „Das in Libanon, das ist eine ungewöhnliche Mission, wenn wir uns Missionen auszusuchen hätten, dann wäre dies nicht an der Spitze der Liste unserer Präferenzen."

Deutliche Worte. Die Bedenken gelten inzwischen in der veröffentlichten Meinung schon fast als Gemeinplatz. Eine einflußreiche Feder im konservativen Lager, der Kolumnist William Buckley stellte sich jetzt mit dem Ruf nach dem Abzug der Marines an die Spitze der „Libanon-Revolte".

Reagan mochte dies abschütteln und einem Frager auf der Pressekonferenz humorvoll bedeuten, er werde „mit meinem Freund Bill" noch ein ernstes Wort sprechen müssen. Die Stimmung im Lande aber kann er nicht ignorieren, will es auch nicht, denn wenn Militär und politische Führung der USA aus der Vietnam-Ära eines gelernt haben, dann dies, nie wieder militärische Missionen in Übersee einzugehen, die nicht von der eigenen Öffentlichkeit unterstützt werden.

Reagans Problem ist, mit dem amerikanischen Beitrag zur multinationalen Internationalen Friedenstruppe eine solche militärische Verpflichtung eingegangen zu sein, aber jetzt die öffentliche Unterstützung dafür schwinden zu sehen. Daß er seinen Zuhörern versprach, die Entscheidung über den Verbleib der Marines „nicht aus wahlpolitischen Gründen" zu fällen, ist fast irrelevant. Aus welchen Gründen auch immer: Die Entscheidung rückt heran, so oder so.

Reagans Berater bauen ihr vor, indem sie mit Hochdruck auf der diplomatischen Schiene voranzukommen suchen. Der Präsident bemühte sich auf der Pressekonferenz, diese Dimension in den Vordergrund zu stellen: „Die Lösung in Libanon muß eine politische sein", sagte er in Anerkennung der begrenzten militärischen Rolle der multinationalen Friedenstruppe. Bewußt spielte er den Waffen-Konflikt mit Syrien herunter, als etwas, was er von sich aus auf keinen Fall eskalieren wolle. Auch die Sowjetunion erwähnte er nicht ein einziges Mal.

Den diplomatischen Bemühungen diente auch die Reise Sonderbotschafters Russfeld nach Ägypten, Damaskus und Bagdad. Zusätzlich ließ das Weiße Haus – reichlich ungnädig – Gemayels Regierung wissen, wenn der politische Prozeß in Libanon „zusammenbreche", müßten die Marines wohl nach Hause kommen. Eine Formulierung, die Reagan selber als „wohl eine schlechte Wortwahl" bezeichnete. Aber die einzelnen Gruppierungen in Beirut werden den Druck, unter dem der US-Präsident selber steht, schon begriffen haben, auch wenn Reagan jetzt erklärte, er wolle „kein Signal gesendet haben".

Inzwischen trainieren die US-Ausbilder weiter die libanesische Armee, um sie in die Lage zu versetzen, weitere Gebiete des nationalen Territoriums unter Kontrolle der Zentralregierung zu bringen. Der „vorläufig endgültige" Abzug der PLO aus Libanon wird als hoffnungsvoller Richtungsweiser für den Abzug aller ausländischen Truppen aus Libanon angesehen. Offen bleibt: Wie kann man Syrien dazu bringen, sich zu bewegen? Damit behält die Partei, die den Fortschritt in Libanon behindert, sichtlich die stärkste Karte: Sie braucht nur abzuwarten, bis die Bereitschaft der Amerikaner erlischt, sich in Libanon militärisch zu engagieren.

Sinowatz und Kohl für enge Zusammenarbeit

Cc./F. D. Bonn

Die beiden Bundeskanzler Helmut Kohl und Fred Sinowatz haben gestern bei einem Gespräch in Bonn die enge Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich bekräftigt. Wichtige Themen des Gesprächs mit Kohl waren eine von Österreich angestrebte größere Kooperation mit der Europäischen Gemeinschaft sowie Fragen der Ost-West-Beziehungen und der Rüstungskontrolle.

Sinowatz traf am Nachmittag in Berlin ein, wo ihn der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker empfing. Nach der Eintragung in das Goldene Buch der Stadt hielt Sinowatz in der Akademie der Künste die Festansprache zur Eröffnung der Ausstellung „Der Hang zum Gesamtkunstwerk – Europäische Union seit 1800".

Für Verstimmung während seines Berlin-Besuches, der als „privat" bezeichnet wurde, sorgte die öffentliche Ankündigung der Berliner CDU-Stadtältesten Österlein und Wegehaupt, am Senatsempfang für Sinowatz nicht teilzunehmen. Sie begründeten dies damit, daß der österreichische Kanzler während seines zweitägigen Aufenthalts keinen Besuch der Mauer eingeplant habe. Dieser Kritik schloß sich auch der „Demokratische Klub" in Berlin an.

Wörner: Bemühen um Konsens erfolglos

rme. Bonn

Als „Niederlage unserer Demokratie" und Fehlschlag seiner Bemühungen um einen Konsens hat Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner in seinem Jahresrückblick den Mißerfolg des Versuchs bezeichnet, eine Übereinkunft zwischen allen Kultusministern einer bundeseinheitlichen Unterweisung der Schüler über Fragen der Friedenssicherung und Verteidigungspolitik zustande zu bringen. Es sei eine Gefahr für die Bundesrepublik Deutschland, wenn es nicht gelinge, die „Überzeugung von der Notwendigkeit der Verteidigung in den Köpfen und Herzen zu verankern", meinte der Minister.

Wörner wandte sich scharf gegen den Schriftsteller Günter Grass und Pfarrer Heinrich Albertz, die am vergangenen Wochenende zur allgemeinen Verweigerung des Wehrdienstes aufgerufen hatten. Wer das tue, stelle sich außerhalb der Verfassung. Die Soldaten dienten der Sicherung von Frieden und Freiheit. „Auch in Zukunft wird die Bundeswehr die Freiheit des Herrn Grass schützen", erklärte der Minister. Er lehne es ab, gegen ihn die Gerichte anzurufen.

Bulgare in Rom nun unter Hausarrest

dpa, Rom

Der wegen des Verdachts auf Beteiligung an dem Attentat auf Papst Johannes Paul II. in Rom inhaftierte bulgarische Staatsbürger Sergej Iwanow Antonow ist gestern aus der Haft entlassen und unter Hausarrest gestellt worden. Die zuständige Justizbehörde begründete die Maßnahme mit dem angegriffenen Gesundheitszustand Antonows. Der 36jährige frühere Vize-Chef des Büros der bulgarischen Fluggesellschaft Balkan-Air in Rom war am 25. November 1982 in Untersuchungshaft genommen worden. Der zu lebenslanger Haft verurteilte türkische Papst-Attentäter Mehmet Ali Agca hatte ausgesagt, Antonow habe ihm im Auftrag des bulgarischen Geheimdienstes bei Planung und Ausführung des Attentats auf den Papst am 13. Mai 1981 auf dem Petersplatz geholfen.

Chadli sucht Plazet der Partei für seinen Kurs

Offener gegenüber dem Westen, liberaler im Innern

B. RÜTTEN, Bonn

Präsident Chadli hat eine schwere Aufgabe: Er darf die algerische Revolution nicht verraten; denn auf ihr beruht nach wie vor in Ermangelung einer demokratischen Legitimation der Herrschaftsanspruch seiner Regierung. Doch diese Revolution ist längst tot. So kreiste Chadlis Rede vor den 5000 Delegierten des 5. Kongresses der Einheitspartei Front de Libération Nationale (FLN) in Algier im wesentlichen denn auch um Kontinuität und Erbe seines Vorgängers Boumedienne, der – so sagte Chadli – aber auch Fehler gemacht habe.

Es wird erwartet, daß der Kongreß dem politischen Kurs Chadlis zustimmt, ihn als Generalsekretär der Partei bestätigt und seine Wiederwahl zum Präsidenten im Februar vorbereitet. Damit wird die „Ära Chadli", die sich gegenüber Boumedienne durch eine innenpolitische Liberalisierung und eine außenpolitische Annäherung an den Westen auszeichnet, eine offizielle Bestätigung erfahren.

Der ausländische Beobachter hat es nach wie vor schwer, einen Wandel des stagnierenden algerischen Sozialismus zu erkennen. Die Masse der Bevölkerung hat sich schon längst ins Privatleben geflüchtet. Militär und Parteihierarchie bestimmen zum eigenen Vorteil den Kurs. Die schwerfällige und ausufernde Bürokratie führt seit jeher ein Eigenleben.

Unter Boumedienne soll all dies noch schlimmer gewesen sein. So war es für den ehemaligen Kompromißkandidaten Chadli nicht einfach, Veränderungen durchzusetzen.

Die Schlangen in den Läden sind kürzer und seltener geworden, es werden Wohnungen und Häuser gebaut und in beschränktem Umfang Privatunternehmen zugelassen. US-Vizepräsident Bush und Staatssekretär Eagleburger haben in diesem Jahr Algier besucht. Der Staatsbesuch des französischen Präsidenten Mitterrand Anfang 1982 und der Gegenbesuch Chadlis im vergangenen November haben die historische Aussöhnung mit der früheren Kolonialmacht besiegelt und Frankreich zum privilegierten Wirtschaftspartner Algeriens gemacht.

Chadli mußte dazu die starken Männer der Ära Boumedienne nach und nach ausschalten und sich langsam eine eigene Hausmacht aufbauen. Der Rückgang der Einnahmen aus Öl- und Gasverkäufen, die mehr als 95 Prozent der Exporterlöse ausmachen, erschwerten sein Ziel. Während eine kleine korrupte Schicht von Begünstigten des Systems sich zusehends größere Freiheiten in ihrem Konsumverhalten erlaubte, bildete sich aus der Masse der frustrierten Jugendlichen ein an radikaler Befolgung der islamischen Gesetze orientierter Widerstand. Die staatlichen Sicherheitsorgane zerschlugen ihn gewaltsam.

Beobachter nehmen an, daß es zu einer personellen Veränderung der höchsten Parteigremien kommen wird. Mehr als 20 Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit gründen Partei und Militär in Ermangelung einer demokratischen Legitimation ihren Herrschaftsanspruch noch ausschließlich auf den Befreiungskrieg, der von den staatlich dirigierten Medien täglich in Erinnerung gerufen wird. Es ist das Verdienst Chadlis, erkannt zu haben, daß es Zeit ist, den Alleinvertretungsanspruch der „alten Freiheitskämpfer" zu brechen.

Dabei hat er es in geschickter Weise verstanden, die personelle Veränderung mit der Festigung seiner Machtbasis und der Eliminierung der alten Machtclique zu verbinden. Kurz vor Beginn des FLN-Kongresses häuften sich Verhaftungen und Anklagen gegen ehemalige Minister und andere Exponenten früherer Regime. Bereits im Mai war der frühere Außenminister und erfolglose Rivale Chadlis um die Nachfolge Boumediennes, Abdelaziz Bouteflika, vom algerischen Rechnungshof auf Rückerstattung mehrerer Hunderttausend Schweizer Franken verklagt worden. Bouteflika aber hält sich bereits seit seinem Ausschluß aus dem Zentralkomitee der FLN im Dezember 1981 im Ausland auf.

Dritte Welt auf Distanz zum Osten

Resolutionskrieg in der UNO / Moskau ist nicht länger ein „natürlicher Verbündeter"

GITTA BAUER, New York

„Ist es nicht unglaublich, daß der Westen gegen eine Resolution gestimmt hat, die den Nuklearkrieg als Verbrechen gegen die Menschheit verurteilt?" fragte die junge Produzentin eines Fernsehprogramms bei den Vereinten Nationen, in dem es um die vom politischen und Sicherheitsausschuß verabschiedete Rekordzahl von 63 Resolutionen ging. Ginge man allein nach der Naivität dieser UNO-Beamtin amerikanischer Staatsangehörigkeit, so könnte man glauben, die Sowjetunion habe zumindest die Propagandaseite des Resolutionskrieges gewonnen, durch dessen Entfesselung sie in diesem Jahr den ersten Hauptausschuß völlig in den Dienst ihrer europäischen Strategie zu stellen suchte. Gestern ging die Sitzungsperiode der Vollversammlung zu Ende.

Seit Jahren schon kommt die Sowjetunion mit Dringlichkeitsanträgen zur Abrüstung zur Vollversammlung. In diesem Jahr legte sie zwei Entwürfe vor, die alle gängigen Reizworte wie „Verdammung des Nuklearkrieges" und „Einfrieren aller Nuklearwaffen" enthielten. Dazu kamen noch zwei höchst aktuelle Anträge zur Stationierungsfrage, die als „bilaterale Verhandlungen über Nuklearwaffen" betitelt wurden.

Umworbenes Objekt für den Osten wie für den Westen

Es konnte der Sowjetunion bei der Frage der Mittelstreckenraketen nicht wirklich um Einflußnahme auf die europäischen Partner des Atlantischen Bündnisses in Sachen Nachrüstung gehen. Die Debatten über die Stationierung waren vorüber, die Stimmen gezählt. Sie hatten die Bereitschaft Westeuropas, dem NATO-Doppelbeschluß von 1979 treu zu bleiben, bestätigt. Worum es der sowjetischen Delegation und ihren Satelliten bei der UNO-Debatte ging, waren die Herzen und Hirne der Vertreter der Dritten Welt. Mit einem Block von mehr als hundert Stimmen sind sie ein umworbenes Objekt, für den Westen wie für den Osten.

Wenn die Sowjetunion die „entschiedene, bedingungslose Verdammung des Nuklearkrieges für alle Zeiten" verlangt, da er „im Gegensatz zum menschlichem Gewissen und Vernunft steht, das monströseste Verbrechen gegen die Völker und die Verletzung des obersten Menschenrechts, des Rechts auf Leben, ist" – wer kann da nein sagen?

„Jede Zahl unter hundert ist eine Niederlage"

Überraschend für die sowjetische Delegation war wohl weniger, daß es tatsächlich 19 Nein-Stimmen und 23 Enthaltungen gab, als vielmehr, daß nur 72 Länder dieser scheinbar so zwingenden Logik ihr „Ja" gaben. „Jede Zahl unter hundert ist eine Niederlage", urteilte ein westlicher Diplomat. Da war die Vollversammlung in der Frage des sowjetischen Truppenabzugs aus Afghanistan deutlicher: 116 Stimmen brachte sie auf – mehr als je zuvor seit dem Einmarsch im Dezember 1979.

„Die Übereinstimmung, daß ein Nuklearkrieg verdammungswürdig ist, ist so selbstverständlich, daß keine besondere Resolution notwendig ist, um diese von allen geteilte Überzeugung zu bestätigen", sagte der Delegationsleiter der Bundesrepublik bei den Genfer Abrüstungsbehörden, Botschafter Henning Wegener. „Wir bedürfen auch nicht einer weiteren Dramatisierung des Nuklearkrieges und entsprechender Szenarien, noch müssen wir nukleare Ängste erzeugen ... Wenn die Sowjetunion die Situation weiterhin dramatisiert und sich über eine Kriegshysterie beklagt, dann sollte man ihr sagen, daß sie sich dieses Übel selbst zugefügt hat."

Deutlicher noch war die Abneigung der Entwicklungsländer, sich auf die Seite des Ostens ziehen zu lassen, bei den Abstimmungen über die Frage der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa und über die Freeze-Resolutionen. Die Abstimmung brachte eine Niederlage für den Osten. Die westliche Resolution hatte mehr Ja-Stimmen (85) als die rumänische (64) und die bulgarische (65). Die blockfreien Länder konnten 104 Stimmen aufbringen. Nicht viel anders war das Ergebnis bei den Freeze-Dokumenten.

Besonders interessant ist die Tatsache, daß eine ganze Reihe von Ländern der Dritten Welt sowohl für den Osten als auch für den Westen und natürlich für sich selbst votiert haben. Die Distanzierung vom Osten ist deutlicher geworden. Botschafter Wegener nennt es „Äquidistanz mit Sympathieüberhang für den Westen". Der Versuch der Sowjetunion, den ersten Hauptausschuß für ihre Zwecke zu mobilisieren, sei fehlgeschlagen.

Wenn dieser Trend anhält, könnte er historische Dimensionen annehmen. In den ersten 20 Jahren des Bestehens der UNO konnte man von einer automatischen Mehrheit für den Westen sprechen. Der Entkolonialisierungsprozeß in den sechziger Jahren verdreifachte die Zahl der ursprünglich 51 Gründungsmitglieder. Damit aber änderte sich das Stimmenverhältnis zugunsten des Ostblocks, der sich den Blockfreien als „natürlicher Verbündeter" andiente. Der Höhepunkt dieser Entwicklung zeigte sich bei der sechsten Gipfelkonferenz der Blockfreien in Havana, als Fidel Castro 1979 die Präsidentschaft übernahm.

Das Afghanistan-Syndrom wirkt fort

Der Sturz aus diesen euphorischen Höhen war hart. Als Sowjettruppen Afghanistan überfielen, verstärkte sich der Unmut der Blockfreien, der schon bei der Invasion Kambodschas durch vietnamesische Truppen aufgeflammt war. Was viele Länder gehindert hatte, uneingeschränkt für Kambodscha Stellung zu nehmen, nämlich das mörderische Regime der Roten Khmer, war bei Afghanistan nicht vorhanden – und das Afghanistan-Syndrom wirkt fort. Es ist vielleicht einer der wichtigsten Faktoren für die zunehmende Abneigung der Länder der Dritten Welt gegenüber dem Osten. Optimisten vermögen darin den Beginn einer Synthese zu erkennen, die Rolle der Dritten Welt als Katalysator zwischen Ost und West. (SAD)

Urteil über Mutterschaftsgeld

AP/DW. Karlsruhe

Der Ausschluß nichterwerbstätiger Frauen vom sogenannten Mutterschaftsgeld ist mit dem Grundgesetz vereinbar. Zu dieser Auffassung ist das Bundesverfassungsgericht in einer gestern veröffentlichten Entscheidung gekommen. Das Sozialgericht Dortmund hatte die Meinung vertreten, die gesetzliche Regelung, wonach nur berufstätige Frauen Anspruch haben, im Anschluß an die zweimonatige Schutzfrist vor und nach der Geburt für vier Monate Urlaub zu nehmen und Mutterschaftsgeld bis zur Höhe von 750 Mark monatlich zu erhalten, verstoße gegen das Gleichheitsprinzip. Sie belohne nur erwerbstätige Mütter durch Zuschüsse, obwohl Hausfrauen in der Zeit des Mutterschaftsurlaubs der gleichen Belastung ausgesetzt seien.

Das Bundesverfassungsgericht hat jedoch einen Verstoß gegen das Gleichheitsprinzip des Grundgesetzes verneint. Die Zielsetzung des Gesetzes, es erwerbstätigen Müttern zu erleichtern, den ihnen zustehenden Urlaub nach der Geburt auch zu nehmen und sich dem Kind zu widmen, rechtfertige die unterschiedliche Behandlung. Das Mutterschaftsgeld biete den Anreiz, dessen es für die nichterwerbstätige Mutter in der Regel nicht bedürfe.

Marx sieht in Algier „Wendung zum Westen"

E. N., Bonn

Das wirtschaftlich gute, aber politisch spröde Verhältnis zwischen Algerien und der Bundesrepublik Deutschland sei dabei, sich zu entkrampfen, und man könne „eine gewisse Hinwendung zum Westen" konstatieren. Dies ist nach Ansicht des außenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Werner Marx, der Eindruck einer siebenköpfigen Bundestagsdelegation von einem zehntägigen Besuch Marokkos, Tunesiens und Algeriens.

96 deutsche Firmen sicherten derzeit mit ihrer Produktion Tunesien 20 000 Arbeitsplätze.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Schlecht hegt Zweifel an Flick-Notizen

GISELA REINERS, Bonn

Staatssekretär Otto Schlecht vom Wirtschaftsministerium hat in einer „Erklärung zum Bescheinigungsverfahren bei Paragraph-6b-Anträgen, insbesondere im Falle Flick", Zweifel angemeldet, ob Flick-Vertreter von Gesprächen im Wirtschaftsministerium „in eigenen Aktennotizen richtige Aufzeichnungen anfertigten". Schlecht gab diese Erklärung am Dienstagabend vor der auf Wunsch von Minister Lambsdorff (FDP) einberufenen außerordentlichen Personalversammlung ab. Begründung: Das Ministerium sei mehrfach durch den „Komplex Flick" berührt: durch die Anklage gegen den Minister, den Untersuchungsausschuß des Bundestages und das „Verfahren zur Überprüfung von zwei Genehmigungen für einen steuerneutralen Erwerb von Beteiligungen an der US-Firma Grace durch Flick". Besonders beim letztgenannten Verfahren besteht Zeitdruck. Bis zum 14. Januar spätestens muß entschieden sein, ob die Steuerbefreiung für den Erwerb von Grace-Anteilen aus Veräußerungsgewinnen nicht widerrufen werden muß, weil die Voraussetzungen hinfällig geworden sind. Von seiten Flicks war argumentiert worden, die Anlage des Geldes aus dem Verkauf der Flick-Beteiligung an der Daimler-Benz AG sei volkswirtschaftlich förderungswürdig und rechtfertige die Steuerbefreiung, weil der Einfluß auf das amerikanische Unternehmen steigen und eine technologische Zusammenarbeit auf dem Energiesektor begründen werde. Hier sind jedoch Zweifel aufgetaucht, die durch Unterlagen genährt werden, die bei Hausdurchsuchungen beim früheren Flick-Gesellschafter von Brauchitsch gefunden wurden.

Aus den Papieren geht hervor, daß die Firma enttäuscht ist über das geringe Ausmaß der Kooperation. Die Staatsanwaltschaft gab – zuletzt am 14. Januar 1983 – diese Unterlagen zur Überprüfung an das Wirtschaftsministerium weiter, das danach genau ein Jahr Zeit hatte, nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz den „rechtswidrigen Verwaltungsakt" zurückzunehmen.

Schlecht, seit 1972 Staatssekretär im Bonner Wirtschaftsministerium, legte in seiner Erklärung vor der Personalversammlung dar, daß der Wirtschaftsminister nur in zwei von insgesamt 10 Anträgen von Flick auf Steuerbefreiung seine Zustimmung geben mußte, weil es Meinungsverschiedenheiten zwischen Finanz- und Wirtschaftsministerium gegeben hatte. Es habe sich um Beteiligungen bei Gerling und der Projektgesellschaft Kohleverflüssigungsverfahren (PCV) gehandelt. Nicht ein abweichendes Votum habe es zwischen der Fachebene und dem Minister oder Staatssekretär gegeben. Allerdings hätte es Beratungsgespräche, wie sie auch in anderen Fällen üblich seien, zwischen Firmenvertretern von Flick und Beamten des Ministeriums gegeben. Schließlich sei das Haus ein Dienstleistungsunternehmen. Dabei könnten sich die Flick-Gesandten in ihren Aufzeichnungen geirrt haben. „Im Falle Flick ist offensichtlich – und ich weiß das aus eigener Kenntnis –, daß aus persönlichen und unternehmensinternen Gründen irreführende Behauptungen und ‚Erfolgsmeldungen' produziert worden sind", sagte Schlecht.

Bremer Senat billigt Nicaragua-Reise Scherfs

CDU spricht von politischem Skandal

WINFRIED WESSENDORF, Bremen

Die Bremer CDU hat scharf die Nicaragua-Reise des Bremer Jugendsenators Henning Scherf (SPD) verurteilt, die er als Mitglied einer „Arbeitsbrigade" aus der Bundesrepublik Deutschland unternimmt. Scherf will 14 Tage lang in dem mittelamerikanischen Staat aus „Solidarität mit der sandinistischen Revolution" bei der Kaffee-Ernte helfen. Der stellvertretende Bremer CDU-Fraktionsvorsitzende G. Klein zur WELT: „Das ist ein politischer Skandal."

Zu der Tatsache, daß alle Mitreisenden ihren Verzicht auf Rechtsschutz unterschreiben mußten, um ein Visum zu bekommen, meinte Klein, damit sei Senator Scherf „praktisch vogelfrei". In der Stellungnahme der Bremer CDU heißt es dazu: „Die Regierung von Nicaragua lehnt es ab, für die Teilnehmer der sogenannten freiwilligen Arbeitsbrigaden aus dem Ausland, die ihr wirtschaftliche Hilfe leisten und das Land gegen eine angebliche amerikanische Intervention schützen wollen, irgend eine Verantwortung oder Haftung zu übernehmen."

Unterschreiben mußten die Teilnehmer: „Ich erkläre, daß ich meine Solidarität mit der sandinistischen Volksrevolution ausdrücken möchte, indem ich an der Produktionsbrigade teilnehme. Ich verzichte darauf, rechtliche oder berufliche Verantwortlichkeit einzufordern, die sich aus einer freiwilligen Dienstleistung ergeben könnte, und verpflichte mich, die daraus folgenden Auflagen zu erfüllen. Ich werde weder das nicaraguanische Volk, noch die Regierung, noch eine andere nicaraguanische Institution, noch die Organisation in der Bundesrepublik moralisch oder rechtlich für Schwierigkeiten verantwortlich machen, die durch die Teilnahme an der Brigade entstehen könnten. Außerdem erkläre ich, daß keine Regierung das Recht hat, Nicaragua unter dem Vorwand meines positiven Schutzes anzugreifen."

Der CDU-Politiker Klein äußerte dazu: „Wenn der Senator aus ideologischen Gründen seinen Haß auf die USA auf diese Weise ausdrückt, dann hat er sich als Mitglied der Bremer Landesregierung disqualifiziert." Scherf gehört dem linken Flügel der SPD an. Er flog mit einer Maschine der sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot von Luxemburg über Havana nach Managua. Rund 130 Männer und Frauen aus der Bundesrepublik, unter ihnen die Bundestagsabgeordnete der Grünen, Petra Kelly, und die Theologen Dorothee Sölle und Norbert Greinacher, nehmen an der Reise teil, die vom Informationsbüro Nicaragua e. V. in Wuppertal organisiert wurde.

Der Bremer Senat hat diese Auslandsreise seines Mitglieds formell genehmigt, teilte Bürgermeister Moritz Thape (SPD) mit. Scherf fahre auf eigene Kosten und habe 14 Tage Urlaub dafür genommen.

Umwelt: Strauß mit Kohl einig

Ministerpräsident äußert Verständnis für Haltung des Kanzlers zu Grundgesetzänderung

PETER SCHMALZ, München

In Fragen des Umweltschutzes sieht Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß keinen Konflikt mit Bundeskanzler Helmut Kohl. Er habe volles Verständnis für die Haltung des Kanzlers, derzeit keine Grundgesetzänderung zugunsten des Umweltschutzes in Gang zu setzen, erklärte Strauß gestern in München. Der Kanzler habe ihm bei ihrem letzten Treffen am 13. Dezember in Bonn erläutert, der Bund könne keine nur auf das eine Ziel Umweltschutz eingeschränkte Grundgesetzänderung durchführen, da eine Vielzahl anderer Änderungswünsche zu erwarten sei, die einen langwierigen Beratungsprozeß in Gang setzen würden.

Nachdem Strauß die Grundgesetzänderung, die er bereits 1971 in einem Schreiben an das bayerische Umweltministerium angeregt hatte, als derzeit nicht erreichbar erkannte, die bayerische SPD aber mit einem Volksbegehren droht, durch das der Umweltschutz in der bayerischen Verfassung verankert werden soll, setzte der Ministerpräsident von sich aus in Bayern eine Verfassungsänderung in Gang. Nach intensiver Beratung verabschiedete das bayerische Kabinett einen Beschluß, in dem es „eine noch bessere Verankerung des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen in der Verfassung" befürwortet.

Danach sollen zwei Artikel der Verfassung des Freistaates geändert werden: Artikel 3, der Bayern als einen „Rechts-, Kultur- und Sozialstaat" beschreibt, wird durch den Zusatz ergänzt: „Er schützt die natürlichen Lebensgrundlagen und die kulturellen Überlieferungen." Umfangreichere Veränderungen wird Artikel 141 erfahren. Durch ihn waren „Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Natur sowie der Landschaft" bisher nur dem Schutz und der Pflege des Staates unterstellt. Nach der nun vom Kabinett angestrebten Fassung, haben „Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts die Aufgabe", diese zu schützen und zu pflegen. Darüber hinaus sollen sie verpflichtet werden, „die natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Luft zu bewahren, die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts zu erhalten und zu verbessern, den Wald wegen seiner besonderen Bedeutung für den Naturhaushalt als wesentlichen Teil der natürlichen Lebensgrundlage zu schützen, kennzeichnende Orts- und Landschaftsbilder und die heimischen Tier- und Pflanzenarten möglichst zu schonen und zu erhalten". Daß dieser Entwurf weitgehend die Handschrift von Strauß trägt, gab er gestern vor Journalisten unumwunden zu.

„Wir wollen damit für andere Länder einen Anstoß geben", sagte Strauß gestern. Umweltminister Alfred Dick meinte, außer Bayern und Baden-Württemberg, das sich für den bayerischen Entwurf bereits interessiert, seien die Bundesländer im Umweltschutz „ein bißchen schwach auf der Brust".

Bereits zur ersten Kabinettssitzung im neuen Jahr soll am 10. Januar ein Gesetzentwurf mit Vorblatt und Begründung dem bayerischen Kabinett zur Verabschiedung vorgelegt werden. Strauß hofft auf die nach der Verfassung notwendige Zweidrittelmehrheit im Landtag, wozu auch Stimmen der SPD notwendig sind. Sollte jedoch die bayerische SPD, deren Vorsitzender Helmut Rothemund mit der Verfassungsänderung weitgehende Ausführungsgesetze verbinden will, dem Regierungsentwurf nicht zustimmen, plant die CSU nach den Worten von Strauß ein eigenes Volksbegehren.

Nea. Mainz

Wie der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) vor Journalisten erklärte, verfolgt er „mit großer Aufmerksamkeit" Erwägungen in Bayern, den Umweltschutz und das Recht der Bürger auf eine gesunde Umwelt in der Landesverfassung zu verankern. Er habe dem Justizminister den Auftrag erteilt, die rechtlichen Aspekte einer solchen Regelung auch in Rheinland-Pfalz zu prüfen.

Vogel sieht durchaus die Probleme, die mit der Einführung bloßer Leerformeln in den Verfassungstext entstehen würden: „Aber daß Dinge wie Luft, Wasser oder Wald, deren Wichtigkeit wir inzwischen erkannt haben, in der Verfassung überhaupt nicht erwähnt werden, sollte Anlaß zum Nachdenken sein." Mit Verfassungsrang ausgestattet, könne der Umweltschutz auch vor den ordentlichen Gerichten eine größere Bedeutung erhalten.

Hessens CDU klagt gegen Kreditgesetz

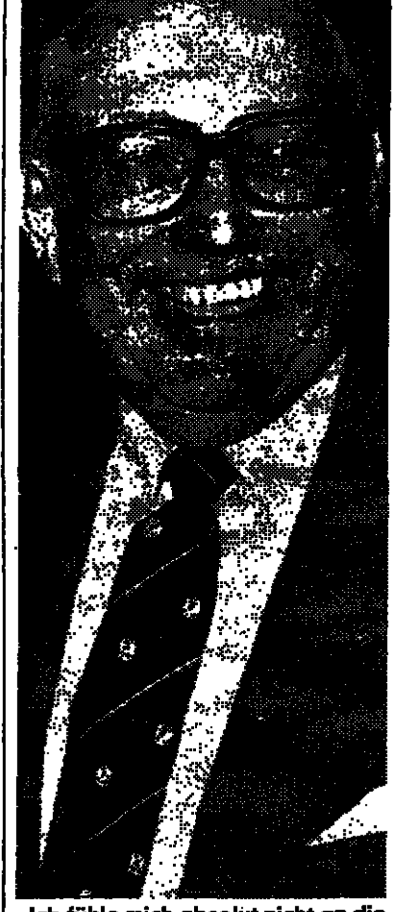
dpa, Wiesbaden

Die hessische SPD und die Grünen haben ihre punktuelle Zusammenarbeit in Sachfragen gefestigt. Mit den Stimmen der beiden Parteien, die auch über die Möglichkeit einer längerfristigen Kooperation verhandeln, verabschiedete der Landtag während einer Sondersitzung am Mittwoch zwei wichtige Finanzgesetze und lehnte zugleich Initiativen der Fraktionen von CDU und FDP ab. Die Grünen wollen Mitte Januar entscheiden, ob sie ein Bündnis mit der SPD eingehen.

Gegen das Kredit- und Bürgschaftsgesetz 1984 beantragte die Union vor dem Hessischen Staatsgerichtshof den Erlaß einer einstweiligen Verfügung, um die neuen Bestimmungen zu verhindern. Das neue Gesetz ermächtigt die geschäftsführende Landesregierung von Ministerpräsident Holger Börner (SPD), im Haushaltsjahr 1984 neue Schulden bis zur Höhe von 1,5 Milliarden Mark zu machen. Von der Entscheidung des Staatsgerichtshofes erhofft sich die Union auch eine richterliche Feststellung, daß die Landesregierung die ihr von der Verfassung gesetzte Frist für eine kommissarische Amtsführung überschritten habe.

Neben dem Kredit- und Bürgschaftsgesetz billigte der Landtag auch ein drittes Teilhaushaltsgesetz. Der von der SPD eingebrachte Teilhaushalt ermöglicht die Auszahlung von knapp 300 Millionen Mark an die Kommunen im Vorgriff auf den vom Parlament noch immer nicht verabschiedeten, im Wege der vorläufigen Haushaltsführung jedoch weitgehend ausgeschöpften Etat 1983.

„Sympathie für Lambsdorff ist eher größer geworden"



„Ich fühle mich absolut nicht an die Wand gedrückt, denn wir haben eine faire Partnerschaft." Wolfgang Mischnick (62), Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion FOTO: DPA

DW. Bonn

Nach fast 15 Monaten der Regierungszusammenarbeit mit der CDU/CSU zieht der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, eine positive Bilanz. In einem WELT-Interview trat er gleichzeitig für häufigere Gespräche der Parteivorsitzenden von CDU, CSU und FDP ein. Mit Mischnick sprach Stefan Heydeck.

WELT: Herr Mischnick, der Wirtschaftsminister bleibt vorerst im Amt. Muß die FDP in den bevorstehenden Wahlkämpfen dadurch Nachteile befürchten?

Mischnick: Ich hoffe, daß mit der Erklärung von Graf Lambsdorff nun endlich das Spiel mit Spekulationen über Kabinettsumbildungen beendet wird. Ich sehe in der Entscheidung von Graf Lambsdorff keine Belastung der vor uns stehenden Wahlkämpfe. Aus der Reaktion auf die ganzen Begleitumstände zum Verfahren habe ich eher den Eindruck gewonnen, daß die Sympathie für ihn größer und nicht geringer geworden ist.

WELT: Fast 15 Monate besteht die Koalition mit der CDU/CSU. Was hat sich für die FDP gegenüber dem alten Bündnis geändert?

Mischnick: Wir haben die notwendigen wirtschafts-, finanz- und haushaltspolitischen, aber auch die sozialpolitischen Entscheidungen schneller und umfassender treffen können als es in den letzten zwei Jahren der alten Koalition möglich war. Damit ist die Voraussetzung dafür geschaffen worden, daß die Rezession überwunden werden konnte, daß ein wirtschaftlicher Aufschwung sichtbar wird und damit aus der wirtschaftlichen Unsicherheit wieder wirtschaftliche Stabilität möglich wird.

WELT: Nun gibt es aber immer wieder Spannungen. Insbesondere mit der CSU.

Mischnick: Wenn drei Parteien eine Koaliton bilden, ist die Abstimmung untereinander eben schwieriger als wenn das zwei Parteien tun müssen. Ich bin sicher, auch hier wird sich noch manches einspielen. Es zeigt sich, daß diese drei Parteien ihre eigenen grundsätzlichen Auffassungen haben. Es ist eben kein Einheitsbrei, sondern es ist das Bemühen darum, zum gemeinsamen Handeln zu kommen. Dies ist bisher in allen Entscheidungen gelungen. In der Öffentlichkeit wird meistens das Vorbereitungsstadium, wo die unterschiedlichen Meinungen aufeinanderprallen, ernster genommen als das, was hinterher als Ergebnis dieses gemeinsamen Handelns herauskommt.

WELT: Nun wird in der Union bemängelt, daß die CSU teilweise erst im nachhinein zu den Abstimmungsprozessen hinzugezogen würde? Außerdem gibt es immer wieder die Forderung nach dem Dreiergespräch der Parteivorsitzenden?

Mischnick: Im Bereich der Koalitionsfraktionen erfolgen die Abstimmungen selbstverständlich zwischen den Fraktionen. Das heißt: CDU/CSU sind gemeinsam beteiligt. Wir haben feststellen können, daß dies in vielen Sachbereichen schon sehr gut funktioniert, daß es aber einzelne Gebiete gibt, wo noch ein gewisser Nachholbedarf vorhanden ist. Das ist auch zum Teil eine Frage des Gewöhnens daran, daß in der Regierungsverantwortung die Abstimmungsprozesse sehr viel früher stattfinden müssen als beispielsweise in der Zeit der Opposition.

Das Dreiergespräch zwischen den Vorsitzenden der drei an der Regierung beteiligten Parteien ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn das öfter geschieht als das bisher der Fall gewesen ist. Ich habe aber etwas dagegen, daß man Dinge formalisiert, die man ad hoc sinnvoller gestalten kann.

WELT: Ist es aus heutiger Sicht sinnvoll, daß in den Koalitionsverhandlungen etliche Punkte offengeblieben sind?

Mischnick: Es wird nie möglich sein, in einer Koalitionsvereinbarung alle Gesichtspunkte, die im Laufe einer Legislaturperiode in Erscheinung treten können, von vornherein bis ins Detail festzulegen. Dies würde ich auch für falsch halten, denn man muß bei Neuentwicklungen auch in der Lage sein, neu zu reagieren. Ich habe es deshalb für richtig gehalten, daß wir bestimmte Prüfungsaufträge erteilt haben. Das bedeutet natürlich, daß bis zum Abschluß der Prüfungen jeder seinen Standpunkt vertritt und man dann versuchen muß, einen Kompromiß zu finden. Ich bin sicher, daß uns das auch gelingen wird.

WELT: Sehen Sie Ihre Partei von der Union irgendwie an die Wand gedrückt?

Mischnick: Als kleine Partei wird man immer das Problem haben, die eigene Leistung innerhalb einer Koalition, das eigene Profil sichtbar zu machen. Ich fühle mich absolut nicht an die Wand gedrückt, denn wir haben eine faire Partnerschaft. Allerdings hat die von uns anzusprechende Wählerschaft anders als während der sozial-liberalen Koalition in vielen Bereichen die gleiche Zusammensetzung. Dies schließt jedoch nicht aus, daß trotzdem Randbereiche von der Union besser beackert werden können und umgekehrt. Insofern sehe ich hier eine breite Möglichkeit des Wirkens. Ich glaube nicht, daß das Wählerpotential, das die Union und die FDP ansprechen, schon voll ausgeschöpft ist.

WELT: Wo sehen Sie strittige Punkte für die Zusammenarbeit im nächsten Jahr?

Mischnick: Für mich ist entscheidend, daß man das, was man im Interesse des gemeinsamen Handelns tun will, in den Vordergrund stellt und nicht die Streitpunkte. Es geht weiterhin insbesondere um die Bereiche Finanzpolitik, Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik, die Fortsetzung des Konsolidierungskurses und damit die Verstetigung des wirtschaftlichen Aufschwungs. Denn die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Schaffung von Ausbildungsplätzen für die Schulabgänger sind die entscheidenden Aufgaben auch für 1984. Alle anderen Bereiche, wo es unterschiedliche Meinungen gibt, sind demgegenüber nachrangig.

„In Südostasien mehr investieren"

Co. Bonn

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Hupka hat dazu aufgerufen, die Chancen für die deutsche Wirtschaft in Südostasien besser zu nutzen. „Der Bundesrepublik bieten sich vor allem in den Asean-Staaten (Singapur, Malaysia, Indonesien, Thailand, Philippinen) große Möglichkeiten, tatsächlich aber geschieht dort von unserer Seite viel zu wenig", erklärte Hupka, der an der Spitze einer Bundestagsdelegation Singapur und Kuala Lumpur besucht hat, gegenüber der WELT.

Besonderes Interesse gilt in Südostasien nach den Worten des CDU-Politikers deutschen Investitionen. „Früher habe ich dort unten oft den Stoßseufzer gehört: ‚Herrgott, jetzt kommen die Deutschen.' Heute sagt man ungeduldig: ‚Wo bleiben die Deutschen?'" berichtete Hupka. Kritik übte der Abgeordnete an den Goethe-Instituten in Singapur und Malaysia, die sich zu wenig um eine repräsentative Selbstdarstellung der Bundesrepublik bemühten. „In den Goethe-Instituten haben Cineasten das Sagen", meinte Hupka. Deshalb würden beispielsweise Fassbinder-Film-Serien gezeigt, darunter ein Film gegen angebliche Ausländerfeindlichkeit in Westdeutschland. Das führe dazu, daß man zum Beispiel von Einheimischen gefragt werde: „Weshalb ist die Bundesrepublik eigentlich so ausländerfeindlich?"

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Fundament für den Frieden

Leserbrief: „Zypern – aus anderer Sicht"; WELT vom 7. Dezember, und Leserbrief: „Fakten zum Zypern-Konflikt"; WELT vom 10. Dezember

Sehr geehrter Herr Chefredakteur,

die Diskussion zwischen meinem geschätzten Kollegen Rudolf Wedekind und Hubertus zu Löwenstein über die Frage der neuen türkischen Republik auf Zypern hat wieder einmal eindeutig gezeigt, daß Friede und Gerechtigkeit in Europa auf den klassischen Wegen nicht mehr gesichert werden können.

Was wir brauchen ist ein gemeinsamer Grundsatz, der jenseits von angeblichen historischen Rechten und rein politischen Erwägungen von allen Seiten in einem Konflikt angewandt werden kann.

Dieser Grundsatz ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wo es ehrlich gewagt wurde – siehe die Abstimmung nach dem Zweiten Weltkrieg an der Saar – hat es zu einer alle befriedigenden Lösung geführt, die das Fundament für einen dauernden Frieden gelegt hat. Man denke nur einmal, was geschehen wäre, wenn die Franzosen der Volksabstimmung nicht zugestimmt hätten – hätten wir dann je die deutsch-französische Freundschaft wirklich erreicht?

Warum also nicht in Zypern ähnlich verfahren? Warum nicht die Bevölkerung fragen? Lehnt die eine Seite ab, ein solches Referendum unter internationaler oder europäisch-gemeinschaftlicher Kontrolle abzuhalten, würde sie damit zeigen, daß es ihr mit der Demokratie und mit dem Frieden nicht ernst ist.

Hochachtungsvoll
Otto von Habsburg,
Mitglied des Europäischen Parlamentes, Straßburg

Hiermit beenden wir die Diskussion.
Die Redaktion.

Ausweg Adoption

„Im Jahre 2030 bei uns nur noch 38 Millionen Deutsche?"; WELT vom 15. Dezember

Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt berichtete vor der Presse über die stark rückläufige deutsche Bevölkerungszahl. Gleichzeitig machte man sich Gedanken über Gegenmaßnahmen. Das ist richtig und muß von den Politikern auch verlangt werden. Bedauerlich ist, daß in einer solchen Situation weiterhin auf Krankenschein ungeborene Menschen getötet werden. Wenn auch so viele Frauen in diese schändliche Tat einwilligen, so muß dem doch ein Ende gemacht werden.

Ungleich mehr Eltern suchen ein Baby zur Adoption, bzw. haben resigniert aufgegeben, als in deutschen Kliniken Kinder abgetrieben (getötet) werden. Der Gesetzgeber sollte die Abtreibung aus sozialer Indikation strikt verbieten, Ärzte und werdende Mütter unter Strafandrohung stellen, aber gleichzeitig die Adoption der nicht gewollten Babys stark erleichtern. Eine werdende Mutter, die bereit ist, ihr Kind im Bauch töten zu lassen, hat ihr Mutterrecht verspielt. Das Kind gehört sofort nach der Geburt in die Pflegschaft liebevoller Adoptiveltern.

Dr. med. W. Rothenbächer,
Diez

Goldene Worte

„Henri Nannen: Liebe Stern-Kollegen..."; WELT vom 16. Dezember

Daß Henri Nannen einen Hang zum Fäkalischen und Obszönen hat, wußte man immer. Daß er es auch so schön selbst belegt, weiß man jetzt.

Apart ist seine Berufung auf Karl Marx („daß in Redaktionsstuben keine Demokratie, sondern Diktatur zu herrschen hat"). Wenn er den ewigen Demokratierern selbst ans Fell geht, ist jeder Zeuge recht: Links reden und schreiben, rechts leben (auf seiner Jacht) und managen.

Mit bestem Gruß
P. Meier-Bergfeld,
Euskirchen 14

*

In Ihrer Zeitung kommt Herr Nannen zu Wort.

Er schreibt „seiner" Redaktion einen nicht gerade verschämten Brief. Seine Art der Auseinandersetzung mit Mitteln auch aus dem Bereich der Sexualität sei ihm überlassen. Nur sei er in der Stärke, in der er sich zu geben sucht, daran erinnert, daß das Wort „Verstand ist stets bei wen'gen nur gewesen" nicht von Lessing stammt, sondern von Schiller („Demetrius"-Fragment).

Schiller fährt nach der zitierten Stelle fort: „Der Staat muß untergehn früh oder spät, wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet." Hat Herr Nannen dieses damals so gern zitierte Wort vor 1945 nie gelesen?

Dr. Günther Holtz,
Altensteig/Schwarzwald 1

„Muffig-mafios"

„60 Bilder verbrannt"; WELT vom 9. Juli

Am 5. 7. 1983 habe ich nicht 60, sondern 46 Bilder verbrannt.

Meine Motive für diese Aktion entsprangen weder einer Kurzschlußhandlung noch aus einem Streit mit einer Freundin, auch nicht aus der Tatsache, daß ich keine Bilder verkauft habe.

Richtig ist, daß ich meine Bilder verbrannt habe aus Protest gegen eine Kulturatmosphäre in Lindau, in der ein Künstler nicht atmen kann und die ich als kleinbiederlich, muffig-mafios bezeichnen kann.

H. Binz

Eine neue Saite

„Führung heute"; WELT vom 10. Dezember

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

vielen Dank für Ihren ausgezeichneten Leitartikel.

Mir ist der Stilwandel sehr sympathisch. Statt des immer überanstrengten, wild entschlossenen, tiefernsten zeigefingerwackelnden Gernegroß nun ein lächelnder, gelassener Mann, der warten kann und auch mal die Dinge reifen läßt. Das tut uns gut.

Der Athener EG-Gipfel zeigte, was in Kohl steckt. Bei allen früheren Krisen war der deutsche Kanzler stets der Mann, der wie ein Zauberer in allerletzter Stunde die Lage rettete. Die anderen wußten schon: Deutschland zahlt doch wieder. Kohl aber hat klar und einfach NEIN gesagt! Das war eine ganz neue Saite, die da erklang.

Kohl ist ein Mann mit stark entwickeltem Instinkt für Personen und Entwicklungen. Er vergißt nichts. Niemand sollte ihn unterschätzen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr sehr ergebener
Freiherr Ludwig von Heyl,
Berg/Kt. St. Gallen (Schweiz)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Das menschliche Leben muß seiner eigenen Natur nach für etwas eingesetzt werden, sei es ein ruhmreiches oder ein bescheidenes Werk, ein glänzendes oder gewöhnliches Schicksal. Wir sehen heute viele Menschen in ihrem eigenen Labyrinth verlorengehen, weil nichts da ist, was ihre Hingabe fordert. Das Leben ist verloren, wenn es allein mit sich selbst ist."

José Ortega y Gasset, span. Philosoph (1883–1955)

Personalien

EHRUNGEN

Drei in Rom lebende deutsche Ordensfrauen sind von Bundespräsident **Karl Carstens** ausgezeichnet worden. Der deutsche Botschafter beim Heiligen Stuhl, **Dr. Walter Gehlhoff**, überreichte das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse an die Generaloberin der Missionsbenediktinerinnen von Tutzing, **Edeltrud Weiß** OSB, und das Verdienstkreuz am Bande an die Generaloberin der Salzkottener Franziskanerschwestern, **Christiane Wittmers**, sowie an die Oberin der im Priesterkolleg am Campo Santo Teutonico tätigen Gemeinschaft der Schwestern von der christlichen Liebe (Mallinckrodt-Schwestern), **Aloysima Ramsel**.

*

Dipl.-Kfm. **Dr. Diethelm Schmidt**, Geschäftsführer der Druck- und Verlagsgruppe Greven, Köln, erhielt das Bundesverdienstkreuz am Bande für seine Verdienste um die Druckindustrie und das Verlagswesen. **Theo Schöller**, Aufsichtsratsvorsitzender der Schöller Firmengruppe, wurde das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse verliehen. Mit dieser Ehrung, die durch den bayerischen Sozialminister **Fritz Pirkl** vorgenommen wurde, wurden die unternehmerischen Leistungen Schöllers und sein Einsatz zur Erhaltung krisensicherer Arbeitsplätze gewürdigt. Der in zahlreichen Gremien ehrenamtlich tätige Unternehmer – unter anderem engagiert er sich seit Jahren in der „Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind" – hat seit der Gründung des Betriebs im Jahre 1937 eine Firmengruppe aufgebaut, die bei 600,2 Millionen Jahresumsatz (1982) rund 29 300 Arbeitsplätze in Nürnberg, Uelzen, Wien und im belgischen Beersee bietet.

PREISTRÄGER

Als erste Stipendiatin der Heinz-Kühn-Stiftung wird am Heiligabend die Kölner Journalistin **Angela Ditscheid** (25) für drei Monate nach Kenia reisen. Im kommenden Jahr werden der Bielefelder Lokalredakteur **Wolfgang Heumer** für drei Monate nach Tansania, der Kölner Journalismus-Student **Christian Wernicke** für ein Vierteljahr nach Singapur fliegen. Sie werden in ihren Studienländern bei örtlichen Medien arbeiten, aber auch Land und Leute kennenlernen und nach ihrer Rückkehr über ihre Erfahrungen in der Dritten Welt berichten. „Vor Ort" werden die Stipendiaten von den örtlichen Vertretungen der politischen Stiftungen von SPD, CDU und FDP betreut, die auch ihre Arbeitsprogramme vorbereiten. Die Stiftung war 1982 anläßlich des 70. Geburtstags des Journalisten und ehemaligen Ministerpräsidenten **Heinz Kühn** mit Spenden der Industrie errichtet worden. Aus den Zinserträgen von über zwei Millionen Mark werden die Stipendien finanziert. Kuratoriumsvorsitzender ist Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD), sein Vertreter der CDU-Fraktionsführer im Düsseldorfer Landtag, Dr. **Bernhard Worms**.

GEBURTSTAG

Joachim Hans Hinsinger, Justitiar und Berater des deutschen Güterkraftverkehrsgewerbes, feiert am 22. Dezember seinen 60. Geburtstag.

Trost für Frankreich

J. Sch. (Paris) – Der wirtschaftliche Outlook für die westlichen Industriestaaten, den die OECD-Experten jetzt vorgelegt haben, ist alles in allem genommen durchaus erfreulich. Zwar dürfte die Arbeitslosigkeit – ausgenommen in den USA – weiter zunehmen. Aber ein inflationsneutrales Wirtschaftswachstum scheint für das nächste Jahr gesichert. Auch um die Kaufkraftentwicklung steht es besser.

Nur Frankreich dürfte in der Stagnation verharren, und dies bei einem überdurchschnittlichen Anstieg der Preise und Arbeitslosen. Außerdem wird die Kaufkraft der Franzosen weiter zurückgehen. Dies ist der Preis für die von der sozialistischen Regierung zunächst verfolgte Volksbeglückungspolitik. Aber die inzwischen verordnete Austerity-Kur hat dem Land wenigstens an der Außenhandelsfront bessere Perspektiven eröffnet. Sie führte zusammen mit der letzten Franc-Abwertung zu einer starken Erholung der französischen Leistungsbilanz. Diese dürfte nach OECD-Schätzung 1984 einen Überschuß von einer Milliarde Dollar erbringen nach Passivsalden von 5,3 Milliarden 1983 und 12,1 Milliarden 1982.

Der wichtigste Grund für diese beachtliche Tendenz ist die Verbesserung der Handelsbilanz, die hauptsächlich durch stark gestiegene Exporte herbeigeführt wurde. Die französische Wirtschaft erhält dadurch neues Vertrauen zu sich selbst. Aber auch die Franzosen selbst können jetzt wieder etwas aufatmen. Die im März eingeführte Verschärfung der Devisenbeschränkungen für ihre Auslandsreisen sind zum 20. Dezember aufgehoben worden. Ein Trostpreis zu Weihnachten für die Austerity-Kur, die ansonsten aber weiter fortgeführt werden muß.

Hickhack

adh. – Die pfiffigen Kölner von der Metro haben wieder einmal für Wirbel gesorgt. Irgendwie sind sie an einen größeren Posten von Cartiers Nobel-Uhren gekommen und verkaufen sie für gut 700 Mark billiger als der unverbindlich empfohlene Herstellerpreis. Gerade recht zur Weihnachtszeit, denkt sich mancher Verbraucher, der das nötige Kleingeld hat. Daß man bei Cartier über die Löcher im Vertriebssystem nicht glücklich ist, liegt auf der Hand. Mit dem Hickhack, das sich inzwischen die Anwälte der beiden beteiligten Unternehmen liefern, wird aber der Falsche getroffen. Cartier machte bei den bei der Metro angebotenen Uhren „verfälschte" Fabriknummern aus, die weder auf eine Produktion noch auf eine Lieferung oder Vertrieb des Hauses Cartier schließen lassen. Metro kontert, daß die Produktionskennziffern möglicherweise nachträglich unkenntlich gemacht wurden, von Zwischenhändlern zu eigenem Schutz. Der Verbraucher steht schutzlos dazwischen. Bei wem kann er sich im Garantiefall schadlos halten?

OECD / Konjunkturprognose fällt optimistischer aus als zur Jahresmitte

Der Aufschwung hat fast alle westlichen Industriestaaten erfaßt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der wirtschaftliche Aufschwung hat inzwischen fast alle westlichen Industriestaaten erfaßt. Aber er reicht nicht aus, um die Arbeitslosigkeit zu mindern. In Europa wird sie sogar noch zunehmen. Andererseits wird der Preisauftrieb kaum weiter abnehmen. Dies ist die globale Prognose der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bis Mitte 1985. Empfohlen wird den 24 Mitgliedstaaten eine „Politik der Konsolidierung".

Der neue „Outlook" des OECD-Sekretariats ist im Hinblick auf die Expansionsaussichten um eine Nuance optimistischer ausgefallen als der vorangegangene von Mitte 1983. Die globale Wachstumserwartung für 1984 wurde von dreieinviertel auf dreieinhalb Prozent erhöht. Ein sehr großer Unsicherheitsfaktor sei diesmal das Sparverhalten der Bevölkerung, heißt es. Das Sekretariat unterstellt ihr Stabilität, weist aber darauf hin, daß jeder halbe Punkt Rückgang der privaten Spartätigkeit einen Punkt mehr Wachstum bedeutet.

Die Zunahme der Inlandsnachfrage als wichtigster Motor der Expansion wird im OECD-Durchschnitt mit dem Wachstum des Bruttosozialprodukts gleichgesetzt. Die Nachfrage aus Drittländern würde die Wirtschaft der OECD-Zone dagegen kaum beflügeln. Jedoch profitiert ihr Export in die Vereinigten Staaten von der für 1984 auf real immerhin fünfdreiviertel Prozent veranschlagten US-Nachfrage. Die US-Expansion wird jetzt auf fünf (letzter Outlook: 4,5) Prozent beziffert, nach 3,5 Prozent in diesem Jahr. Für Japan lautet die Wachstumsprognose vier (dreieindrittel) nach drei Prozent und für Westeuropa unverändert 1,5 nach einem Prozent.

Aufgewertet wurde auch die deutsche Wachstumsrate, die mit zwei (letzte Prognose: eindreiviertel) nach eineinviertel Prozent in diesem Jahr allerdings weiterhin unter dem OECD-Durchschnitt bleibt. In den übrigen europäischen Ländern hält das Sekretariat eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums für unwahrscheinlich. In ganz Europa sowie in Japan würde es bei weitem nicht das Ausmaß der beiden letzten Expansionsperioden erreichen.

Schon ab Mitte nächsten Jahres kann es aber dem Bericht zufolge schon wieder zu einer Abschwächung des Wachstums kommen an, und zwar auch in den USA, deren Jahresrate für das ganze Halbjahr 1985 auf nur noch drei Prozent (OECD-Durchschnitt zweieinviertel Prozent) veranschlagt wird. Zu den wenigen Ländern, die in dieser Zeit eine weitere Wachstumsbeschleunigung zu erwarten hätten, gehört die Bundesrepublik mit zweieinviertel Prozent. Allgemein wird darauf hingewiesen, daß die Expansionsprognosen sehr vorsichtig bemessen wurden.

Gleichwohl rechnet das Sekretariat bis Mitte 1985 im OECD-Durchschnitt mit einer unverändert hohen Arbeitslosenquote von neun Prozent der aktiven Bevölkerung. Während sie in den USA auf siebendreiviertel (zur Zeit 9,5) Prozent zurückgehen dürfte, würde sie in Japan auf drei (zweidreiviertel) Prozent leicht und in Europa auf zwölf (10,5) Prozent noch ziemlich stark ansteigen, dabei auf 9,5 (8,5) Prozent in der Bundesrepublik. Westeuropa würde dann 20 Millionen Arbeitslose zählen, nach 18 Millionen zu Beginn dieses Jahres. Verantwortlich für diese Entwicklung sei vor allem die restriktive europäische Budgetpolitik.

Trotzdem hält das OECD-Sekretariat weitere wesentliche Fortschritte in der Inflationsbekämpfung kaum noch für möglich. Im OECD-Durchschnitt dürfte es 1984 wie 1983 bei 5,5 Prozent bleiben; bis Mitte 1985 dürfte sie auf 5,75 Prozent ansteigen. In den USA, Japan und der Bundesrepublik, welche die größten Stabilisierungserfolge erzielt hatten, dürfte – wegen der Konjunkturbelebung – der Preisanstieg wieder etwas zunehmen, aber immer noch unter dem Durchschnitt bleiben, während die Inflationsländer wie etwa Frankreich und Italien ihre Rate etwas drücken könnten. Zur weiteren Entwicklung der internationalen Währungslage schreibt das OECD-Sekretariat vorsichtig, daß das Leistungsbilanzdefizit der USA weiter hoch bleiben und die internationalen Kapitalmärkte destabilisieren müßte. Der Yen wird nach OECD-Ansicht einem starken Aufwertungsdruck ausgesetzt sein. Dasselbe gilt für die D-Mark und den holländischen Gulden.

ELEKTROHANDWERK

Hoffen auf Verkabelung und die Baukonjunktur

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Nach mehreren weniger erfreulichen Jahren erwartet das deutsche Elektrohandwerk für 1984 wieder eine „halbwegs zufriedenstellende Auftragslage". Das gilt vor allem für den bauabhängigen Bereich der Elektroinstallation, der mit 176 000 drei Viertel der 233 600 Arbeitsplätze der Branche stellt.

In der verhaltenen Aufwärtsentwicklung, die zum Teil auch noch von der Wetterlage im ersten Quartal 1984 abhängt, gibt es freilich erhebliche regionale Unterschiede. Während die Ballungsgebiete bereits lebhaftere Geschäfte melden, ist auf dem flachen Land noch „recht wenig los", so Heinz-Werner Schult, Hauptgeschäftsführer im Zentralverband der Branche. Hinzu komme noch ein ausgeprägtes Süd-Nord-Gefälle.

Von der weiter rollenden Video-Welle, von anderen neuen Geräten der Unterhaltungselektronik und auch von der beginnenden Fernsehverkabelung erhoffen sich auch die Radio- und Fernsehtechniker neuen Zuwachs. Ihren Betrieben, die mit 30 600 Beschäftigten die zweitgrößte Gruppe im Elektrohandwerk ausmachen, sollen die Impulse der neuen Kommunikationstechniken auch eine Besserung der Ertragslage bringen, ebenso wie den Kollegen der Fernmeldetechnik (4200 Arbeitsplätze).

Im Jahr 1983 haben die 40 700 Betriebe des Elektrohandwerks – davon 81 Prozent mit bis zu zehn Beschäftigten – ihren Umsatz um knapp vier Prozent auf 20,3 (19,6) Milliarden Mark gesteigert. Preisbereinigt entsprach das allerdings einer Stagnation. Da die Beschäftigtenzahl gleichzeitig um 0,6 Prozent zurückging, stieg der Pro-Kopf-Umsatz auf 86 900 (83 300) Mark. Dabei hat sich, soweit schon zu übersehen, auch die Ertragslage verbessert. Schult schätzt den Gewinn nach Steuern quer durch seine Branche auf zwei bis vier Prozent, die allerdings im Handwerk noch keineswegs ausreichen. Zudem sind auch die Vorjahresverluste noch zu verkraften.

Trotz der gar nicht so günstigen Lage ist die Zahl der Betriebe auch 1983 um rund ein Prozent gestiegen. Der Grund: Immer mehr junge Meister machen sich gleich nach der Prüfung selbständig. Nicht ohne Folgen für die Branche insgesamt – mangels Kalkulationserfahrung bringen die Jungunternehmer mit häufig „ruinösen" Preisen zusätzlichen Druck in den Markt. „Fünfzig Prozent der Betriebe, die neu gegründet werden, dürften schon nach zwei bis drei Jahren wieder verschwinden", schätzt Schult denn auch. Abhilfe soll hier ein stärkeres Gewicht des kaufmännischen Teils in der Meisterausbildung bringen.

Kummer bereitet nach wie vor auch die Schwarzarbeit, die die Ein- und Zweifamilienhaus-Installationen auf dem flachen Land fast zum Erliegen gebracht hat. Ohne diese „Selbsthilfe", so schätzen die Elektrohandwerker, könnte ihr Umsatz um runde 25 Prozent höher liegen.

Konjunkturstütze Export

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Der deutsche Export hat seit dem Sommer die Talsohle endgültig verlassen. Die Aussichten sind nicht schlecht, daß er selbst am Berg noch an Fahrt gewinnen wird. Jedenfalls deutet alles darauf hin, daß die deutsche Ausfuhr im nächsten Jahr wenn nicht zum Motor, so doch neben den Investitionen zu der wichtigsten Stütze der Konjunktur werden dürfte. Bereits in den letzten Monaten haben sich – zwar nicht in allen Branchen gleichermaßen – die Auftragsbücher der Industrie mit Ordereingängen aus dem Ausland gefüllt.

Selbst der Bundesverband des deutschen Export-Handels, der sich gemeinhin zurückhaltend gibt, weil seine Mitgliedsfirmen vor allem in Handel mit der Dritten Welt engagiert sind, schätzt die Chancen für 1984 jetzt „nicht ungünstig" ein. Zwar geht er davon aus, daß der sich breitmachende Optimismus in erster Linie für den Warenaustausch mit den Industriestaaten gelten dürfte. Aber selbst für die Lieferungen in die Entwicklungsländer gibt es einen Hoffnungsschimmer, was allerdings nicht für alle Staaten gilt.

Die Verschuldenskrise scheint ihren Höhepunkt überwunden zu haben. Die Aufwärtsentwicklung in wichtigen Industriestaaten schlägt zeitlich verzögert auch auf diese Länder durch. In einigen Staaten – so in Mexiko, Saudi-Arabien oder Iran – ist die Konsolidierungsphase bereits so weit vorangekommen, daß sie im nächsten Jahr ihre Importe wieder ausdehnen können. Wegen des Kursanstiegs des Dollars gegenüber der Mark hat sich die Wettbewerbsposition deutscher Anbieter zudem noch verbessert.

Sicher gibt es noch viele Länder, die sich weiter mit Käufen im Ausland zurückhalten müssen, um die Verschuldung in den Griff zu bekommen, was besonders für den Handel mit Lateinamerika zutrifft. Aber auf diese Staatengruppe entfallen nur noch gut zwei Prozent des deutschen Exports. Auch dürften wichtige Opec-Staaten weiter vorsichtig agieren, um ihre Auslandsaufträge den gesunkenen Einnahmen anzupassen.

Entscheidend ist jedoch das, was in den westlichen Industriestaaten geschieht. Denn diese Länder nehmen nahezu 80 Prozent der deutschen Auslandslieferungen auf. Die konjunkturellen Aussichten für diesen Teil der Welt werden von fast allen Auguren auch für 1984 recht zuversichtlich beurteili. Zwar dürfte sich das Expansionstempo der letzten Monate im Jahresverlauf 1984 etwas abschwächen, weil die Notenbanken die Ausweitung der Geldmenge abbremsen, die Fiskalpolitik auf Konsolidierung ausgerichtet bleibt und es zu zurückhaltenden Lohnabschlüssen kommen dürfte.

Trotzdem wird das zusammengefaßte reale Bruttosozialprodukt der Industriestaaten nach den gängigen Prognosen mit drei Prozent stärker zunehmen als in diesem Jahr. Dabei werden Nordamerika und Japan wieder besser abschneiden als Westeuropa. Aber selbst hier zeichnet sich eine leichte Belebung ab, was für die deutschen Exporteure besonders wichtig ist. Immerhin wickeln sie allein nahezu die Hälfte ihres Geschäfts mit den EG-Mitgliedern ab.

Sogar im Osthandel haben einige Beobachter einen Silberstreif ausgemacht. Sie gehen davon aus, daß einige kleinere Staaten ihre Verschuldensprobleme bereits in den Griff bekommen haben, daß sie 1984 wieder verstärkt als Käufer auf den Weltmärkten auftreten werden. Letztlich bleibt in diesem Bereich der Handel mit der Sowjetunion bestimmend, der auch im nächsten Jahr leicht anziehen dürfte.

Alles in allem dürfte der deutsche Export 1984 im Ausmaß des Welthandels real um rund vier Prozent zulegen, nachdem er in diesem Jahr stagniert hat oder leicht gesunken ist. Verglichen mit früheren Konjunkturzyklen ist dieses nicht viel. Das liegt daran, daß die Konjunktur in fast allen Ländern noch nicht von den Investitionen getragen wird. In diesem Bereich liegt jedoch die große Stärke der deutschen Exportwirtschaft. Allerdings dürfte sich das Investitionsklima auch allmählich bessern, allein schon, weil manche Projekte nicht noch länger hinausgeschoben werden können. Auch dieses wird sich in den Auftragsbüchern deutscher Anbieter niederschlagen. Es spricht jedenfalls vieles dafür, daß der deutsche Export über einen längeren Zeitraum – und nicht nur 1984 – zulegen wird.

AUF EIN WORT



„Zukunftstechnologien enthalten nicht nur Risiken, sondern in viel größerem Maße auch Chancen. Natürlich wird die Gesellschaft der Zukunft eine andere sein als die heutige. Aber haben wir es nicht selbst in der Hand, sie zu einer besseren zu machen? Wer nur Ängste schürt, handelt destruktiv. Wer wirklich verantwortlich handelt, muß gestaltend einwirken."

Dr. Christian Schwarz-Schilling, Bundespostminister. FOTO: JUPP DARCHINGER

Mehr Beschäftigte im Handwerk

dpa/VWD, Wiesbaden

Die selbständigen Handwerksunternehmen in der Bundesrepublik beschäftigen wieder mehr Mitarbeiter. Im dritten Quartal 1983 stieg die Beschäftigtenzahl im Handwerk um 2,8 Prozent auf rund 3,8 Millionen. Sie habe damit allerdings noch um 0,5 Prozent unter der Vergleichszahl des Vorjahres gelegen, berichtete das Statistische Bundesamt. Mehr Beschäftigte gegenüber dem dritten Quartal 1982 wurden vor allem bei den Bauhandwerksberufen gezählt. Dagegen sank die Beschäftigtenzahl im Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe um 5,9 Prozent, bei den Textilreinigern um vier Prozent und bei den Maschinenbauern um 3,3 Prozent.

HWWA-KRITIK AN EG

Schaffung des Agrarmarkts folgenschwerste Fehlleistung

JAN BRECH, Hamburg

Der Athener EG-Gipfel ist nicht an nationalen Egoismen gescheitert, sondern an fundamentalen ordnungspolitischen Fehlentscheidungen der Vergangenheit, die lange Zeit durch eine günstige Wirtschaftsentwicklung überdeckt worden sind. Hinzu kämen tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten über die künftigen Ziele und Methoden der erweiterten Gemeinschaft, heißt es in einem Artikel der vom HWWA-Institut herausgegebenen Monatsschrift „Wirtschaftsdienst".

Der Autor Hans-Eckard Scharrer hält die Errichtung des gemeinsamen Agrarmarktes für die folgenschwerste ordnungspolitische Fehlleistung. Die Vorstellung, man könne Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft, Einkommenssicherung der Landwirte, Marktstabilität, Versorgungssicherheit und angemessene Verbraucherpreise mit dem Instrument der Interventionspreise realisieren, werde an Abenteuerlichkeit nur noch von der Erwartung übertroffen, ausgerechnet die Agrarminister würden bei den preispolitischen Entscheidungen ökonomische Rationalität und finanzpolitische Disziplin walten lassen.

Die Debatte über „Garantieschwellen" zur Eindämmung von Überproduktion geht nach Meinung von Scharrer sorgsam an der Problematik vorbei. Langfristig müsse auch die Landwirtschaft wie jeder andere Wirtschaftszweig ohne Subventionen auskommen. Da in der EG aber niemand ernsthaft eine Reform des Agrarmarktes wünsche, müßte wenigstens versucht werden, Auswüchse zu kappen und die Preisvorstellungen zu bremsen. Die Erschöpfung der Haushaltsmittel, so Scharrer, sei dafür der einzig wirksame Hebel.

NEUVERSCHULDUNG

Bund hofft, 1984 unter dem Planansatz zu bleiben

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der Bund, für dessen „Silvesteranleihe" die Konditionen in der kommenden Woche festgesetzt werden, hat bereits 4,5 Milliarden Mark Vorratsfinanzierung für den '84er Haushalt in der Kasse. 1984 wird der Bundesfinanzminister etwa 76 Milliarden Mark brutto und 32,6 Milliarden Mark netto neue Kredite aufnehmen, jeweils rund vier Milliarden weniger als 1983. Der Kreditbedarf des öffentlichen Gesamthaushaltes, also einschließlich Bahn und Post sowie Länder und Gemeinden, wird im nächsten Jahr, wie Finanzstaatssekretär Tietmeyer sagte, von brutto 145 auf 141 Milliarden Mark zurückgehen. Der Nettokreditbedarf wird etwas unter 60 Milliarden Mark liegen nach gut 60 Milliarden in diesem Jahr. Der Anteil ausländischer Gelder bei der Finanzierung des Bundeshaushalts, der 1980 und 1981 jeweils über 20 Milliarden Mark und 1982 und 1983 jeweils etwa fünf bis sechs Milliarden Mark betragen hatte, soll langsam weiter zurückgeführt werden.

Die für 1984 geplante Nettokreditaufnahme des Bundes von 32,6 Milliarden Mark bezeichnete Tietmeyer als Obergrenze. Die vorsichtige Hoffnung, mit etwas weniger auszukommen, begründete er mit einem etwas stärkeren Wachstum als 2 ½ Prozent, mit einer langsam sichtbar werdenden sparsameren Haushaltsführung anderer Ressorts und auch mit einem etwas höheren Bundesbankgewinn als den in den Haushalten eingestellten neun Milliarden Mark. Der Anteil der Publikums-Wertpapiere an der Bruttokreditaufnahme soll, wie schon 1982 und 1983, weiter erhöht werden. Tietmeyer versprach, den Kapitalmarkt nicht zu überfordern.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Weniger Insolvenzen

Wiesbaden (AP) – Die Zahl der Insolvenzen ist im Oktober 1983 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,2 Prozent zurückgegangen. Wie das Statistische Bundesamt berichtete, meldeten die Konkursgerichte im Oktober 1983 insgesamt 1325 Insolvenzfälle. Von Januar bis Oktober 1983 seien 13 482 Insolvenzen – darunter 9972 von Unternehmen – registriert worden. Das sind 5,8 Prozent mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Erster Aigner-Börsenkurs

München (VWD) – Die Aktie der Etienne Aigner AG, München, ist am Mittwoch in die amtliche Notierung an der bayerischen Börse eingeführt worden. Der erste Kurs lautete auf 275 bezahlt. Über die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank und die Deutsche Bank waren 5,4 Millionen Stück Inhaberaktien im Nominalwert von je 50 Mark zu 245 Mark breit gestreut plaziert worden.

Veba-Aktien im Januar

Frankfurt (cd.) – Die 232 Millionen Mark Veba-Aktien, von denen sich der Bund im Zuge der Privatisierung trennen will, sollen im Januar an den Markt kommen. Die Emissionsbedingungen werden in der nächsten Woche festgelegt.

IBH-Vorstand blieb HV fern

Mainz (dpa/VWD) – An der außerordentlichen Hauptversammlung des in Konkurs befindlichen Mainzer Baumaschinenkonzerns IBH-Holding nahm kein Vorstandsmitglied teil. Drei Vorstandsmitglieder hätten am Montag und Dienstag ihre Ämter niedergelegt, berichtete Konkursverwalter Wolfgang Petereit in Mainz. Seiner Meinung nach hätten sie jedoch eine Rechenschaftspflicht gegenüber den Anteilseignern. Deshalb prüfe er, ob er ihnen „noch heute" eine fristlose Kündigung aussprechen werde. In der Hauptversammlung wurden keine Beschlüsse gefaßt. Die Gläubigerversammlung findet am 27. Januar statt.

Umfinanzierung für Irak

Bonn (dpa/VWD) – Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat Irak zu Beginn der Tagung der Deutsch-Irakischen Wirtschaftskommission in Bonn die Bereitschaft der Bundesregierung in Aussicht gestellt, eine Umfinanzierung auch für die 1984 fällig werdenden Verbindlichkeiten Iraks vorzunehmen. Als Voraussetzung dafür nannte er die Abwicklung der derzeit noch laufenden Umschuldungsverhandlungen über die älteren Verbindlichkeiten Iraks.

Halden abgebaut

Essen (dpa/VWD) – Trotz anhaltender Schwierigkeiten, bedingt vor allem durch die Stahlkrise, hat der deutsche Steinkohlenbergbau in diesem Jahr mit 81,9 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) drei Prozent mehr Kohle und Koks abgesetzt als 1982. Gleichzeitig wurde die Förderung aufgrund von Betriebsruhetagen und Kurzarbeit um rund sieben Millionen auf 82,7 Millionen Tonnen SKE gedrosselt. Nach Angaben des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlenbergbaus konnten die Halden erstmals wieder abgebaut werden: seit September um 2,5 Millionen Tonnen auf 23,7 Millionen Tonnen SKE.

Intercity-Güterverkehr

Frankfurt (AP) – Die Deutsche Bundesbahn will für den Güterverkehr schnelle Intercity-Nachtverbindungen einführen. Zum nächsten Fahrplanwechsel am 3. Juni 1984 wird ein schnelles Güterzugnetz zwischen elf Wirtschaftszentren im Entfernungsbereich von mehr als 200 Kilometern aufgebaut, in dem jede Nacht 90 IC-Güterzüge mit Höchstgeschwindigkeiten bis 100 Kilometern pro Stunde in Direktverbindungen verkehren.

Korea-Auftrag für Voest

Düsseldorf (J. G.) – Von Südkoreas führendem Stahlproduzenten Pohang hat der Industrieanlagenbau des österreichischen Montankonzerns Voest-Alpine AG, zunächst als Letter of Intent, den Auftrag erhalten, für 186 Millionen Mark die Planung und den Bau des zweiten Pohang-Stahlwerkes als Generalunternehmer zu übernehmen. Das neue LD-Stahlwerk soll in der Kwangyang Bay mit einer Anfangskapazität von 2,8 Millionen Jahrestonnen Rohstahl entstehen und Südkoreas Walzstahlproduktion von 8,1 auf über 10 Millionen Tonnen steigern.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Unternehmer vertrauen auf besseres Wirtschaftsklima

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Arbeitslosigkeit in der EG hat offenbar ihren Höhepunkt erreicht: Seit März dieses Jahres verzeichnet das Statistische Amt der Gemeinschaft (Eurostat) eine „gewisse Stabilisierung" der saisonbereinigten Zahl der Beschäftigungssuchenden bei rund sieben Millionen Männern und fünf Millionen Frauen. Während sich in den USA ein ungewöhnlich starker Rückgang der Arbeitslosen vollzieht (eine Million innerhalb von neun Monaten), ist in der EG im letzten Halbjahr keine wesentliche Änderung eingetreten.

Der Anteil der Arbeitslosen von weniger als 25 Jahren in der Gemeinschaft wird nach wie vor auf 41 Prozent geschätzt. Auch für die jüngeren Erwerbslosen gilt die Feststellung, daß Frauen schwerer einen Job bekommen als Männer. So sind rund ein Drittel der männlichen Arbeitslosen jünger als 25 Jahre. Am höchsten ist der Anteil junger Arbeitsloser in Luxemburg (54 Prozent), Italien (50 Prozent) und Frankreich (45 Prozent).

Unterdessen verbessert sich in fast allen Ländern der Gemeinschaft das wirtschaftliche Klima. So spricht die EG-Kommission (auf Grund einer Umfrage bei den Unternehmern der Gemeinschaft) von einem „anhaltend starken Vertrauen" der Industriellen in Deutschland, einer „gewissen Verbesserung des Vertrauens" in Italien und Belgien und dem „Beginn einer Verbesserung" in Frankreich. Nur in Großbritannien geht der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung noch zurück. Seit dem letzten Quartal des Jahres 1982 ist nach Angaben der Unternehmer die Kapazitätsauslastung der Industrie in Großbritannien, der Bundesrepublik und den Niederlanden gestiegen, während sie in Italien erheblich zurückging.

IMMOBILIENMARKT / Makler beklagen die Zurückhaltung der Käufer

Preise geben auf breiter Front nach

JAN BRECH, Hamburg

Mit Ausnahme von Sonderentwicklungen in wenigen Großstädten liegt das Preisniveau für Grundstücke, Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen zum Jahresende 1983 niedriger als im Vorjahr. Die Belebung des Immobilienmarkts in den ersten vier Monaten dieses Jahres hat sich nach Beobachtungen des Rings Deutscher Makler nicht fortgesetzt. Eine durchgreifende Änderung sei auch für das kommende Jahr nicht zu erkennen. Der nachgebende Preistrend werde nicht in erster Linie von den wieder gestiegenen Zinsen bestimmt, betonen die Makler. Preishemmend wirke sich vor allem die generelle Zurückhaltung gegenüber langfristiger Verschuldung aus. Ein weiteres Umsatzhindernis seien die meistens erheblich überzogenen Preisvorstellungen der privaten Verkäufer.

Die Preisentwicklung bei Bauplätzen für Einfamilienhäuser ist nach Angaben des RDM unterschiedlich. In den Großstädten der Ballungsgebiete seien die Preise um vier Prozent auf durchschnittlich 275 DM je qm gefallen, in kleineren Groß- und mittleren Städten dagegen um gut zehn Prozent auf 290 DM gestiegen. Bei freistehenden Ein- und Zweifamilienhäusern sind die Preiseinbrüche mit sieben Prozent besonders stark. In Großstädten werden für Häuser mit mittlerem bis gutem Wohnwert Preise von 440 000 DM erzielt, vergleichbare Häuser in kleineren Städten gibt es bereits für 330 000 DM. Am teuersten sind Häuser mit Preisen von 500 000 bis 700 000 DM in Stuttgart und Düsseldorf, mehr als 500 000 DM müssen in Berlin, München und Wiesbaden angelegt werden.

Auf dem Markt für konventionell finanzierte Eigentumswohnungen werden nach Angaben des RDM zur Zeit nur mäßige Umsätze bei konstanten Preisen getätigt. In Großstädten erreicht der qm-Preis für mittleren bis guten Wohnwert rund 3100 DM, in kleineren Städten durchschnittlich 2800 DM. Am teuersten sind Eigentumswohnungen mit qm-Preisen von 3500 bis 4000 DM in München und Düsseldorf.

Zum ersten Mal seit mehr als 10 Jahren registrieren die Makler auch einen Preisrückgang von durchschnittlich fünf Prozent bei Mieten für neue, freifinanzierte Wohnungen. In den Ballungsgebieten habe die Reduzierung sogar sieben Prozent betragen. Der Durchschnittswert ist hier von 12 auf 11,15 DM je qm gesunken. Die Preisabschläge in kleineren Städten blieben dagegen mit 1,3 Prozent gering.

Mietrücknahmen beobachten die Makler in fast allen Großstädten. Die Spitzenmieten liegen mit deutlicher Tendenz zur Schwäche zwischen 14 und 15 DM je qm. Dies, so betont der Verband Deutscher Makler, sei für die Mieter zwar erfreulich, zwinge aber die Bauherren und die Kapitalanleger zu vorsichtiger Kalkulation.

BAU- UND BAUSTOFFMASCHINEN

Schiefes Bild durch IBH

JOACHIM WEBER, Frankfurt

„Es spielt sicherlich für den Baumaschinen-Weltmarkt keine sehr große Rolle, ob die Anbieter der IBH-Gruppe da sind oder nicht", warnt Peter Jungen, Vorsitzender der Fachgemeinschaft Bau- und Baustoffmaschinen im VDMA, davor, den IBH-Zusammenbruch überzubewerten. Zur Schadenfreude bestehe aber keinerlei Anlaß: „Das bringt vor allem im Ausland keine günstige Publizität für den deutschen Maschinenbau."

Gerade die Baumaschinenhersteller aber sind auf die Auslandsmärkte angewiesen. Mit 5,8 Milliarden Mark trug der Export 1982 immerhin 77 Prozent zum Branchenumsatz von 7,5 Milliarden bei. Diese Quote dokumentiert auch die grundlegende Umorientierung der 300 überwiegend mittelständischen Unternehmen mit ihren 51 000 Mitarbeitern. Wurde noch Mitte der sechziger Jahre nur ein Fünftel ihrer Produktion exportiert, so sind es heute nahezu vier Fünftel.

Hinter dieser Entwicklung stand vor allem in den vergangenen zehn Jahren ein „ungeheurer Anpassungsdruck". Nachdem die Mittelständler 1973 ihren tiefsten Einbruch im Inland zu verkraften hatten, sind sie „konsequent auf die Weltmärkte gegangen". Mit Erfolg: Obwohl im Reigen der Unternehmensriesen (die in den USA und Japan sitzen) gar nicht vertreten, eroberten sie mit 20 Prozent Anteil am Gesamtvolumen einen stolzen zweiten Platz im Baumaschinen-Welthandel hinter den USA (23 Prozent) und vor Japan (16 Prozent).

„Die Firmen, die die letzten zehn Jahre überstanden haben, stehen heute zumeist in besserer struktureller Verfassung da als vorher", stellt Jungen denn auch fest. Wenn auch die Ertragslage derzeit etwas unter dem Durchschnitt des Maschinenbaus liege, so seien doch die meisten Unternehmen gesund und hätten „in der Branche ihr Auskommen". Insofern sei der IBH-Zusammenbruch keineswegs branchentypisch.

Nachdem es 1982 zu scharfen Einbrüchen bei den Auslandsaufträgen gekommen war, rechnet man in diesem Jahr mit einem Umsatzrückgang um 5 bis 8 Prozent. Ganz vorsichtig haben sich die Baumaschinen auch auf einen real geringeren Auftragseingang eingestellt, nachdem in den ersten zehn Monaten ein 29prozentiges Inlandsplus den 11prozentigen Rückgang im Ausland gerade kompensieren konnte.

Auch 1984 erwartet Jungen keine befriedigende Entwicklung. Der von Staatsaufträgen abhängige Tiefbau stehe nach wie vor unter Druck, nur der Hochbau werde besser laufen. Und auch IBH macht hier Sorgen: Die Auflösung der „extrem hohen Bestände" wird erst einmal Unruhe in den Markt bringen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Freischmidt-Kohlhaas GmbH; **Hofgeismar:** Karl-Heinz Bachmann, Immenhausen; **Kempten:** Josef Steinhauser GmbH; **Mönchengladbach:** Franz Hoffmanns, Inh. Manfred Hoffmanns; Günter Heimes, Kältetechniker, Viersen; **München:** Nachl. d. Herfried Josef Aschenbrenner; Dr. Jur. Dietmar Luz; **Witten:** Gerhard Kaufmann, Mitinh. d. Textil-Einzelhandelsgeschäfts Textilfundgrube Mokler.

Anschlußkonkurs eröffnet: Mainz: IBH Holding AG.

FRANKREICH / Ehrgeiziges Stabilisierungsziel

Kreditexpansion begrenzt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung stellt ihre Kreditpolitik verstärkt in den Dienst der Inflationsbekämpfung und der industriellen Umstrukturierung. Sie will damit gleichzeitig den Franc stabilisieren. So begründete Wirtschafts- und Finanzminister Delors seine Absichtserklärung, die Geldmengenexpansion (M 2) für 1984 auf (nominell) 5,5 bis 6,5 Prozent zu begrenzen. Erwartet wurden sechs Prozent. Nachdem die Geldmenge 1982 noch um effektiv zwölf Prozent gestiegen war, hatte die Regierung das diesjährige Ziel von ursprünglich zehn auf neun Prozent reduziert.

Um das sehr ehrgeizige neue Geldmengenziel zu erreichen, werden zum 1. Januar nächsten Jahres die quantitativen Kreditbeschränkungen überwiegend verschärft. Besonders betroffen davon sind die gewöhnlichen Bankausleihungen, die bis Ende 1984 um 2,5 Prozent unter das höchstzulässige Niveau von Ende 1983 zurückgeschraubt werden müssen. Da für dieses Jahr eine Zunahme von 2,5 Prozent erlaubt war, bedeutet das die Wiederherstellung des Kreditvolumens von Ende 1982.

Die Konsumentenkredite, deren diesjähriger Zuwachs von ursprünglich fünf auf nachträglich drei Prozent reduziert wurde, müssen im nächsten Jahr unverändert bleiben. Die für die kleinen Banken eingeführte Kreditfreiheit wird in einem noch nicht definierten Maße beseitigt. Außerdem dürfen die Banken durch Ausgabe von Obligationen zusätzliche Kredite nur noch in Höhe von 80 Prozent des Anleihebetrags finanzieren gegenüber 90 Prozent 1983 und 100 Prozent in 1982.

Bevorzugt behandelt werden weiterhin Exportkredite, deren Volumen 1984 um zwölf Prozent steigen darf gegenüber allerdings 15 Prozent in diesem Jahr. Andererseits werden die Erleichterungen für Wohnungsbau- und Investitionskredite erweitert. An zinsvergünstigten staatlichen Krediten zur Strukturverbesserung sollen den Unternehmen 60 Milliarden Franc (19,6 Milliarden Mark) zur Verfügung gestellt werden.

Obwohl das Preisstabilisierungsziel der Regierung (höchstens fünf Prozent Inflation) selbst vom Nationalinstitut für Statistik (Insee) als zu optimistisch bezeichnet wird (es rechnet mit 3,8 Prozent Preisanstieg allein im 1. Halbjahr 1984), hält Delors seine Norm schon aus psychologischen Gründen für sehr wichtig. Er schließt aber nicht aus, daß der Inflationsabstand zu den wichtigsten französischen Handelspartnern noch beträchtlich bleibt. Eines Tages könnte sich deshalb die Frage der Paritätenbereinigung im Europäischen Währungssystem (EWS) erneut stellen. In den nächsten Monaten werde es aber nicht zu einer Abwertung des Franc kommen, versicherte der Minister.

Seit der letzten Abwertung vom März hat sich der Franc an den internationalen Devisenmärkten nach Delors „in spektakulärer Weise" erholt. Von Monat zu Monat ließe der Druck auf seinen Kurs nach, obwohl die amtlichen französischen Währungsreserven beträchtlich (durch die Devisenkäufe am Markt) aufgestockt wurden – allein im November um 4,7 auf 425,7 Milliarden Franc. Frankreich sei heute rein wirtschaftlich gesehen in der Lage, den Devisenverkehr über den Tourismussektor hinaus zu liberalisieren, sagte Delors. Aber steuerliche Gründe würden das verbieten. Denn die Neigung der Franzosen, zum Zwecke der Steuerhinterziehung Kapital ins Ausland zu transferieren, sei nach wie vor groß.

BRITOIL

Kontroverse um Bohrplattform

WILHELM FURLER, London

Massive Verzögerungen beim Bau einer Bohrplattform haben in Großbritannien erhebliche Kontroversen ausgelöst. Dabei geht es um einen Auftrag der ehemals staatlichen Ölgesellschaft Britoil an die schottische Werft Scott Lithgow in der Nähe von Glasgow zum Bau einer halbtauchenden Bohrinsel zum Preis von 88 Millionen Pfund (345 Millionen Mark). Britoil hat jetzt den Auftrag gekündigt, nachdem die Werft mit dem Bau zwei Jahre hinter der vereinbarten Ablieferungszeit hinterherhinkt.

Das zum staatlichen Werftenverbund British Shipbuilders gehörende Schiffbauunternehmen, das 4250 Werftarbeiter beschäftigt, ist durch den Verlust dieses Auftrages direkt in seiner Existenz bedroht. Weitere 4000 Arbeitsplätze in den Zulieferfirmen wären bei einer Schließung von Scott Lithgow gefährdet.

Die Werftleitung hat inzwischen erklärt, daß die Kündigung des Auftrags von Britoil gerichtlich angefochten wird. Außerdem hat sich British Shipbuilders an die Regierung mit der Bitte gewandt, Britoil von seinem Vorhaben abzuhalten.

Doch Premierministerin Thatcher hat vor dem Unterhaus den „miserablen" Leistungsstandard der schottischen Werft verurteilt und erklärt, daß sie nicht daran denke, die Werft durch ihr Eingreifen vor der drohenden Schließung zu bewahren. Man könne Beschäftigung nur dadurch sichern, indem man seine Kunden halte. Scott Lithgow gilt als führende britische Werft für den Bau von Offshore-Konstruktionen. Liefertermin ist der 26. März kommenden Jahres. Doch Britoil zufolge sind noch nicht einmal 30 Prozent der Plattform erstellt.

ENERGIE / UdSSR drosselt Exporte

RGW-Versorgung gefährdet

PETER WEERTZ, Berlin

Im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, dem östlichen Wirtschaftsblock RGW oder Comecon, liegen die Energieressourcen überwiegend in der UdSSR. Im vergangenen Jahr wurden nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) fünf Sechstel der Energieproduktion des RGW in der Sowjetunion erzeugt, bei Erdöl und Erdgas betrug der Anteil sogar 97 und 90 Prozent. Voraussichtlich wird die UdSSR, die fast ein Viertel der Weltenergieproduktion auf sich vereinigt, in diesem Jahr ihre Erdgasförderung auf 533 Milliarden Kubikmeter (plus 6,4 Prozent) und ihre Erdölförderung auf 619 Millionen Tonnen (plus ein Prozent) erhöhen.

Gleichzeitig stagniert allerdings die Kohleförderung mit 718 (Planziel 723) Millionen Tonnen. Beim Ausbau der Kernenergie gibt es außerdem „chronische Planrückstände". Der bis 1985 geplante Kapazitätszuwachs von 22 000 Megawatt lasse sich höchstens zur Hälfte verwirklichen, meint das Berliner Institut in seiner Studie über die Energielage der RGW-Länder. Zur Zeit arbeiten in der UdSSR Kernkraftwerke mit einer Kapazität von 18 000 (1980: 13 500) Megawatt. Mit einem Zuwachs von jährlich im Durchschnitt 2,6 (früher 4,2) Prozent habe sich das Wachstum der Energieproduktion seit 1981 deutlich verlangsamt.

Das geringere Produktionswachstum veranlaßte Moskau, seine Energieexporte zu drosseln. Allerdings ging dies weitgehend zu Lasten der osteuropäischen RGW-Länder, die aber – mit Ausnahme von Rumänien – in ihrer Erdöl- und Erdgasversorgung in großem Umfang von den Lieferungen der UdSSR abhängig sind. Ausgeweitet hat hingegen die Sowjetunion ihre Energieexporte in westliche Länder. Wurden 1976 bis 1981 noch knapp 50 Prozent der Energierohstoffe in die RGW-Staaten exportiert, so waren es 1982 nur noch 42 Prozent.

Auf dem Wirtschaftsgipfel des Ostblocks im Oktober dieses Jahres in Ost-Berlin kam es deshalb zu Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion. Vor allem die Rumänen kritisierten, daß eine ausreichende Versorgung der osteuropäischen RGW-Staaten mit Energie nicht mehr gewährleistet sei. Außerdem fehlen diesen Ländern die Mittel, um sich wie bisher an den Energieinvestitionen in der UdSSR zu beteiligen. Hinzu kommt, daß die kleineren RWG-Staaten nicht genügend Devisen haben, um die Lücken durch Importe aus westlichen Ländern voll auszugleichen.

Darüber hinaus wird die prekäre Lage noch durch zwei Belastungen verschärft: Einmal ist es den kleineren RGW-Ländern nicht gelungen, die teuren Energieimporte aus der UdSSR durch höhere Warenexporte auszugleichen. Ihre Verschuldung gegenüber der Sowjetunion stieg daher seit 1979 von 4,3 auf 12,6 Milliarden Transferrubel, besonders betroffen sind Polen mit einem Passivsaldo in der Handelsbilanz von 4,2, die „DDR" mit 3,6 und Bulgarien mit 1,6 Milliarden Transferrubel. Diese Handelsbilanzdefizite gelten als Kredite, sie müssen durch Warenlieferungen an die UdSSR zurückgezahlt werden. Damit wird nach Ansicht des Instituts der Westhandel dieser Länder auf Jahre hinaus eingeengt.

Zum anderen hat die Sowjetunion ihr Preissystem für Öl und Gas geändert. In Zukunft wird sie ihren Ölpreis jährlich nach dem durchschnittlichen Weltmarktpreis der drei vorangegangenen Jahre festsetzen.

Am 17. Dezember 1983 verstarb im Alter von 83 Jahren

Dr. jur. Heinrich Hagmaier

Mitglied unseres Vorstandes i. R.

Der Verstorbene trat 1926 als Anwalt in die Haftpflicht-Vermögensschaden-Abteilung des Stuttgarter Vereins ein und übernahm 1934 die Leitung dieser Sondersparte der Allianz. 1949 wurde er in den Vorstand der Gesellschaft berufen und mit der Führung der Haftpflichtbranche betraut. Sein Lebenswerk war der Wiederaufbau in den schwierigen Jahren nach dem 2. Weltkrieg. Mit überragendem Fachwissen und unermüdlichem Engagement schuf er die entscheidenden Voraussetzungen für die Gesundung der Branche und ihre Entwicklung zu einem starken Versicherungszweig. Seine solide und grundsatzgetreue Geschäftspolitik setzte er mit Kraft und Konsequenz durch und gab in vielen Gremien der Versicherungswirtschaft neue Impulse, die weit über den Allianz-Bereich hinausreichten.

Wir trauern um einen Mann, der innerhalb und außerhalb der Allianz Maßstäbe gesetzt hat und dessen persönliche Ausstrahlung all denen, die ihn kannten, unvergessen bleiben wird. Wir haben einen guten Freund verloren, dem wir sehr viel verdanken.

Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft

Der Vorstand

In großer Trauer geben wir davon Kenntnis, daß Herr

Max Hoseit

am 16. Dezember 1983 im Alter von 82 Jahren verstorben ist.

Herr Hoseit hat zunächst als Mitglied des Aufsichtsrates, dann von 1940–1967 als Vorstandsmitglied und anschließend bis 1976 als einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates für unser Unternehmen gewirkt. Sein berufliches Leben hat er ganz in den Dienst der Karstadt AG gestellt, deren heutige Bedeutung mit seinem Namen untrennbar verbunden ist.

In Dankbarkeit nehmen wir Abschied von einer Persönlichkeit, die einen wesentlichen Abschnitt der Geschichte unseres Unternehmens geprägt hat. Wir alle haben einen guten Freund verloren.

Herr Hoseit wird mit seiner unternehmerischen Kraft und seiner großen Menschlichkeit unvergessen bleiben.

Aufsichtsrat und Vorstand
der
KARSTADT AKTIENGESELLSCHAFT

Essen, den 21. Dezember 1983.

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Statt zugedachter Kränze und Blumen wird um eine Spende an den „Hermann-Gmeiner-Fonds e. V. München", Sonderkonto SOS-Kinderdorf Karstadt Rio de Janeiro, Postscheckkonto Nr. 121–805, Postscheckamt München, gebeten.

Trauerhaus: Herr Max R. Hoseit, Brucker Holt 2, 4300 Essen 1

Marianne Baum geb. Tunner

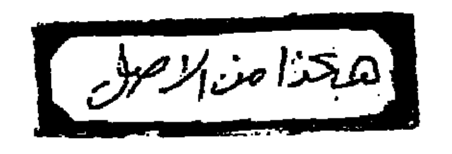
Kammersängerin Amalie Merz-Tunner

* 11. Januar 1895 † 16. Dezember 1983

DIE VERWANDTEN UND FREUNDE

Die Beisetzung fand in aller Stille statt.

Anstelle zugedachter Blumen wird um eine Spende an das Altenzentrum Karl-Pawlowski-Wehme, Konto-Nr. 170 060 487 bei der Stadtsparkasse Recklinghausen (BLZ 426 500 30), Kennwort Sonderkonto, gebeten.



THYSSEN-EDELSTAHL / Einführung der Sechs-Tage-Woche bei Flachstahl

Die Kunden werden endlich munter

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Das hat es lange nicht gegeben. Erstmals seit der 1959 erreichten 40-Stunden-Arbeitswoche richtet die Thyssen Edelstahlwerke AG (TEW), Düsseldorf, nun für die Erzeugung von rostfreien Flachprodukten ihres großen Krefelder Kaltbandwerkes Samstag-Schichten mit 150 zusätzlichen Arbeitsplätzen ein. Nur so noch könne man da der offensichtlich anhaltenden Nachfragebelebung (Auftragsbestände schon bis Mai 1984) ohne teure Überstunden gerecht werden.

Es ist nicht das einzige positive Konjunktursignal, das Vorstandssprecher Harald Dehmer nun zusammen mit dem miserablen TEW-Abschluß für 1982/83 (30. 9.) verkünden kann. Nicht nur bei Rostfrei-Flachprodukten (31 Prozent des TEW-Umsatzes), und hier durch die Konsumgüterindustrie, sind die Edelstahl-Kunden endlich munter geworden. Die meisten der für den Edelstahlverbrauch wichtigen Industriebranchen haben die konjunkturelle Talsohle hinter sich. Zumal der Fahrzeugbau verspricht weitere Produktions- und Nachfragesteigerung.

Bei TEW ist daher der Auftragseingang in den ersten zwei Monaten 1983/84 um 12 Prozent höher als im Durchschnitt von 1982/83 und um 32 Prozent höher als vor Jahresfrist ausgefallen. Kurzarbeit, die im ersten Quartal 1982/83 noch 6500 Beschäftigte traf, gibt es nun seit November überhaupt nicht mehr. Die vorsorglich für die Wochen um die Jahreswende wiederum eingeplanten Blockstillstände der Produktionsbetriebe hätte man jetzt liebend gern ganz aufgehoben und kann es nur zum Teil, weil nicht mehr alle Leute aus dem Urlaub zurückzuholen sind.

Erholung gibt es auch an der Preisfront. Hier allerdings bislang nur mit bis zu 15 Prozent Aufstieg gegenüber dem Anfang 1983 erreichten Tiefststand bei Flachprodukten und noch kaum bei Bau- und Werkzeugstahl. Über die gesamte Produktpalette hinweg wäre man schon glücklich, meint der TEW-Vorstand, wenn man den 1982/83 erlittenen Preisrückgang um 4 bis 5 Prozent nun wenigstens zur Hälfte wieder aufholen könnte.

Vielleicht stellt sich dieses Glück schon im ersten Quartal 1984 ein. Wenn nämlich jene Auguren recht behalten, die dem auch international auf Erholungskurs befindlichen Edelstahlgeschäft prophezeien, daß der bislang nur beim Chrom eingetretene Preisauftrieb für Legierungsmetalle auch auf anderes (besonders Nickel) übergreift und das gesamte Edelstahl-Preisniveau in den Aufwärtssog reißt.

Diesseits solcher Möglichkeit arbeitet TEW bereits seit dem vierten Quartal 1982/83 wieder in den schwarzen Zahlen. Das volle Berichtsjahr freilich brachte, rechnet man die diesmal nur noch kleinen Buchererträge aus Anlagenaufwertung mit, einen auf 1 Mill. DM verdoppelten Verlust, den die Konzernmutter Thyssen AG jetzt mit 94 (8) Mill. DM Organverlustübernahme schlucken mußte.

Keinen Anlaß gibt die deutliche Konjunkturbesserung dem Vorstand, etwa von seinem in diesem Herbst beschlossenen Anpassungsprogramm der Kapazitäten abzuweichen. Dessen Schwerpunkte sind die Stillegung der Draht-Stabstahlstraße im Werk Witten (650 Planstellen), ein zusätzlicher Personalabbau um 500 Leute im Gemeinkostenbereich und weitere Bereinigungen in dem besonders stark unter der Import-Schleuderpreiskonkurrenz leidenden Blankstahlbereich. Sozialplanaufwendungen, in 1982/83 mit 24 Mill. DM verkraftet, dürften in den beiden nächsten Jahren zusammen noch 50 Mill. DM kosten. Etwa 25 Mill. DM davon erhofft man als Erstattung aus dem Bonner Stahlhilfeprogramm.

Nach dem dank Konzern-Rückendeckung antizyklisch absolvierten Sonderprogramm von 230 Mill. DM Investitionen in die Strukturverbesserung werden die Sachinvestitionen auch 1983/84 nur bei 50 Mill. DM liegen.

Thyssen Edelstahl	1982/83	±%
Umsatz (Mill. DM)	2 249	– 10,3
Exportquote (%)	34,7	(34,2)
Auftragseingang	2 304	– 7,2
Walzstahlprod. (1000 t)	715	– 17,9
Beschäftigte (30. 9.)	13 717	– 7,3
Sachinvestitionen	48	– 54,7
Cash flow	19	– 84,8
Ergebnis v. Steuern	– 76	(6)
Jahresergebnis	– 94	(– 7,7)

GIRMES WERKE

Dividende noch nicht sicher

dpa/VWD, Krefeld

Das Textilunternehmen Girmes Werke AG, Grefrath-Oedt bei Krefeld, rechnet aufgrund einer deutlichen Geschäftsverbesserung im Jahresverlauf mit einem positiven Jahresabschluß 1983. Über eine Wiederaufnahme der erstmals für 1982 ausgesetzten Dividende kann die Verwaltung derzeit aber noch keine Angaben machen.

Wie aus dem jüngsten Aktionärsbrief hervorgeht, wurde die Ertragslage in der 1. Hälfte 1983 noch durch eine ungenügende Beschäftigung im Inland belastet. Dennoch werde es gelingen, das Jahr 1983 im inländischen Konzern-Bereich mit einem Betriebsgewinn abzuschließen. In den ersten elf Monaten nahm der Umsatz des Textilkonzerns um sieben Prozent auf 409,63 Mill. DM zu.

Dabei wuchs das Inlandsgeschäft um 3,1 Prozent und der Export um 12,4 Prozent. Der Anteil des Auslandsgeschäfts sei per Ende November auf 46,7 (44,6) Prozent gestiegen. In den USA und Kanada habe das Geschäft noch stärker als im Inland expandieren können. Der Weltumsatz erhöhte sich um 8,5 Prozent auf 501 Mill. DM.

Die Investitionen für 1983, die vor allem in die inländischen Werke gesteckt wurden, werden mit über 30 Mill. DM beziffert und liegen damit gut über den Vorjahreswerten. Die Zahl der Mitarbeiter sank per 30. November um 4 Prozent auf 3314.

TENGELMANN / Wettbewerbsposition konnte behauptet werden

Umsatz- und Ertragsziel nicht erreicht

HARALD POSNY, Mülheim

Der freiwilligen Verpflichtung des Einzelhandels, ab 1984 auf den Verkauf zu Untereinstandspreisen zu verzichten, hat die Unternehmensgruppe Tengelmann, Europas größte Lebensmittel-Filialkette, den Vorschlag entgegengestellt, den gedruckten Listenpreis der Industrie zum Einstandspreis zu erklären. Nach den Worten des Leiters des Tengelmann-Handelsbereichs, Rüdiger Schoneweg, sollten diese Preise mit dem unverbindlichen Hinweis versehen werden, daß diese Preisgrenze am Markt nicht unterschritten werden sollte. Schoneweg: „Es ist dann Sache des Handels, ob er dieser Empfehlung folgen will oder nicht."

Freilich müssen seiner Meinung nach die derzeitigen Preislisten geändert werden, da sie vielfach unrealistische Preise enthielten, um optisch möglichst hohe Rabatte zuzulassen.

Für Schoneweg hätte dieser Vorschlag angesichts der spürbaren Bereitschaft der großen Handelsketten, den Preiskampf nicht noch weiter ausufern zu lassen, eine reelle Chance. Der Wettbewerb würde nicht eingeengt, es würde nur eine von Industrie und Handel getragene freiwillige Regelung für den Ausnahmefall in der Preispolitik getroffen. Eine Bedingung müsse jedoch zuvor erfüllt werden: „Beachtliche Teile der Ernährungsindustrie, speziell der Markenartikelindustrie, müßten sich endlich einmal über die preisliche Positionierung ihrer Artikel im Markt klarwerden."

An die beim Bundeskartellamt gegebene Selbstverpflichtung gegen Untereinstandspreisverkäufe mag Schoneweg keine allzu großen Hoffnungen knüpfen, zumal die besonders preisaggressiven Vertriebsformen (SB-Warenhäuser und Discounter) ihr Preisimage beim Verbraucher nicht beschädigen wollen.

Tengelmanns alleiniger geschäftsführender Gesellschafter, Erivan Haub, blickt auf das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) der Familiengruppe, zumindest was den deutschen Teil angeht, eher enttäuscht zurück. Die durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und real geringere Haushaltseinkommen erzwungene Kaufunlust der Verbraucher ließ Umsatz- und Ertragsziele nicht Wirklichkeit werden. Haub spricht sogar von „der schwersten Belastungsprobe der Nachkriegszeit", wenn auch die Wettbewerbsposition behauptet wurde. Dies wurde jedoch nur durch Kosteneinsparungen, vor allem im Personalbereich, von 24 Mill. DM erreicht, die über „aggressive Preispolitik" an den Verbraucher weitergegeben wurden.

Dennoch: Preis- und flächenbereinigt ergab sich ein Umsatzminus von 7 Prozent (Tengelmann) und etwa 2,3 Prozent (Kaiser's). Auch im laufenden Jahr wird die Gruppe trotz eines nominalen Umsatzzuwachses von 10 Prozent nur real mit 1 bis 2 Prozent auskommen müssen.

Die Expansion in Filialen und Flächen wird auch 1983/84 fortgesetzt. In der über Tengelmann hinausgehenden Gruppe standen 1982/83 rund 100 Schließungen kleinflächiger Einheiten 265 neue Filialen, vor allem beim Discounter Plus, gegenüber. Die Bruttoumsatzrendite der Inlandsgruppe bezifferte Haub mit 1 (1,5) Prozent.

Die mit 4000 Beschäftigten in 1100 Filialen arbeitende amerikanisch-kanadische Mehrheitsbeteiligung (50,74 Prozenr) „A + P" wirtschaftet nach den Worten Haubs mit Jahresbeginn auch in jedem einzelnen Quartal mit „beachtlichem Ertrag". Die Erwerbung des Jahres 1980 hat nach gründlicher Bereinigung ihren Wert auf über 440 Mill. DM verdoppelt. A + P setzt 1983/84 (28. 2.) rund 5,1 (4,8) Mrd. Dollar um.

Weltweit setzt die Haub-Gruppe in fast 3800 Filialen und mit rund 77 000 Beschäftigten mehr als 22 Mrd. DM um. Davon entfallen auf Europa einschließlich 1600 Filialen mit (nicht dementierten) 4,4 Mrd. DM Umsatz des Schwesterunternehmens Plus rund 9,5 Mrd. DM; im laufenden Jahr sollen es 10,5 Mrd. DM werden.

Tengelmann	1982/83	±%
Umsatz (Mill. DM)[1]	5 186	+ 2,8
dav. Tengelmann	2 840	+ 1,0
Filialen	1 164	–
dav. Tengelmann	515	–
Verkaufsfläche (m²)	615 277	+ 6,0
dav. Tengelmann	580 247	+ 4,8
Mitarbeiter[3]	10 124	– 4,5
dav. Filialen	7 662	– 4,3
Umsatz in		
DM/Kopf[2] [4]	367 100	+ 6,7
DM/m²[2] [4]	8 400	– 4,5
Gesamtinvestitionen[2]	40	+ 14,3

1) Filialumsätze Tengelmann-Kaisers; 2) Nur Tengelmann; 3) umgerechnet auf Vollkräfte (30. 6.); 4) Vollkräfte bzw. m² im Supermarkt-Filialbereich.

Hanomag: Vorerst keine Entlassungen

dos, Hannover

Die im Vergleich befindliche Hanomag GmbH, Hannover, die Anfang Dezember beim Landesarbeitsamt „vorsorglich" für die gesamte Belegschaft Antrag auf Massenentlassung gestellt hatte, darf diesen Schritt nicht – wie vorgesehen – schon Mitte Januar vollziehen. Der dafür zuständige Ausschuß beim Landesarbeitsamt hat statt dessen eine Frist bis zum 15. Februar gesetzt. Vor diesem Datum dürfen keine Kündigungen vorgenommen werden. Die Hanomag-Geschäftsführung erwägt gegen diese Entscheidung Einspruch einzulegen, heißt es auf Anfrage. Offenbar wird befürchtet, daß die Verhandlungen mit den Übernahmeinteressenten durch den Beschluß empfindlich verzögert werden, galt doch bislang die deutliche Reduzierung der Mitarbeiterzahl als entscheidende Voraussetzung. Der zur Verfügung gestellte Massenkredit (20 Mill. DM) reicht bis Ende Januar für die Aufrechterhaltung des Betriebs.

AUTOPRODUKTION / Weniger Nutzkraftwagen

Nachfrage hat sich beruhigt

INGE ADHAM, Frankfurt

Die inländische Nachfrage hat sich auf einem gegenüber dem Vorjahr deutlich höheren Stand beruhigt; die Nachfrage aus dem Ausland habe sich weiter belebt, aber bei der Nachfrage nach Nutzkraftwagen sei bisher nur eine zögernde Erholung spürbar, konstatiert der Verband der Automobilindustrie (VDA) in seinem jüngsten Monatsbericht. Danach ist der bisher starke Anstieg der Pkw-Produktion im November zum Stillstand gekommen; saisonbereinigt zeigten die Produktionsziffern seit September keinen Anstieg mehr. Mit 351 800 Pkw und Kombiwagen war die Produktion im November aber noch 14 Prozent höher als im November des vergangen Jahres.

In den ersten elf Monaten zusammengenommen haben die deutschen Autofirmen 3 575 100 Pkw und Kombi produziert; das sind zwei Prozent mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres (und schon fast die ganze Jahresproduktion 1981). Schlechter sieht es bei den Nutzkraftwagen aus, deren Produktion nach den ersten elf Monaten das Jahresergebnis um 4 Prozent unterschreitet, dafür sorgten vor allem die Einbuße von 16 Prozent bei den schweren Lastkraftwagen.

Aber auch hier scheint es besser zu werden. Bei den Neuzulassungen in der Bundesrepublik im November legten die Lkw knapp 20 Prozent zu, und auch im Export lief es im November mit einem Plus von 4 Prozent gegenüber November 1982 besser. Für die ersten elf Monate zusammengenommen ergibt sich aber noch ein Rückstand von 12 Prozent zum schon gedrückten Vorjahresergebnis. Die Schwäche bei den Nutzkraftwagen sorgte dafür, daß trotz einer weiterhin hohen Pkw-Ausfuhr (November allein plus 8 Prozent auf 211 900) das Exportergebnis des Vorjahres für die Automobilindustrie mit 2 148 100 Einheiten noch um 2 Prozent unterschritten wurde.

NAMEN

Horst Fischer, übernimmt ab 1. Januar 1984 die Leitung der Pressestelle der Münchner Messe- und Ausstellungsgesellschaft mbH. Er ist Nachfolger von Heinrich Hofer, der bis zu seiner Pensionierung noch die Pressearbeit für die Messe der Bauwirtschaft betreuen wird.

Leo Pieschl (59) wurde neben seiner Tätigkeit als Vorstandsmitglied der Volksfürsorge Lebensversicherung und der Volksfürsorge Deutsche Sachversicherung AG, Hamburg, jetzt auch Vorstandsvorsitzender der Volksfürsorge Bausparkasse AG, deren Vorstandsmitglied er bereits seit 1977 ist.

Dr. **Otmar Emminger**, ehemaliger Bundesbankpräsident und **Sheikh Abdul Aziz Al-Quraishi**, zuletzt Gouverneur der saudiarabischen Währungsbehörde, wurden in den internationalen Advisory Board der Security Pacific National Bank berufen.

Dresdner Bank mit Schweizer Tochter

VWD, Frankfurt

Die Dresdner Bank AG, Frankfurt, hat die Dresdner Bank (Schweiz) AG gegründet. Das Aktienkapital der neuen Tochtergesellschaft beträgt 40 Mill. sfr. Es wird zu 80 Prozent von der Dresdner Bank AG und zu 20 Prozent von der Compagnie Luxembourgeoise de la Dresdner Bank AG, Dresdner Bank International, Luxemburg, gehalten. Dresdner Bank (Schweiz) hat ihren Hauptsitz in Zürich und wird in Genf eine Niederlassung eröffnen. Mit Wirkung vom 1. Januar 1984 wird das Geschäft der seit zwölf Jahren in Zürich tätigen Niederlassung der Compagnie Luxembourgeoise de la Dresdner Bank AG – Dresdner Bank International – mit sämtlichen Aktiven und Passiven von der Dresdner Bank (Schweiz) übernommen.

Zuckerraffinerie kauft Importhaus

AFP, Frankfurt

Die Zuckerraffinerie Tangermünde Fr. Meyers Sohn GmbH, Hamburg, hat das Importhaus K. H. Wilms GmbH, Taunusstein, übernommen, das zu den führenden deutschen Importfirmen für Feinkost, Süßwaren und Spirituosen gehört und 1983 einen Umsatz von knapp 40 Millionen DM (plus 8 Prozent) erwartet. Bei 64 Vertragslieferanten im Ausland entfallen davon 45 Prozent auf Süßwaren, 50 Prozent auf Delikateßwaren und 5 Prozent auf internationale Spirituosen. Nach Angaben von Karl Heinz Wilms ist für den Verkauf vor allem das Fehlen von Erben und die Sicherung des Unternehmens ausschlaggebend gewesen. Das Ehepaar Wilms bleibt auch 1984 in der Geschäftsführung, Geschäftsführer ist Christian Echarti.

Siemens: Starkes Geschäft im Inland

dpa/VWD, München

Von einem starken Inlandsgeschäft, aber rückläufigen Exporten und weniger Beschäftigten berichtet die Siemens AG. Wie es in der Hauszeitschrift heißt, stieg im Geschäftsjahr 1982/83 (30. September) der inländische Auftragseingang um 20 Prozent auf 22,5 Mrd DM. Die Bestellungen aus dem Ausland gingen um 8 Prozent auf 22,4 Mrd DM zurück. Der Weltumsatz blieb mit 39,5 Mrd. DM unter dem Vorjahreswert von 40,1 Mrd. DM. Bei einer Stagnation des Elektromarktes hielt der Stellenabbau beim größten privaten Arbeitgeber der Bundesrepublik an. Mit 212 000 Arbeitnehmern im Inland und 101 000 im Ausland beschäftigte Siemens weltweit fast 10 000 weniger Frauen und Männer als noch vor einem Jahr.

Schubsa: Bessere Ertragslage

sz. München

Von einer „merklich verbesserten" Ertragslage im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) berichtet die Schubert & Salzer Maschinenfabrik AG, Ingolstadt, in einem ersten Überblick, nachdem im Vorjahr noch ein Fehlbetrag von 2,3 (3,9) Mill. DM ausgewiesen werden mußte. Zurückzuführen ist die Ergebnisverbesserung allerdings nur auf umfangreiche Kostensenkungs- und Rationalisierungsprogramme. Ob wieder schwarze Zahlen geschrieben werden können, läßt der Vorstand noch offen.

Beim Umsatz mußte ein erneuter Rückgang um 3 (16,6) Prozent auf 228 Mill. DM hingenommen werden. Der Bestelleingang erhöhte sich um 6 Prozent auf 237 Mill. DM und der Auftragsbestand um 8 Prozent auf 87 Mill. DM. Da sich die Lage ab Oktober 1983 verbessert hat, rechnet der Vorstand für das laufende Geschäftsjahr mit einem höheren Auftragseingang und einem Umsatzplus.

ROB. LEICHT / Investitionen werden verdoppelt

Den Bierausstoß gehalten

WERNER NEITZEL, Stuttgart

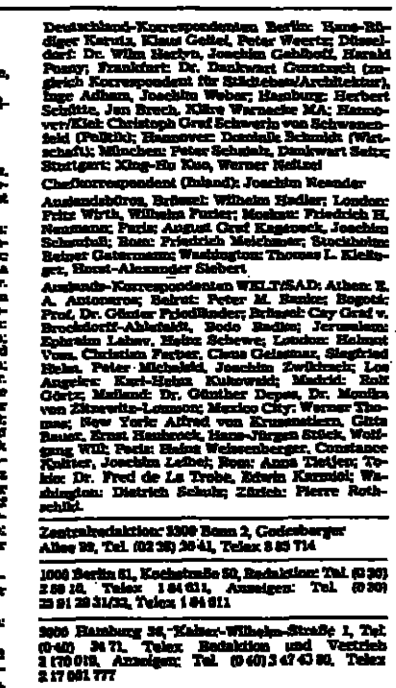
Mit einem wesentlich verbesserten Ergebnis, das voraussichtlich die Wiederaufnahme einer Dividendenzahlung und eine Stärkung der Rücklagen ermöglicht, glaubt die Brauerei Rob. Leicht AG, Stuttgart, im zu Ende gehenden Geschäftsjahr 1983 aufwarten zu können. Für 1982 war eine Dividendenausschüttung bei dieser in Familienbesitz befindlichen Brauerei ausgefallen.

Der Getränkeabsatz der Brauerei, die neben Bier (Hauptmarke „Schwaben Bräu") auch ein großes Fruchtsaft-Programm (Marke „Vaihinger") in der Palette führt, werde nach Angaben des seit Jahresbeginn amtierenden neuen Vorstandsvorsitzenden Walter Götz wie im Vorjahr ein Volumen von 1,1 Mill. Hektoliter erreichen. Das Mengenverhältnis von Bier zu alkoholfreien Getränken sei 4:1. Während beim Bier „Schwaben Bräu" mit einem ausgeglichenen Mengenergebnis aufwarte, werde bei den „Vaihinger"-Fruchtsäften mit einem Mengenrückgang von etwa 10 Prozent gerechnet. Man gebe nach der Devise „Ertrag vor Umsatz" vor. Jeweils ein rundes Drittel des Bierabsatzes entfalle auf die Vertriebswege Gastronomie, Großhandel und Lebensmittelhandel. Der Wertumsatz des laufenden Jahres dürfte bei unverändert 170 Mill. DM liegen.

Für 1984 erwartet Götz „trotz maßvollem Optimismus" keinen Mengenzuwachs. Dennoch gehe man von einem wiederum befriedigenden Ergebnis aus. Angestrebt werde eine noch größere Effizienz in allen Bereichen. Nach Investitionen von 10 Mill. DM in 1983 wird für 1984 ein doppelt so hohes Volumen eingeplant. Schwerpunkte sind eine neue Flaschenabfüllanlage sowie die Errichtung eines Brauereimuseums. Letzteres soll im Jahr 1985 eröffnet werden.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Bank- und Stahlaktien gesucht

Konjunkturoptimismus sorgt für steigendes Anlagevolumen

DW. – Die nahezu übereinstimmend günstigen Konjunkturprognosen für 1984, untermauert durch den jüngsten Bericht der Bundesbank, haben die Anlageneigung auf dem Aktienmarkt weiter wachsen lassen. Da andererseits Gewinnrealisationen kaum noch vorgenommen werden, setzte sich auf fast allen Marktgebieten eine freundliche Tendenz durch. In den Vordergrund gerückt sind jetzt die Bank- und Stahlaktien. Beide Kategorien galten als zurückgeblieben. Nachrichten von einer wachsenden Stahlnachfrage kamen besonders den Hoesch-Aktien zugute, die sich um 3,50 DM auf 100 DM verbesserten.

Etwas in den Hintergrund getreten sind die Autowerte, von denen sich Daimler und Mercedes weitere Abschläge gefallen lassen mußten. Zu einer Sonderbewegung auf 208 DM (5,50 DM) kam es dagegen bei den VW-Aktien, von denen angenommen wird, daß sie 1984 zu den „Rennern" gehören werden. Weiterhin fest tendierten auch Lufthansa-Vorzüge mit 147,50 (plus 4,50 DM).

Düsseldorf: Girmes verbesserten sich um 3,50 DM auf 160,50 DM, DAT stiegen um 4 DM auf 324 DM, Hochtief befestigten sich um 10 DM auf 270 DM und Mauser zogen um 4 DM auf 105 DM an. Küppersbusch fielen um 5 DM auf 220 DM, Balcke Dürr verloren 5 DM auf 155 DM, Dt. Texaco verminderten sich um 6,50 DM auf 248 DM und Stinnes ermäßigten sich um 5 DM auf 710 DM.

Frankfurt: Die Aktienbörse scheint doch noch in eine kleine Weihnachtshausse zu geraten. Auch am Mittwoch tendierten die Kurse weiter nach oben. Bei zeitweise lebhaftem Geschäft konnten sich die Standardwerte bis zu 5 DM verbessern. Dyckerhoff und Wittmann erhöhten sich um 10 DM auf 181 DM und MAN Roland um 10 DM auf 390 DM. Ebenso Thüringer Gas, die um 10 DM auf 425 DM und Wickrather um 10 DM auf 255 DM anzogen.

Hamburg: HEW bleiben bei 97 DM unverändert und NWK-Vz. gingen mit 176 DM plus 1 DM u. Phoenix Gummi wurden mit 151 DM bis 152 DM plus 1 DM gehandelt. Triton erholten sich auf 135 DM plus 3,50 DM. Holsten Brauerei mußten auf 296 DM minus 6 DM zurückgenommen werden. Vereins- und Westbank lagen bei 310 DM unverändert.

München: Agrob St. gaben um 14 DM auf 293 DM nach. Augsburger Kammgarn konnten sich um 0,50 DM auf 93,50 DM verbessern. Flachglas zogen um 6 DM auf 270 DM an, Hutschenreuther erhöhten sich um 2 DM auf 262 DM, Süd Chemie befestigten sich um 1 DM auf 321 DM und Zahnräder Renk schlossen mit einem Plus von 9 DM auf 269 DM ab.

Berlin: Schering lagen um 6 DM, Herlitz Vorzüge um 5 DM und Herlitz Stämme um 3,50 DM fester. Concordia Chemie wurden um 10 DM und Kempinski um 5 DM höher taxiert. DeTeWe schwächten sich um 8 DM ab.

Nachbörse: zuversichtlich

WELT-Aktienindex vom 21. 12.: 149,8 (149,4); WELT-Umsatzindex vom 21. 12.: 2165 (1950)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf	21. 12.	20. 12.
AEG	77,5-7-7,5-7G	77G
BASF	168-8,5-7,8-8	167,4
Bayer	168-8,5-9-8	167,3
Bayer. Hypo	281-80G	279G
Bayer. Vbk	317-8-20-19,5G	314G
BMW	428,5-9-9G	427,5G
Commerzb.	165,6-6-6,5-7	163,5
Conti Gummi	117,5-7,7-9-8,5G	117,3
Daimler	654-3-48-48G	652G
Dt. Bank	329-8,5-29,50-30	324G
Dresdner Bk.	169,5-9,2-70-70,5	168G
DUB	269-69G	268G
GHH	143-3,5-4-4	142
Harpener	258-7-6,5G	257G
Hoechst	177,9-8-7-8G	177,2G
Hoesch	98,5-9-100-100	96,5
Holzmann	435G-6-6G	435G
Horten	185,5-5,5G	185
Kali + Salz	205,1-5,5-5G	204G
Karstadt	284,5-3G	282G
Kaufhof	266-7-7,5	266G
KHD	262-1-2,5-2,5G	261G
Klöckner-W	38,6-8,8-8,8G	38,5G
Linde	388,5G-9-90	388,8
Lufthansa St.	144,5-4-7-7,5	144G
Lufthansa VA	145-4,5-8-7-7,5G	144,8
Mannesmann	134-4,3	132,9
MAN	134G-3,5G	133G
Mercedes-H.	575-4-1-3	575G
Metallges.	717-9-20	715G
Preussag*	276-5-4G	273G
RWE St.	173,5-4-4G	173,5G
RWE VA	172-72G	172G
Schering	348-7-9,5-9	342G
Siemens	380,5-81-79-79G	378,8G
Thyssen	80-80,5-80,5	78,8
Veba	168-8,2-7,8G	168G
VEW	118-18G	118
VW	205-5,5-8-7,5	203,3
Wella	–	–
Philips**	–	28,5G
Royal D.**	119-8,1-8,7	118,7
Unilever**	221,5G-1,5	220

Kurswert in 1000 DM

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Ausländische

DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Amsterdam · Tokio · Zürich · Madrid · Paris · Mailand · Toronto · London · Wien · Kopenhagen · Hongkong · Sydney

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Brüssel	21. 12.	20. 12.
Arbed	1200	1148
Brux. Lambert	2525	2280
Cockerill Ougrée	175	169
Ebes	2530	2520
Gevaert	3000	2955
Kreditbank	–	6200
Petrofina	5950	5960
Soc. Gén. d. Belg.	1715	1475
Sofina	5310	5300
Solvay	3505	3500
UCB	4100	4080
Index	–	134,79

Singapur	21. 12.	20. 12.
Cycle + Car.	4,10	4,10
Cold Storage	5,15	5,20
Dev. Bk. of Sing.	9,95	9,95
Fraser + Neave	4,40	4,40
Kl. Kepong	3,12	3,10
Mal. Banking	9,20	9,20
Nat. Iron	4,35	4,30
OCBC	11,10	11,20
Sime Darby	2,44	2,41
Singapur Land	4,00	4,00
Un. Overs. Bank	5,70	5,75

Optionshandel

Frankfurt: 21. 12.: 638 Optionen = 29 925 (28 500) Aktien, davon 89 Verkaufsoptionen = 4750 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-75/2,5, 4-75/8, 4, 4-80/6, 4-85/4, 7-80/9,1, 7-90/7, BASF 1- 150/18, 1-170/2,2, 4-170/9, 4-180/5,5, 7-170/14,6, Bayer 1-150/16,7, 1-170/2,5, 4-170/10, 4-200/1,5, 7-160/21,8, 7-170/15, 7-180/9,2, 7-190/5,6, BMW 7-460/25, Bay. Vereinsbk. 7-320/25,7, Commerzbk. 4-170/9, 4-180/6, 7-180/11,6,6, Conti 1-100/16, 1-110/9, 1-120/2,9, 4-120/8,1, 7-120/15, 7-130/11,6, Daimler 4-650/44,1, 4-690/19,6, 7-700/31,5,5, 7-720/20,1, Deutsche BK 1-310/18,2, 1-320/9,6, 1-330/4-310/30, 4-320,25, 4-330/17,5, 4-340/8, 7-320/38, 7-330/24,8, 7-350/13, Degussa 4-370/24,8, Dresdner Bk. 1-166/5, 1-170/3, 4-170/10,9, 4-190/3, 7-160/25, 7-170/17, Hoechst 1-170/7,9, 1-180/1,4, 4-190/5, 7-180/16,9, 7-190/9,6, 7-200/6,1, Hoesch 1-90/8, 1-95/4, 1-100/2,4, 4-95/7, 7-90/15, 7-100/8,6, 7-110/5,5, Karstadt 4-300/8,4, Klöckner 4-40/4, 7-45/3,2, Lufthansa St 1-127,5/16, Lufthansa UZ 1-12/23, Mannesmann 4-130/11,4, 4-140/6,4, 4-150/5,6, 7-130/17,45, 7-140/10,6, Siemens 1-360/18,4, 1-380/4, 1-390/2, 4-390/10,6, 4-400/10,5, 7-400/20, 7-410/17,6, 7-420/8,4, Thyssen 1-75/4, 4-70/12,15, 4-80/5,55, 4-85/3,9, VEBA 4-180/4,61, 7-180/9,4, VW 1-180/25, 8, 1-190/13,6, 1-200/7,4,1 1-220/1,6, 4-200/21,4-210/15,25, 7-200/30,8, 7-210/23,1, 7-220/20, 7-230/14,5, 7-240/10, 7-260/4,4, Chrysler 1-70/8,5, Elf 7-55/8, Litton 7-190/14,85, Norsk Hydro 7-190/10, Philips 4-40/3, Royal Dutch 7-120/13,4, Sperry 1-110/17, Xerox 4-140/10, **Verkaufsoptionen:** AEG 4-85/7-75/3,2, BASF 1-160/1,15, 7-170/5,6, Commerzbk. 4-170/7,5, Conti 1-120/3,8, Daimler 1-650/6,5, 1-660/12, Deutsche Bk. 4-310/5, Dresdner Bk. 4-170/6,4, Hoechst 4-170/3, 4-180/5,5, 7-170/3,9, Hoesch 4-90/1,9, KHD 4-250/6,4, 4-260/12, Klöckner 7-35/2,65, Lufthansa St 7-140/7,4, Lufthansa UZ 7-140/7,3, Mannesmann 4-130/3,6, 7-130/5, Siemens 4-370/5, 4-380/11, 7-370/7,4, Thyssen 7-75/3,55, VARTA 1-170/3, VEBA 4-170/4, VW 4-200/4, Chrysler 1-75-1,9, 4-75/4,4, IBM 4-320/4,9, Royal Dutch 1-120/1, Sperry 4-120/4,5.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 21. 12.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10⅛–10½	6¼–6½	4⅜–5¼
3 Monate	10⅝–10⅝	6¼–6½	4⅜–4¾
6 Monate	10⅝–10½	6¼–6½	4⅜–4¾
12 Monate	10⅝–10⅞	6½–6¾	4⅜–4¾

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 21. Dezember folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Devisen und Sorten

Devisen

Nach einem ruhigen Vormittag und Dollarkursen zwischen 2,7685 und 2,77 belebte sich am 21. 12. die Nachfrage zur amtlichen Notiz, die mit 2,7705 festgestellt wurde. Die Tatsache, daß die Bundesbank eine relativ kleine Abgabe zum Ausgleich nicht vornahm, löste Nervosität aus und sorgte für einen Kursanstieg bis 2,7760. Das 4½prozentige Wachstum des Bruttosozialprodukts in USA für das 4. Quartal enttäuschte, nachdem Schätzungen um 7 Prozent bisher erwartet wurden, und brachte den Dollarkurs auf 2,7710 zurück. Die schnelle Klärung der Situation nach den japanischen Wahlen mit dem Verbleib des bisherigen Ministerpräsidenten sorgte für ein günstiges Yen-Klima, so daß mit 1,1805 eine Steigerung um 3 Promille auf diesen Höchstkurs stattfand. US-Dollar in: Amsterdam 3,1170; Brüssel 56,4825; Paris 8,4725; Mailand 1682,00; Wien 1952,70; Zürich 2,2120; Ir. Pfund/DM 3,106; Pfund/Dollar 1,4203.

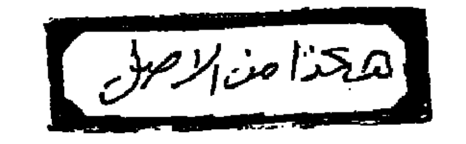
Ostmarktkurs am 21. 12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

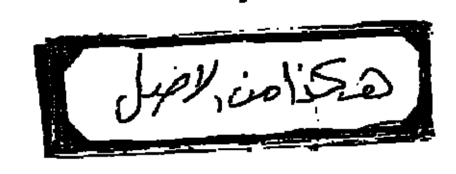
Devisenterminmarkt

	1 Monat
Dollar/DM	0,98/0,88
Pfund/Dollar	0,15/0,18
Pfund/DM	1,80/0,10
FF/DM	25/ 10

Geldmarktsätze

Lombardsatz 5,5 Prozent.





Renten verunsichert

Der Rentenmarkt wurde verunsichert durch einen leichten Renditeanstieg in den USA, verbunden mit dem Wiederanstieg des Dollar. Gleichwohl nahm die Nachfrage nach öffentlichen Langläufern bei Kurssteigerungen bis zu 0,30 Prozentpunkten zu; eine Bewegung, die nicht überall begrüßt wird, weil sie es dem Bund ermöglichen würde, die Silvesteranleihe nochmals mit einem Nominalzins von 8,25 Prozent auszustatten und nicht – wie allgemein gewünscht – mit 8,50 Prozent. Am Pfandbriefmarkt schlug sich die Verunsicherung in minimalen Renditeerhöhungen nieder. DM-Auslandsanleihen lagen im allgemeinen behauptet.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	21. 12.	20. 12.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81	81G
6½ dgl. Pf 5	86G	86G
7 dgl. Pf 2	98,5G	98,5G
F 7½ Bakola Pf 104	99,55G	99,55G
9 dgl. Pf 106	101,8G	101,8G
10 dgl. Pf 108	106,4G	106,4G
7 dgl. KS 132	94,5G	94,5G
8 dgl. KS 155	97,4G	97,4G
9 dgl. KS 169	101,85G	101,85G

Bundesbahn

		21. 12.	20. 12.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,3G	100,3G
7½ Bdbahn 72	2/84	100,05	100,05
8 dgl. 72	9/84	100,8G	100,8
8½ dgl. 76	9/84	101	101
6 dgl. 78 III	11/84	99,3bG	99,25

	21. 12.	20. 12.
M 5½ Bayer.Hbk. Pf 14	90,25G	90G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6½ dgl. Pf. 2	93,75G	93,75G
7 dgl. Pf 3	93,5bG	93G
7 dgl. Pf 27	100,1G	100,1G
6½ dgl. KS 14	95,75G	95,25G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130,5G
6 dgl. Pf 34	77G	77G
6 dgl. KO Pf 50	99,7G	99,6G
6½ dgl. Pf 10	81G	80,5G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	88,75	88,75
6 dgl. 47	77	77G
10 dgl. IS 48	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	110,5G	109G
6 dgl. Pf 60	92,85G	92,85G
8 dgl. Pf 79	99,85G	99,85G
4 dgl. KO 5	102	102
H 6 Hyp.i.Hbg. Pf 98	80,5G	78,75
M 5 Verbank Mbg. Pf 55	118G	116G
6 dgl. Pf 95	76G	76bG
7 dgl. Pf 100	98,6G	98,6G
D 8 WestLB Pf 350	100,3G	99,95G
6½ dgl. Pf 403	95,9G	95,4G
9½ dgl. Pf 1007	104,45G	103,95G
8 dgl. Pf 1015	97,55G	97,25G
7 dgl. KO 558	99,2G	99,1G
6½ dgl. KS 420	94,25G	93,95G
9½ dgl. KO 1301	103,45G	102,9G
8½ dgl. KS 1278	101,05G	110,85G

	21. 12.	20. 12.
Br 8 Dt. Schiffsbk. Pf 46	100,25G	100,25G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	98,25G	98,25G
6½ dgl. Pf 50	94,5G	94,3G
6½ dgl. Pf 74	97,9G	97,75G
6½ dgl. Pf 76	96,05G	95,7G
Br 6½ dgl. Pf 77	92,5G	92,1G
6 dgl. Pf 42	99,7G	99,7G
8½ dgl. Pf 47	100,75G	100,75G
F 5 Pfl. Hypobk. Pf 66	89G	89G
5½ dgl. Pf 53	75G	75G
6 dgl. Pf 79	77G	77G
8 dgl. Pf 130	90G	90G
5½ dgl. Pf 133	86G	86G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,8G	97,8G
7½ dgl. Pf 45	100,4G	100,4G
M 6 Südboden Pf 41	87,5TG	87,5TG
5½ dgl. Pf 57	74G	74G
6½ dgl. Pf 143	92,5G	92,5G
7 dgl. Pf 87	92G	92bG
7½ dgl. Pf 104	96TG	96TG
7 dgl. KS 49	91,5G	91G
7½ dgl. KS 81	98,75G	98,75G
8 dgl. KS 133	96,5G	96,5G
8½ dgl. KS 132	101G	101G
9 dgl. KS 185	101,5G	101,5G
9½ dgl. KS 171	103G	103G

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

	21. 12.	20. 12.
5½ HEW 62	96G	96G
7½ dgl. 71	99,25G	99,5G
4½ Harpen 59	1810G	1810G
6 Hoechst 64	99,5G	99,5G
6 Hoesch 64	98,8T	98,8G
7½ dgl. 71	98,35G	98,35
7½ Karstadt 71	98,8T	98,8T
7½ Kaufhof 71	98,75G	98,75G
7½ dgl. 71	99,1G	99,1G
7½ dgl. 76	98,5	98,5G
7½ Klöckner W. 71	98,5T	98,25G
8 dgl. 72	98,85	98,5bG

Wandelanleihen

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Restschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

	21. 12.	20. 12.
D Exxon	100,5	103,5
D Fiat St.	5,2bG	5,25
D dgl. Vz.	3,6G	3,6
F Finsider	–	–
D Fisons	27G	27G
M Fluor	48	50
D Ford	116,9	115
F Foseco Minsep	5,7	5,77
F Fujitsu	15,8	15,9
F General Electric	157	156
F General Mining	82T	63T
F Nisshin Steel	1,8T	1,8T
F Nissho - Iwai	3	3,1T
D NL Industries	42,3	42,1
F Norsk Hydro	170	173,5
H Occ. Petroleum	65	65,8
D Océ v. d. Grint	205B	205B
F Olivetti St.	8,35	6,3bG
F Olivetti Vz.	5,4	2,45
F Olympus Optical	13,2	13T
H v. Ommeren	26G	25,7
F Omron Tateisi	24,5	24
M Vaal Reefs Expl.	288,3	293,6
D Veit-Stork	78,56	79
D Volvo A	150G	150G
D dgl. Nam B	150T	150T
F Warner Commun.	63,3	63,1
F Warner Lambert	77	79,5
F Wells Fargo	110	109
M Western Deep L.	142,6	139,5
M Western Mining	10,35	10,2
M Westinghouse El.	148,2	147,5
F Westl.-Utrecht H.	97	97
D Xerox Corp.	141	141

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Überwiegend etwas schwächer ging Kupfer aus dem Markt. Zu Abschlägen in allen Sichten kam es bei Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

	20. 12.	19. 12.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	347,00	352,00
März	360,50	359,75
Mai	358,75	357,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)	20. 12.	19. 12.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	247,30	244,85
Amber Durum	260,40	260,70
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	171,50	141,50
März	145,00	147,00
Mai	148,70	150,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	121,50	121,50
März	124,40	124,30
Mai	124,70	124,40
Hafer Chicago (c/bush)	20. 12.	19. 12.
Dez.	179,50	186,00
März	187,00	188,25
Mai	189,50	190,00
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	334,00	352,00
März	337,00	359,75
Mai	338,50	357,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	20. 12.	19. 12.
Dez.	129,90	129,20
März	134,20	134,10
Mai	135,30	134,90

Genußmittel

	20. 12.	19. 12.
Kaffee New York (c/lb)	20. 12.	19. 12.
Dez.	126,05	155,90
März	144,15	147,11
Mai	138,80	141,10
Kakao New York ($/t)	20. 12.	19. 12.
Terminkontr. Dez.	2443	2498
März	2429	2472
Mai	2430	2475
Umsatz	6021	4074
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	7,75	7,45
März	8,30	8,58
Mai	8,60	8,87
Juli	8,89	9,16
Sept.	9,12	9,26
Umsatz	11 055	3 535
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	20. 12. 7,74	19. 12. 7,65
Kaffee London (£/t) Robusta-	20. 12.	19. 12.
Kontrakt Jan.	2033–2045	2075–2080
März	1969–1970	1997–1998
Mai	1885–1887	1905–1908
Umsatz	4989	2206
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1867–1875	1915–1920
März	1858–1859	1886–1888
Mai	1844–1845	1874–1875
Umsatz	8016	5018
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Dez.	–	–
März	148,00	154,10
Mai	154,25	159,50–160,00
Umsatz	1349	1291
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	20. 12.	19. 12.
schw. Sarawak spez.	430,00	420,00
weißer Sarawak	667,50	647,50
weißer Muntok	675,00	655,00
Orangensaft New York (c/lb)	20. 12.	19. 12.
Jan.	124,00	124,40
März	124,15	124,60
Mai	124,50	124,70
Juli	124,50	124,30
Sept.	124,50	124,30
Umsatz	600	700

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	19. 12.	16. 12.
Südstaaten fob Werk	47,00	48,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	25,50	25,25
Sojaöl Chicago (c/lb) Dez.	27,70	27,75
Jan.	27,85	27,90
März	28,40	28,40
Mai	28,65	28,85
Juli	28,60	28,95
Aug.	28,25	28,40
Sept.	26,90	27,25
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal	28,50	28,50
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	19,00	18,00
Choice white hog 4% fr. F.	16,625	16,625
Talg New York (c/lb) top white	17,25	17,25
fancy	16,75	16,75
bleichfähig	16,50	16,50
yellow max. 10% fr. F.	15,25	15,25
Schweine Chicago (c/lb) Dez.	50,05	49,50
Febr.	49,90	48,85
April	47,90	47,25
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Febr.	64,30	64,25
März	65,05	64,55
Mai	66,40	66,15
Rinder Chicago (c/lb)	20. 12.	19. 12.
Ochsen einh. schwere River Northern	54,00	54,50
Kühe einh. schwere River Northern	55,00	54,50
Sojabohnen Chicago (c/bush) Jan.	785,00	784,00
März	802,00	802,00
Mai	811,50	812,00
Juli	819,00	820,00
Aug.	808,00	808,00
Sept.	745,00	744,00
Nov.	694,00	695,00
Sojaschrot Chicago ($/sht) Dez.	215,00	216,00
Jan.	215,00	216,00
März	217,00	218,00
Mai	219,00	218,50
Juli	220,00	219,00
Aug.	215,50	216,00
Sept.	209,00	209,50
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	20. 12.	19. 12.
Dez.	390,00	393,00
März	399,00	400,00
Mai	407,50	410,00
Kokosöl New York (c/lb)	20. 12.	19. 12.
Westküste fob Werk	45,50	47,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	21. 12.	20. 12.
jegl. Herk. cif	860,00	855,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	510,00	510,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	725,00	725,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	196,00	197,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1050,00	1062,50
Leinsaat Rotterdam ($/t) Yanada Nr. 1 cif Rotterdam	329,50	329,25

Wolle, Fasern, Kautschuk

	20. 12.	19. 12.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
März	78,15	78,70
Mai	79,28	79,90
Juli	80,12	80,59
Okt.	75,00	75,35
Dez.	73,40	73,75
März	74,50	74,85
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS -1:	57,75	58,00
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	20. 12.	19. 12.
Dez.	400–417	400–415
Jan.	410–414	409–413
März	422–424	421–423
Umsatz	202	52
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	20. 12.	19. 12.
Dez.	46,50	46,50
März	46,90	46,90
Mai	47,60	47,60
Juli	47,90	47,90
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	20. 12.	19. 12.
Dez.	545,00–555,00	540,00–545,00
März	560,00–561,00	558,00–561,00
Mai	577,00–578,00	574,00–575,00
Umsatz	62	16
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	20. 12.	19. 12.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	20. 12.	19. 12.
Jan.	14 013	14 009
März	–	4 070
Kautschuk London (p/kg)	20. 12.	19. 12.
Nr. 1 RSS loco	–	83,00–84,75
Jan.	84,00–85,00	83,80–84,30
Febr.	84,70–85,00	84,00–84,20
Jan./März	84,70–84,90	84,00–84,10
Tendenz: –		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	20. 12.	19. 12.
Nr. 1 RSS loco:	–	–
Dez.	262,00–263,00	263,00–263,25
Jan.	265,75–266,75	267,00–267,25
Nr. 2 RSS Dez.	255,50–256,50	257,00–258,00
Nr. 3 RSS Dez.	252,00–253,00	253,50–254,50
Nr. 4 RSS Dez.	245,50–246,50	247,00–248,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	20. 12.	19. 12.
BWC	495,00	495,00
BWD	485,00	485,00
BTC	495,00	495,00
BTD	485,00	485,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	21. 12.	20. 12.
Blei: Basis London laufend. Monat	109,78–109,98	108,55–108,65
drittfolg. Monat	113,73–113,92	112,48–112,58
Zink: Basis London laufend. Monat	239,48–239,87	238,73–238,93
drittfolg. Monat	245,39–245,59	244,53–244,63
Produz.-Preis	263,58	263,12
Reinzinn 99,9%	3782–3819	3784–3822

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	21. 12.	20. 12.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	391,44–393,81	389,37–391,73
Blei in Kabeln	117,50–118,50	116,25–117,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	21. 12.	20. 12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	365–376	364–375
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	413–416	412–415
MS 63	410–414	408–413

Zinn-Preis Penang

	20. 12.	19. 12.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,17	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	20. 12.	19. 12.
Leg. 225	440–443	440–443
Leg. 226	442–445	442–445
Leg. 231	472–475	472–475
Leg. 233	482–485	482–485

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	21. 12.	20. 12.
Platin (DM je g)	37,10	36,95
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	34 150	33 850
Rücknahmepr.	33 400	33 100
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	34 070	33 770
Rücknahmepr.	33 050	32 760
verarbeitet	35 760	35 440
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 820	33 405
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	795,40	781,40
Rücknahmepr.	767,60	754,10
verarbeitet	830,70	816,00

Internationale Edelmetalle

	21. 12.	20. 12.
Gold (US-$/Feinunze) London 10.30	378,25	375,40
15.00	378,60	378,10
Zürich mittags	378,40–378,90	375,25–375,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	102 250	102 060
Silber (p/Feinunze) London Kasse	618,20	608,90
3 Monate	632,25	622,80
6 Monate	648,20	638,60
12 Monate	680,15	670,60
Platin (£-Feinunze) London	20. 12.	19. 12.
fr. Markt	274,00	269,40
Palladium (£-Feinunze) London	–	–
f. Händlerpr.	120,80	117,15

New Yorker Preise	20. 12.	19. 12.
Gold H & H Ankauf	378,10	375,00
Silber H & H Ankauf	871,00	862,00
Platin fr. Händlerpr.	404,00	404,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	172,00–174,00	166,00–168,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze) Dez.	875,00	859,70
Jan.	875,00	863,00
Febr.	881,00	869,00
März	887,00	874,00
Mai	902,00	890,00
Juli	918,00	905,00
Sept.	937,00	924,30
Umsatz	23 000	20 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	20. 12.	19. 12.
Dez.	62,80	62,90
Jan.	63,05	63,25
Febr.	63,70	63,90
März	64,25	64,75
Mai	65,70	65,80
Juli	67,05	67,25
Sept.	68,55	68,50
Umsatz	4 000	5 000

Londoner Metallbörse

	21. 12.	20. 12.
Aluminium (£/t) Kasse	1090,0–1091,0	1082,0–1083,0
3 Monate	1118,5–1119,5	1110,0–1110,5
Blei (£/t) Kasse	278,50–279,00	277,50–278,00
3 Monate	288,50–289,00	287,50–288,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	980,50–981,00	977,50–978,00
3 Monate	1006,5–1007,0	1003,5–1004,0
abends Kasse	–	978,00–979,00
3 Monate	–	1004,5–1005,0
(Kupfer-Standard) Kasse	962,00–963,00	961,00–963,00
3 Monate	987,50–988,00	986,00–988,00
Zink (£/t) Kasse	607,50–608,50	607,00–608,00
3 Monate	622,50–623,00	622,00–622,25
Zinn (£/t) Kasse	8580–8585	8642–8643
3 Monate	8740–8745	8803–8805
Quecksilber $/Fl.)	–	300–310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	69–74

1. FC NÜRNBERG / Präsidium trat zurück – Beispiel für einen abhängigen Verein?

Millionär Roth gibt sein Spielzeug zurück, aber er zahlt auch für die Fehler in fünf Amtsjahren

HEINER SCHIMMÖLLER, Bonn

Ein Mann hat sein Spielzeug zurückgegeben: Michael A. Roth (47), bis zum Montag abend Präsident des 1. FC Nürnberg und immer noch Millionär, will in Zukunft ohne den Fußball-Bundesligaklub auskommen. Gibt es jetzt also jenes überall prognostizierte Ende mit Schrecken für einen Verein, der sich in Abhängigkeit begab?

Der Fall Roth liegt anders. Der Mann, dem im Laufe seiner vier Amtsjahre nicht zu Unrecht oft fehlende Größe nachgesagt wurde, warf sein Spielzeug nicht wie eine alte verbeulte Eisenbahn in die Ecke – er gab den Verein so zurück, wie er ihn damals übertragen bekam: in Abstiegsgefahr und nahezu schuldenfrei.

Michael A. Roth, der mit Teppichböden Millionen machte (Jahres-Umsatz seiner Firma Arc 200 Millionen) und mit dem 1. FC Nürnberg seinen Ruf ruinierte, löste zum Abschied ein im Februar 1979 gegebenes Versprechen ein. Roth bei seiner Wahl: „Mit mir wird der Klub keine neuen Schulden machen." Roth bei seinem Abgang: „Ich übernehme die kurzfristigen Bankverbindlichkeiten in Höhe von rund 2,5 Millionen Mark."

Was das bedeutet, sagt der bisherige Vizepräsident Gerd Schmelzer, der den Verein bis zu Neuwahlen im März führt, so: „Was er zu verantworten hat, zahlt Herr Roth auf Heller und Pfennig in die Kasse. Durch seinen Abgang wird das finanzielle Problem des Klub gelöst, der Verein ist existenzfähig und die Lizenz überhaupt nicht mehr in Gefahr." Derzeit ist Schmelzer damit beschäftigt, den genauen Schuldenstand zu ermitteln, der sich „auf ausdrückliche Veranlassung von Herrn Roth" ergeben hat. Rund 2,7 Millionen, sagt Schmelzer, würde dabei herauskommen. Schulden, die im wesentlichen dadurch entstanden, daß der Klub jeweils vor dem Beginn einer neuen Saison mehr Geld in Spieler investierte, als er hatte: „Aber es wußte ja jeder, daß der Herr Roth zahlt."

Ein Geschäftsprinzip, das Schmelzer „auch als nicht immer glücklich" angesehen haben will, über das man sich aber keine Gedanken mehr zu machen gehabt hätte: „Das muß doch ein Verein selbst entscheiden. Entweder man sagt, ich will diesen Mann, und dann eben mit allen Konsequenzen, oder aber man läßt es bleiben." Als der Verein sich im Februar 1979 für Roth entschied, war er in Abstiegsgefahr, die Schulden beliefen sich offiziell auf 1,2 Millionen Mark, inoffiziell auf mehr als drei Millionen.

Was dann folgte, war der Versuch eines im Geschäftsleben erfolgreichen Machers, Firmenprinzipien auf einen Verein zu übertragen. Ein Versuch, der im Chaos endete: Roth verschliß dabei drei Vizepräsidenten, einen Schatzmeister, zwei Geschäftsführer, einen Manager und sechs Trainer (Gebhardt, Vliers, Heese, Elzner, Klug, Kröner). Roth, dem dabei weder Geld noch gute Worte halfen, geriet immer stärker in die Kritik, die von Fehlentscheidung zu Fehlentscheidung auch bissiger und persönlicher wurde.

„Er hatte genug", sagt Schmelzer heute, „er hat einsehen müssen, daß man Erfolg nicht kaufen kann." Ein Satz, der jetzt zum neuen Geschäftsprinzip erhoben werden soll. „Von jetzt an", sagt der kommissarische Präsident, der sich möglicherweise im März zur Wahl stellt, „müssen wir immer erst fragen, ob wir das auch bezahlen können."

Was dem Club an Verbindlichkeiten bleibt, ist wenig: 8000 Mark an langfristigen Schulden für Baumaßnahmen, etwa 380 000 Mark an offenen Rechnungen. Schmelzer: „Damit stehen wir in der Bundesliga fast am besten da." Gesichert sei auch der weitere Spielbetrieb bis zum Saisonende, falls die Kalkulation mit 16 000 Zuschauern pro Spiel erfüllt wird. Diese Rechnung, meint der neue Mann, werde auch aufgehen: „Die ersten sieben der Tabellen kommen noch zu uns."

Auch der Werbevertrag mit Roths Firma ARO bleibt unberührt, die 750 000 Mark jährlich werden weiter fließen. Und Schmelzer will auch nicht ausschließen, daß Roth diese Summe „mal um 300 000 Mark aufstockt. Natürlich nehmen wir das dann, bedanken uns, fertig aus. Wir bleiben trotzdem unabhängig."

Was die hehren Gedanken wert sind, muß sich schon in allernächster Zukunft zeigen, wenn es um den neuen Trainer geht. Von einer genauen Bilanz will Schmelzer die Qualität abhängig machen. „Habe ich Geld, kann es ein Teurer mit Namen sein, oder es kommt einer, der mit wenig Gehalt und großer Nichtabstiegsprämie einverstanden ist. Haben wir wenig Geld, müssen wir es mit dem alten fränkischen Hausrzept versuchen."

Die Bedingungen mit Namen zu füllen sieht derzeit so aus: Im ersten und zweiten Fall könnten es Csernai, Höber oder auch Klimaschefski sein, im dritten Fall Assistenztrainer Fritz Popp mit einem Strohmann für die Lizenz. Schmelzer: „Einen Trainer Klug wird es nicht geben. Er hat seinen größten Fehler gemacht, als er den Job zu Saisonbeginn nicht aufgab."

Auch hier eine Parallele zum Frühjahr 1979, als Roth kam. Auch damals wurde über die Trainerfrage diskutiert, auch insoweit ist der Club von 1983 mit dem von 1979 identisch. Das einzige, was Club-Mitglieder Roth jetzt noch anlasten können, ist ein Imageverlust. Doch der Club ist nun schon mehr als 20 Jahre ein Verein von Kommödianten. Michael A. Roth aber war der erste Kasper, der seine Rolle auch zahlte.

Der Polizei ins Handwerk gepfuscht – Der „Zivile Sicherheitsdienst"

Die schwarzen Sheriffs in der U-Bahn

Als Bundespräsident Karl Carstens im Frühjahr die Internationale Gartenbauausstellung in München eröffnete und an diesem sonnigen Aprilnachmittag durch das Blumenparadies schlenderte, zog ein schwarzer Mann seine Aufmerksamkeit auf sich. „Kommen Sie aus Amerika?", fragte der Präsident erstaunt. „Sie haben eine täuschende Ähnlichkeit mit einem amerikanischen Cop."

Aber der Mann in Schwarz kam aus München: Als Mitarbeiter der privaten Security-Firma „Ziviler Sicherheitsdienst" (ZSD) hatte er mit seinen Kollegen den Auftrag, auf dem Gelände der Münchner Pflanzen-Olympiade für Recht und Ordnung zu sorgen. Doch wie so oft, wenn die Wachmänner des Kampfsportexperten Carl Wiedmeier öffentlich in Erscheinung treten, waren sie auch hier ein Stein des Anstoßes. „Ich bin beim Anblick dieser Leute spontan erschrocken", schrieb der FDP-Stadtrat und IGA-Aufsichtsrat Horst Haffner empört der Ausstellungsleitung. Auch Münchens früherer Polizeipräsident Manfred Schreiber rügte schon vor Jahren das „cowboyartige Gehabe" und die „pseudopolizeiliche Aufmachung" dieser Privattruppe, die vom Volksmund „Schwarze Sheriffs" getauft wurde.

Und immer wieder ist es die mit einer Uniform zum Verwechseln ähnliche Dienstkleidung und das oft als arrogant-forsch empfundene Auftreten, das den ZSD in die Schlagzeilen und nun auch auf den Bildschirm bringt, nachdem Axel Engstfeld von Radio Bremen die Münchner „Sheriffs" drei Monate begleitete. Doch gerade auf dieses Erscheinungsbild legt ZSD-Chef Wiedmeier besonderen Wert, seit er von einer USA-Reise die Anregung und die Erkenntnis mitbrachte, dem Ganoven der achtziger Jahre könne nicht „mit den Mitteln der Vorkriegszeit begegnet werden". Dafür brauche man „ganze Männer", denen Wiedmeier den fragwürdigen Glorienschein der „Prätorianer der modernen Gesellschaft" anhängte.

Und so bewachen sie Münchens U-Bahn und das Olympiagelände, manchen Park und manches Kernkraftwerk in einer Maskerade, als stolzierten sie schnurstracks aus einem amerikanischen Krimi: Hosen, Lederjacke und Schildmütze in Schwarz, an der Brust ein Stern, an der Hüfte Colt, Schlagstock und Handschellen. „Ein martialisches Aussehen", meinte selbst CSU-Stadtrat Walter Zöller, dessen Parteifreund Peter Gauweiler die „Schwarzen Sheriffs" früher als Anwalt bei zahlreichen Prozessen (darunter wegen Körperverletzung und Amtsanmaßung) vertreten hat und der heute als Münchner Kreisverwaltungsreferent deren städtischer Ansprechpartner ist.

Unter deutschen Dächern – ARD, 20.18 Uhr

In der privaten Sicherheits-Branche werden Wiedmeiers Männer aber wie „schwarze Schafe" betrachtet. Ein Antrag des ZSD-Gründers, sein Unternehmen in den Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen aufzunehmen, wurde abgelehnt. „Wir sind strikt dagegen, so martialisch aufzutreten", meint Gerd Schriml, langjähriger Verbands-Geschäftsführer, der heute mit der „Münchner Wach- und Schließgesellschaft" und deren Tochter-Unternehmen Deutschlands größte private Sicherheitsorganisation leitet. „Wir wollen keine Polizei sein."

In der Branche sind 500 deutsche Unternehmen mit rund 50 000 Beschäftigten tätig, der Jahresumsatz wird auf eine Milliarde Mark geschätzt. Im letzten Vierteljahrhundert haben sie nach eigener Schätzung für 4,5 Milliarden Mark Bewachungsgebühr Schäden in Höhe von über 125 Milliarden Mark verhindert. Der Werkschutz, in der Vergangenheit meist von den Betrieben organisiert, wird zunehmend den privaten Bewachungsfirmen übertragen. Schriml: „Wir können in der Regel effektiver und kostengünstiger arbeiten als der betriebseigene Werkschutz." Stark nachgelassen hat der Wunsch nach Personenschutz. Die Kosten von mindestens 2400 Mark am Tag sind selbst den meisten Top-Managern zu hoch.

Schriml plädiert dafür, die sensible Sicherheitsarbeit ohne öffentlichen Rummel zu leisten. Und so kommt es, daß die „Schwarzen Sheriffs" als Wächter in der Münchner U-Bahn immer wieder ins Gerede kommen, aber kaum ein Münchner weiß, daß die Sicherheit in den S-Bahnhöfen ohne Aufsehen von der Wachgesellschaft „Bavaria" gewährleistet wird, deren Mitarbeiter eine unauffällige Dienstkleidung und eine versteckte Waffe tragen. PETER SCHMALZ

SPORT-NACHRICHTEN

Neue Sprecherin

Frankfurt (dpa) – Speerwurf-Meisterin Ingrid Thyssen (Leverkusen) wurde zur neuen Aktivensprecherin des Deutschen Leichtathletik-Verbandes gewählt. Sie ist Nachfolgerin der Sprinterin Claudia Steger. Sprecher der Männer-Mannschaft bleibt Harald Schmid.

Zwei Festnahmen

Rio de Janeiro (sid) – Die brasilianische Polizei hat in Rio zwei Männer festgenommen, die unter dem Verdacht stehen, den Fußball-Welt-Pokal aus den Räumen des Verbandes gestohlen zu haben. Die Trophäe, die nach drei Titelgewinnen (1958/1962/1970) in den Besitz der Brasilianer überging, besteht aus 1,8 Kilogramm Gold.

Starke Junioren

Miami Beach (sid) – Bei der inoffiziellen Weltmeisterschaft der Tennis-Junioren in Miami Beach erreichten Myriam Schropp und Boris Becker, beide aus Heidelberg, die zweite Runde. Myriam Schropp besiegte in der Klasse bis 18 Jahre Yolanda Ardila aus Kolumbien 6:0, 6:0, Becker schaltete in der Klasse bis 16 Jahre den Amerikaner Al Parker mit 6:1, 6:3 aus.

Start-Verzicht

Inzell (sid) – Die Deutsche Eisschnellauf-Gesellschaft schickt keine Teilnehmer zu den Europameisterschaften der Herren in Larvik (Norwegen) und Damen (in Medeo). Der Verband glaubt, diese Titelkämpfe störten die Vorbereitung auf die Olympischen Spiele in Sarajevo.

Behle läuft 50 km

Seefeld (sid) – Jochen Behle, der beste Skilangläufer aus der Bundesrepublik, will in Sarajevo auch über 50 Kilometer laufen. Er sagt: „Das ist nicht meine Strecke, aber bei Olmypia ist die Ausfallquote nach den Rennen über 15 und 30 km sowie der Staffel relativ hoch, und an einem guten Tag ist für mich deshalb eine entsprechende Plazierung möglich."

Pfisterer gewann

Tiberias (sid) – Der Mannheimer Hans Pfisterer gewann in persönlicher Bestzeit von 2:19:59 Stunden den Marathonlauf rund um den See Genezareth in Israel vor dem Griechen Anastasios Psathas (2:21:30) und dem Italiener Ennio Collo (2:22:09). Die Zeiten erreichten keine internationale Klasse, weil starker Gegenwind herrschte.

ZAHLEN

SKI ALPIN

3. Weltcup-Abfahrt der Damen in Haus/Österreich: 1. Wenzel (Liechtenstein) 1:44,67, 2. Epple (Deutschland) 1:45,00, 3. Walliser (Schweiz) 1:45,03, 4. Waldmeier (Frankreich) 1:45,36, 5. Figini 1:45,53, 6. Oertli (beide Schweiz) 1:45,61, 7. Attia (Frankreich) 1:46,04, 8. Cantnerova-Soltysova 1:46,10, 9. Charvatova (beide CSSR) 1:46,39, 10. Flanders (USA) 1:46,51, 11. Wiesler (Deutschland) und Kirchler (Österreich) je 1:46,58, 13. Ehrat (Schweiz) 1:46,60, 14. Mösenlechner (Deutschland) 1:46,62, 15. Veronika Wallinger (Österreich) 1:46,75 ... 17. Gerg (Deutschland) 1:46,89 ... 26. Kinshofer (Niederlande) 1:47,78 ... 28. Mittermayer 1:47,90, 29. Kiehl 1:47,99 ... 33. Henkel 1:48,43 ... 50. Dedler (alle Deutschland) 1:50,86.

RADSPORT

Sechstagerennen von Maastricht, Endstand: 1. Thurau/Fritz (Deutschland) 409 Punkte, 2. Josef Kirsten/Rene Pijnen (Deutschland/Niederlande) 392, eine Runde zurück: 3. Frank/Dill-Bundi (Dänemark/Schweiz) 314, 4. Raas/Wijnands (Niederlande) 392, 5. Schütz/Knetemann (Deutschland/Niederlande) 310, 13 Runden zurück: 6. Oosterbosch/Wiggins (Niederlande/Australien) 251.

FUSSBALL / Hamburg verlor auch in Aberdeen

Jetzt kritisieren die Spieler auch Ernst Happel

DW. Hamburg

Mag sein, daß einige Menschen hoch über den Wolken den Sinn dafür verlieren, wie nützlich es sein kann, mit beiden Beinen auf dem Boden der Realität zu stehen. Im Flugzeug nach Hamburg, 11 000 Meter über dem Meeresspiegel, steckte sich Wolfram Wuttke (23) noch eine Zigarette an, trank Rum und Bier. Dann verkündete er seine Erkenntnis aus dem Hick-Hack beim deutschen Fußball-Meister Hamburger SV, der nicht zuletzt auch durch seine schwachen Leistungen ausgelöst worden war. Die 0:2-Niederlage des Hamburger SV (Hinspiel 0:0) beim FC Aberdeen, dem Europapokal-Gewinner der Cupsieger, war nur ein weiteres Indiz dafür, daß der deutsche Meister immer tiefer fällt. Wuttke aber sagte, was er wohl an leichtfertiger Ausrede in letzter Zeit sehr oft gelesen hat – „Die Medien sind schuld."

Merke: Nicht der Spieler, der beim sogenannten Supercup-Finale in Aberdeen eine Halbzeit lang (eingewechselt für den verletzten Dieter Schatzschneider) das Spiel wieder nur hemmte, ist an seinen blamablen Leistungen schuld, sondern die, die darüber berichten.

Die erneute Niederlage auf internationaler Ebene aber allein an Wuttke festmachen zu wollen, wäre ungerecht. Bis auf Torwart Stein versagte in Aberdeen vor allem die Abwehr. Die meisten gefährlichen Angriffe der Schotten liefen über die linke Seite – da stand, zum ersten Mal nach seiner Verletzung, Manfred Kaltz ...

Doch was soll von einer Mannschaft erwartet werden, von der selbst Präsident Wolfgang Klein vorher sagte, sie habe keine Chance? Thema beim Hamburger SV bleibt auch nach Krisensitzungen und markigen Worten das Gerangel hinter den Kulissen. Seit gestern steht auch Trainer Ernst Happel in der Schußlinie der Spieler. Die Mannschaft will durchsetzen, daß Happel seine wöchentlichen Kolumnen in der „Bild"-Zeitung einstellt. Noch vor dem Spiel hatte der Trainer zum Beispiel über Schatzschneider geschrieben: „Was will der eigentlich. Der ist doch ein kleiner Wurm, der Koffer tragen muß."

Auch die Hamburger, von denen man glauben konnte, sie behielten kühlen Kopf in der Krise, scheinen nervös zu werden. Happel untersagte Präsident Klein vor dem Spiel in Aberdeen, Einzelgespräche mit den Spielern zu führen: „Wenn ich Hilfe brauche, wende ich mich an meinen Manager Günter Netzer." Der aber – Klein: „Mag durchaus sein" – scheint auch nervös zu werden: Netzer ließ sich vor der britischen Presse von seinem Präsidenten vertreten.

Mannschaftskapitän Felix Magath, sah in der Niederlage von Aberdeen dennoch den ersten Schritt zu einer Wende: „Endlich hat wieder einmal jeder für jeden gekämpft." Eine Aussage, die zumindest nicht für Wuttke und Jimmy Hartwig zutreffen kann. Dennoch sagt auch Vorstopper Ditmar Jakobs: „Wir sind auf dem richtigen Weg." Und noch einmal Magath: „Trotz des ganzen Theaters haben wir uns hier besser verkauft, als vor zwei Jahren im UEFA-Cup. Wir haben noch zwei Chancen in Meisterschaft und Pokal. Deshalb ist es verfrüht, schon von unserem Untergang zu sprechen."

SKI ALPIN / Irene Epple noch abgefangen

Der erste Sieg bei einer Abfahrt: Hanni Wenzel

DW. Haus/Steiermark

Irene Epple stand im Zielraum des Weltcup-Abfahrtsrennens von Haus in der Steiermark. Nervös schaute sie auf die Piste und rief immer wieder: „Die packt mich, die packt mich." Gemeint war die Schweizerin Maria Walliser. Als sie aber über die Ziellinie fuhr, mit einer um drei Hundertstelsekunden schwächeren Zeit als Irene Epple, jubelte die beste deutsche alpine Skiläuferin: „Jetzt habe ich gewonnen."

Ein Irrtum. Mit Startnummer 16 kam eine der ganz großen Läuferinnen, die aber noch nie zuvor eine Abfahrt gewonnen hatte: Hanni Wenzel aus Liechtenstein. Sie, die nach zwei Operationen schon aufhören wollte, schenkte sich vor dem Ende ihrer Karriere noch ein ganz großes Erfolgserlebnis: „Schon als kleines Mädchen habe ich von einem Sieg in einem Abfahrtsrennen geträumt. Jetzt bin ich 27 Jahre alt, höre nach dieser Saison auf, habe in Lake Placid zwei Goldmedaillen gewonnen und erlebe nun den Höhepunkt meiner Karriere."

Schon 1974 war die in Straubing bei München geborene Hanni Wenzel Weltmeisterin im Slalom, danach erhielt sie die Staatsbürgerschaft von Liechtenstein. Gestern feierte sie in Haus bereits den 29. Weltcupsieg – nur diesmal eben in der Abfahrt.

Irene Epple war die Enttäuschung („Die Hanni hat es verdient, aber ich war doch so nahe dran") ins Gesicht geschrieben: „Ich kann hier in Haus einfach nicht gewinnen." Auch 1981 war sie schon einmal an gleicher Stelle als Siegerin interviewt worden, dann kam die Kanadierin Gerry Soerensen mit der Startnummer 35 und fuhr Bestzeit. Ein Jahr darauf, bei der Weltmeisterschaft auf der gleichen Strecke, gewann Gerry Soerensen erneut, Irene Epple wurde nur Achte. Immerhin: Mit dem zweiten Platz verkürzte Irene Epple in der Gesamtwertung des Weltcups mit 110 Punkten als Zweite den Abstand zu der führenden Schweizerin Erika Hess (123 Punkte).

Das deutsche Damen-Team hatte ohnehin Grund zur Freude. Heidi Wiesler kassierte erstmals in dieser Saison durch ihren elften Platz Weltcuppunkte, Regine Mösenlechner gelang ebenfalls der Sprung unter die ersten 15 (14.) und Michaela Gerg kam noch auf Platz 17.

Vor dem Rennen hatte es stundenlange Diskussionen darüber gegeben, ob überhaupt gestartet werden könnte. Tauwetter und Frost in der Nacht hatte die Piste vereist, mit Salz wurde sie wieder aufgetaut. Die Jury stimmte mit 4:1 für einen Start.

STAND ● PUNKT

Zauberers Zeugnis

Der Magier, so wurde er genannt, ist schon vor einiger Zeit entzaubert worden. Er war nicht mehr der Künstler, der Mannschaften aus dem Hut ziehen konnte, wie Zauberer das Kaninchen auf der Varieté-Bühne. Hat Vlado Stenzel die Tricks verlernt, wurde er seit je überschätzt und hatte nur Glück?

In Bergkamen hat er die sauberste Lösung gefunden. Er ging, als ihn keiner mehr haben wollte. Daß er jetzt sofort wieder davon spricht, neue Klubs würden bereits um ihn buhlen, ist aber eine gefährliche Sache für ihn. Da gibt es das Abschiedswort des Bergkamener Vizepräsidenten Gerd Geiger, das auch in anderen Klubs aufmerksam gelesen werden wird. Geiger sagt: „Stenzel ist nicht der richtige Mann für ein Klubteam, weil er nicht fähig ist, aus einem feststehenden Spielerstamm eine Mannschaft zu formen."

Das ist ein schlimmes Zeugnis für einen Trainer. Hier wird Stenzel total entzaubert. Er war Weltmeister mit der deutschen Nationalmannschaft, nachdem er nach Belieben Spieler heuerte und feuerte – so lange, bis er Talente um sich geschart hatte, die fanatisch an ihn, den größten Fanatiker, glaubten. Die Spielerauswahl in einem Verein ist aber begrenzt – und Stenzel hat seine Überzeugungskraft verloren ... BW.

HANDBALL

Stenzel ging von selbst

DW. Bergkamen

Vlado Stenzel (47), der die deutsche Handball-Nationalmannschaft 1978 zum Weltmeistertitel führte, ist nicht mehr Trainer des Bundesliga-Vereins TuRa Bergkamen. Aus einem schriftlichen Kommuniqué des Klubs geht zwar hervor, daß Stenzel selbst um die Auflösung des Vertrages gebeten habe, die Trennung war aber wohl doch Absicht des Vereins.

Stenzel, der auf die Fortzahlung seines Gehaltes bis zum 30. Juni 1984 (8000 Mark im Monat) verzichtete, sagt: „Ich habe keine Chance mehr gesehen, so zu arbeiten, wie ich es mir vorgestellt habe. Wegen mangelnder Trainingsmöglichkeiten und nachlassender Substanz der Mannschaft wurden bei mir die Zweifel immer größer, den Klassenerhalt zu schaffen."

Es ist aber kein Geheimnis, daß die Spieler ihren Trainer loswerden wollten. Sie warfen dem 1981 als Nationaltrainer beurlaubten Stenzel taktisches Unvermögen und falsche Auswechselmanöver vor. Bereits in den letzten Spielen saß Bundesliga-Obmann Klaus Soth neben ihm auf der Spielerbank. Soth ist auch Stenzels Nachfolger.

Stenzel, der mit seiner Mannschaft fünf Spiele hintereinander verlor, hatte schon im September eine Abmahnung von den Sponsoren bekommen, die sein Gehalt aufbrachten.

STUDIO

Am 8. Januar 1984 feiert der **Reise-Ratgeber** seine hundertste Sendung. Vor fast genau zwölf Jahren, am 22. Januar 1972, startete das NDR-Fernsehen ein Magazin, das sich zum erstenmal ausschließlich mit dem Thema Urlaub und Reise befaßte. Sein Titel: „Reisemagazin". Im Gegensatz zu den bunten Reisekatalogen und -beilagen, die vor allem Reise-Träume verkaufen, hat sich die Redaktion dabei immer an die Reise-Realitäten gehalten. Nahziele wie das eigene Land, Österreich, Spanien und Italien stehen deshalb ganz weit vorn. Nachdem das „Reisemagazin" 1982 fest in die „ARD-Ratgeber"-Reihe integriert wurde, widmet es sich verstärkt seiner ratgebenden Funktion, etwa mit „Reise-Versicherungen", „Reiserecht", „Billigflügen", „Kinderreisen ohne Eltern". Der Reise-Ratgeber versteht sich als Service-Sendung für den planenden Urlauber. Seine Einstellung gegenüber der Tourismus-Branche ist demnach kritisch.

KRITIK

Ein kleines, volles Leben

Nicht auf „vorweihnachtliche falsche Gefühle" wollten es die Autoren, wie ihr Vorspann versicherte, abgesehen haben, nicht auf das „Mitleid" des Zuschauers. Eine modische, kaum gerechtfertigte Distanz zu menschlichen Mitgefühlen, die ja keineswegs Verachtung bedeuten, sondern uns oft erst zur wirklichen Besinnung zwingen.

Eben diese reinigende Ergriffenheit haben Susanne Müller-Hanpft und Martin Bosboom zuwege gebracht, als sie in ihrem schlicht abgespulten Fernsehprotokoll **Stilles Alter** (ZDF) die Tür zu einer – den meisten unvorstellbaren – Einsamkeit aufstießen, die vielleicht nicht in dieser Schärfe, wohl aber im tristen, die Gemeinschaft beschämenden Grundzug so viele alte Menschen treffen mag. Zwar konnten uns die Autoren die 82jährige Frankfurterin – sie haust mit ihrem kleinen Hund in einer Mietwohnung, die sie wegen einer Arthrose seit Jahren nicht mehr verlassen hat – naturgemäß nur in einer Pause der Isolation zeigen, da sie diese mit dem Trubel ihrer Kameras und Scheinwerfer für kürze Zeit selbst unterbrachen.

Dennoch fingen sie mit wohltuendem Verzicht auf Kommentar und Interpretation viel vom Alltag ein, ließen sie, von zurückhaltend-geschickten Fragen in Gang gesetzt, die alte Dame zugleich ein packendes Porträt der Vergänglichkeit zeichnen. So kam das Mosaik eines kleinen, vollen Lebens zustande, mit Jugend und Tanz, mit Schlagerklängen vom „Weißen Flieder", mit Hochzeit in den Zwanzigern, mit Äppelwoi, mit eigenem kleinem Laden, mit Freuden und Tod im engsten Umkreis, mit Krankheit und einsamem Alter – einem Alter, das, wie wir erkennen, so nicht sein müßte; das uns mahnt. „Vorweihnachtlich – aber deshalb nicht vergebens."

HERMANN A. GRIESSER



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Liebesgeschichten
Amore
Filmkomödie von Klaus Lemke
11.25 Bilder aus der Wissenschaft
12.10 Bilanz
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Wendepunkte
So änderte sich mein Leben
Schwerer Unfall veränderte das Leben eines jungen Paares
17.00 Matt und Jenny
Matt verliebt sich
17.25 Drei Wochen Nordost
Abenteuer mit drei Pferden (4)
Fünfteilige Fernsehserie von Detlef Gumm und Hans-Georg Ullrich
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend:
Der 7. Sinn
20.18 Unter deutschen Dächern
Die schwarzen Sheriffs
Eine Münchner Sicherheitstruppe
Film von Axel Engstfeld
21.00 Wencke auf Nord-Wegen
Wencke Myhres Skandinavientournee 1983
Film von Michael Pfleghar
22.30 Tagesthemen
23.00 Tränende Herzen
Fernsehfilm von Berengar Pfahl nach dem gleichnamigen Stück von Ginka Steinwachs
(Wh. v. 1980)
Mit Ursula von Reibnitz u. a.
Regie: Berengar Pfahl
Minna Klages, Zugehfrau und Arbeiterin im Rentenalter, und Dorothea Horauf, Frau eines ordentlichen Professors für Pharmazie und organische Chemie – gänzlich verschieden nach Herkommen und Milieu, die eine in Goslar, die andere in Göttingen lebend – erleiden zur gleichen Zeit dasselbe Schicksal: Sie verlieren nach mehr als 40jähriger harmonischer Ehe ihre Männer. Beide zerbrechen am Alleinsein und an ihrer aufopferungsvollen Sklavenliebe, die so weit geht, daß sie ihren Männern in den Tod folgen.
0.30 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Aus meiner Aktenmappe
1. Der Stammbaum des Bürokraten
Von Peter von Zahn
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mandara
Letzter Teil: Das Ende des Dämons
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Staatstheater Wiesbaden – „Hänsel und Gretel"
17.50 Flohmarkt
Ferne und Nähe
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mann, halt die Luft an!
Der liebe Schwiegervater
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Spiel und Spaß von und mit Hans Rosenthal
21.00 heute-journal
21.20 Kennzeichen D
O Tannenbaum – Was hat es mit dem Waldsterben auf sich? / „DDR"-Wunschzettel – Wünsche von „DDR"-Bürgern ganz privat / Abschied von der Zeche – Abschied von der Kohle? – Die Schließung der Zeche Erin / Ihre Heimat sollte Ostpreußen sein – auf der Flucht aus Ostpreußen mit dem Motorschiff Ubena im Frühjahr 1945 wurden 30 Kinder geboren. Aus Anlaß des Neubaus eines gleichnamigen Schiffes der deutschen Afrikalinie trafen sich in Bremen die jüngsten Passagiere von damals wieder.
Moderation: Joachim Jauer
22.05 Das kleine Fernsehspiel
Chérie, mir ist schlecht
Regie: Marian Kiss
23.05 Zeugen des Jahrhunderts
Max Bill im Gespräch mit Doris Schmidt
0.15 heute





Nach vierzigjähriger Ehe hat Dorothea Horauf (Ursula von Reibnitz), Frau eines Professors, ihren Mann verloren. (Tränende Herzen – ARD, 23.00 Uhr). FOTO: KÖVESDI

III.

WEST/NORD-GEMEINSCHAFTSPROGRAMM

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Turnier der Schachgroßmeister (5)
Kindermann gegen Hort
Nur für West
19.00 Aktuelle Stunde
Nur für Nord
19.00 Die Tournee
Napoleon, das Schwein und Gugelmanns Ensemble
19.45 Beat-Club
West/Nord-Gemeinschaftsprogramm
20.00 Tagesschau
20.15 Kein Platz für Eltern
Amerik. Spielfilm, 1937
21.45 Denn der Glaube ist freiwillig
Mönche und Konquistadoren
22.15 Der Champion der amerikanischen Literatur: Norman Mailer
Der Film von Felicia Jeter bringt außer einem Interview mit Norman Mailer Ausschnitte aus Spielfilmen, Dokumentarisches und Aussagen von Freunden wie Feinden Mailers
23.00 Literatur im Kreienhoop (4)
Mascha Siebers
24.00 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Kinder dieser Welt – Israel
19.00 Vier fröhliche Frechdachse
19.10 Was frißt das Tier?
19.15 Sport 83 (1)
20.00 Tagesschau
20.15 Die barfüßige Gräfin
Amerik. Spielfilm, 1954
22.20 Drei aktuell
23.25 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Die heilige Johanna
Von G. B. Shaw
21.35 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg
22.20 Ich war dabei
Kurt Bittel – das Geheimnis der Hethiter
Nur für Rheinland-Pfalz
22.20 Bianco-Termin
Nur für das Saarland
22.20 TV-Club Saar 3

BAYERN

18.00 Job & Pop
18.30 Auf unseren Straßen
Kinder im Verkehr
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Berühmte Ärzte der Charité
Chirurgus Johann Paul Schroth
20.45 Rundschau
21.00 Lion Feuchtwanger
21.45 Zeitgeschichte im Fernsehen
23.15 Rundschau

Botticelli in der U-Bahn

ef – Große Kunst ist gut für den Menschen, man kann nie genug davon kriegen, auch an Orten, wo man sie nicht unbedingt gewöhnt ist. Die Chefs der Pariser Untergrundbahn haben das schon vor vielen Jahren begriffen und die Station Louvre dekoriert mit Nachbildungen schöner Stücke aus dem oberirdisch gelegenen gleichnamigen Museum. Wer immer die Station passiert, dem wird spontan altägyptisch zumute.

Dies hat den Schönheitssinn der U-Bahn-Station-Renovierer in London nicht ruhen lassen. In der Station Charing Cross (sie liegt nahe dem Trafalgar Square, bedient mithin auch Besucher der Nationalgalerie) wird dem Gast fortan spontan altitalienisch zumute sein: Von den Wänden grüßen Botticellis „Venus und Mars". Wer ein bißchen schlendert, der findet auch Porträts von Shakespeare, Nelson, Heinrich VIII. und Byron. Dies alles ist sehr ergötzlich, aber nicht ungefährlich, denn die Wiedergaben sind viel größer als die Originale. Sie decken voll die Stationswand, sind also gut drei Meter hoch.

Sie lehren, frei heraus, den Passanten oder Passagier denn doch ein klein wenig das Fürchten. Zwar verhüllte, aber dafür reichlich üppige weibliche Formen lasten sogleich auf dem Gemüt. Man kann einfach nicht weit genug zurücktreten, um sich einerseits psychologisch in Sicherheit zu bringen und andererseits den vollen Kunstgenuß mitzunehmen. Wer weit genug zurücktritt, fällt auf die Schienen der Bakerloo Line und braucht Kunst nicht mehr.

Unsere Zeit ist wirklich so übel nicht: Jeden Tag Botticelli für jedermann. Nur, auch bei den besten Absichten mangelt es in unserer Zeit allenthalben am Sinn für Proportion.

Mark Lothar redivivus

Eulenspiegel singt jetzt im Revier

Alle Jahre wieder macht das recht erfolgreiche Musiktheater Oberhausen auf sich aufmerksam, wenn es ein „verlorengegangenes Werk" der deutschsprachigen Musikliteratur des 19. oder 20. Jahrhunderts aus der Versenkung holt. Nach Lortzings Revolutionsoper „Regina" und Zemlinskys Kleinbürgerstück „Kleider machen Leute" inszenierte der Intendant Fritzdieter Gerhards jetzt „Tyll Eulenspiegel" von Mark Lothar. Auch diesmal hat das Wuppertaler Sekretariat für gemeinsame Kulturarbeit in NRW ideelle und das Orchester der Stadt Remscheid materielle Unterstützung geleistet.

Mark Lothar, Jahrgang 1902, ist gewiß kein Neuerer des Musiktheaters, aber als Schüler von Franz Schreker und Ermanno Wolff-Ferrari ein intimer Kenner der Musikliteratur und ein gewiefter Handwerker. Der bis in die siebziger Jahre hochgeschätzte und vielgefragte Bühnen- und Filmkomponist hat 1928 mit „Tyll Eulenspiegel" nach dem Roman des Flamen de Coster sein erstes Bühnenwerk komponiert, zweifellos bleibt „Schneider Wibbel" nach einem rheinischen Volksstück aber seine populärste Oper.

Lothar hat in seinen Werken stets die kauzig-liebenswürdigen Außenseiter porträtiert. Konsequenterweise übersieht er in de Costers Legende die politische Dimension. Er zeichnet den herzigen, aber letztlich harmlosen Bürgerschreck Eulenspiegel, der schließlich der Lynchjustiz der Gefoppten anheimfällt. Diese augenzwinkernd optimistische Grundhaltung des Werkes wird in der Oberhausener Aufführung jedoch gekappt. Fritzdieter Gerhards inszeniert aus der Sicht des Jahres 1983. Aus der Buffo-Oper der Weimarer Republik wird ein satirisches Plädoyer gegen bürgerliche Normalität und Grausamkeit.

Doch weder das Libretto von Hugo F. Koenigsgarten noch die Partitur tragen eine solche Werksicht. Unterstützt von den sparsamen, doch farblich und graphisch witzig pointierten Ausstattungselementen des polnischen Plakatkünstlers Jan Lenica gelingt zwar eine hintergründige Zeichnung der Bürgerwelt. Die Gegenwelt des Eulenspiegels (Jan Hammar) und seiner Freunde (Elisabet Wallström und Derek Anthony Dale) bleibt völlig unscharf, auch in der Musik. Die Partitur hangelt sich von Nummer zu Nummer, mal volksliedhaft sentimental, dann von geradezu bombastischer Expressivität.

Dietfried Bernet kann trotz aller dirigentischen Sorgfalt die fehlenden thematischen Durchführungen und Zuordnungen der Partitur ebensowenig ersetzen, wie der Regisseur eine verstaubte Gebrauchsoper in kritisches Musiktheater verwandeln kann. Nach der Oberhausener Aufführungsserie wird dieser „Tyll Eulenspiegel" in den Musikarchiven lange Zeit ungestört weiterschlafen dürfen.

ALBIN HÄNSEROTH

Was kann das Laientheater leisten? – Rückblick auf die Göppinger Spieltage

Die Frust-Opern sind passé

„Der Unterschied zwischen Dilettant und Künstler besteht ewig darin, daß sich der Dilettant produziert zum Schmerz der anderen, aber zur eigenen Freude. Der Künstler hingegen muß immer schaffen unter eigenen Schmerzen, aber zur Freude der anderen." So grundsätzlich wollte eine Dokumentation des Laienspiels um 1923 das theatralische Nebenbei-Vergnügen definiert wissen. Heute, 50 Jahre später, halten die jungen selbstbewußten Spieler, die sich zu den Göppinger Spieltagen 1983 im gastlichen Haus der Jugend trafen, von solchem rhetorischen Ballast nichts mehr. Das Laienspiel der 20er und 30er Jahre, ein bekenntnishaftes Tun unter Gleichgesinnten, bei dem die Gesinnung alles, die Ausdrucksmittel wenig gelten, ist für sie endgültig abgetan.

Der heterogene Haufen, die Spielgruppen aus dem In- und Ausland, die in der neblichten Vorweihnacht Jahr für Jahr am Fuße des Hohenstaufen zusammenströmen, knallen einander ihre unterschiedlichen Auffassungen sorglos um die Ohren. Dem Unbeteiligten wird dabei leicht bange. Dabei ist das noch ein zahmer Diskurs, wenn man ihn mit dem Gebaren aus früheren Jahren vergleicht. Noch vor fünf Jahren hatten mittelalte, gutgenährte Spielbürger wie die Volkshochschultruppe Balingen mit dem harmlosen „Blauen Strohhut" von Friedrich Michael, der nichts weiter wollte, als den Göppinger Senioren einen unbeschwerten Theaternachmittag zu bescheren, keine Chance. „Fossilientheater" war noch das Schmeichelhafteste, was die konkurrierenden Spielgruppen den Balingern vorwarfen.

Damals war den einstigen Zentren des Laienspiels im hessischen Korbach und im schleswig-holsteinischen Scheersberg vor lauter kollektivem Reformeifer längst die Luft ausgegangen und der letzte Zuschauer davongelaufen. Die Spielleiter hatte man voller Stolz schon am ersten Tag als überflüssig an den Badestrand entlassen und gemeinsam noch eine Weile vor sich hingewurstelt, ehe man beschloß, auf die Götterdämmerung einer neuen Gesellschaft zu warten, in der es erst wieder zu spielen lohne. Doch die Götter lassen auf sich warten, ebenso wie der deutsche Sinn für Humor.

Das demonstrierten zwei liebliche Jüngerinnen der Terpsichore 1983 zum Ausklang einer schmissigen Aufführung des zwerchfellerschütternden Kriminalschwanks von Philip King, „Lauf doch nicht immer weg, Liebling!", das von dem Donzdorfer Aktionstheater in der Regie von Gerhart Kramer in rasantem Tempo auf die Bretter gezaubert wurde. In den bang geweiteten Augen der jungen Mädchen spiegelt sich das ungläubige Entsetzen darüber, wieso um Himmels willen ihre Altersgenossen sich damit zufriedengeben könnten. Lacher beim Publikum zu produzieren.

Der Regisseur gibt sich konziliant. War er nicht selbst über Jahre hinweg als querulierender Saulus bekannt, der die leichte Muse verteufelte, und die termingerecht abgelieferte Bestleistung verweigerte? Nun gut, er hat sich zum Paulus gemausert, hat die Existenzberechtigung anderer theatralischer Formen neben dem Agitprop begriffen. Die schnelle Spielfolge, das Spiel mit den Worten wie mit Bällen, fasziniert ihn. Das muß doch mal erlaubt sein dürfen!

Wie ein roter Faden zieht sich der Name von Günter Hefft durch alle Göppinger Gespräche. Wenn einer nicht nur Spielleiter, sondern auch Theatergruppen und Zuschauer auf breiter Basis davon überzeugt hat, was Amateurtheater leisten kann, so ist es dieser Choreograph und Regisseur aus Köln. Das Kleine Theater Brühl verdankt ihm nach fünfjähriger, schöpferischer Tyrannei ein Niveau, das sich auch in drei Jahren ohne seine Fuchtel noch nicht abgenutzt hat. Die jüngste Produktion der Offenbachschen Götterfarce vom mittelmäßig begabten Musiklehrer Orpheus und seiner „mal eben in die Unterwelt" abschwirrenden treulosen Gattin Euridyke in der flinken Fassung von Werner Fink – der Text aus dem Jahre 1949 wirkt niederschmetternd aktuell – zieht alle Register musikalischen und komödiantischen Könnens. Hefft-Schüler Günter Zettler setzt damit Maßstäbe.

Die aus Paris importierte Fabienne Hyvert sorgte mit ihrer jungen Gruppe zum zwanzigjährigen Spielertreffen für eine „Geschlossene Gesellschaft" von Jean Paul Sartre, die in fast zweistündiger, atemloser Stille bewundert wurde.

Glanzlichter wie diese verdichten sich zusammen mit dem an technische Perfektion in den Medien gewöhnten Auge zu einer Meßlatte, die auch dem letzten stillen Träumer am Laienspielhimmel seine zweckfreie Spielwolke vergraulen will. Und trotzdem existiert auch dies in deutschen Landen: Mitspielaktionen aller Arten in Recklinghausen, „Schöpferisches Tun gegen Hoffnungslosigkeit, Resignation und Langeweile", Werkstattwochen im Altenberger Forum Kath. Arbeitsgemeinschaft Spiel und Theater, der Schultheaterwettbewerbe wie die in Aachen und Spielertreffen zuhauf. Dort feiert das totgeglaubte gute alte Laienspiel – gesinnungsinnig und ausdruckskärglich – wie eh und je fröhliche Urständ im neuen Frust-Gewande. Inseln der friedlichen Nabelschau für den Insider, den Öko- und Demo- und Anti- und Psycho-Tripler, der die Wahrheit nicht mehr suchen muß, weil er sie schon für sich gepachtet hat.

Ab und an verirrt sich solch ein Wahrheitsapostel nach Göppingen und wird dort ganz nebenbei zur Leistung korrumpiert. Der Traum, über sich selbst hinauszuwachsen, ein Jahr zu schuften für eine ekstatische Stunde, Göppingen hält ihn am Leben.

INGRID ZAHN

Darmstadt: Klebes neue Oper „Die Fastnachtsbeichte" nach Zuckmayer

Spiel von Kirche, Tod und Karneval

Darmstadts Theater hat seinen stolzen Tag. Es hebt eine neue Oper von Giselher Klebe aus der Taufe. Das allein wäre noch nicht unbedingt ein Feiertag; schließlich ist es bereits Klebes zwölfte Oper, und seine letzten Novitäten, etwa „Das Mädchen von Domremy" nach Schiller, „Ein wahrer Held" nach Synge und „Der jüngste Tag" nach Horváth, waren doch eher Fleißarbeiten als treffsichere Würfe. Sein neues Werk jedoch, „Die Fastnachtsbeichte" nach Carl Zuckmayers Erzählung, erspielt sich einen begeisterten Premierenerfolg. Es sitzt. Es trifft. Es läßt einem die dreieinhalb Opernstunden nicht lang werden.

Operstunden: Um Oper geht es Klebe, nicht um Musiktheater, nicht um Klangexperimente. Er will Traditionen fortschreiben. Gerade an solchen Werken fehlt es dem modernen Repertoire. Klebe bedient die Sänger. Er räumt der Stimme das Primat ein. Sie darf wieder, sie soll wieder schön klingen und voll Emotion sein. Sie entfaltet sich unangefochten vom Orchester. Klebes Rücksichtnahme geht oft so weit, daß er den Singstimmen keine oder nur sehr zarte Begleitung unterlegt, den orchestralen Kommentar den Gesangstakten folgen läßt. Arioses wird zum Dialog mit dem Orchester. Das hört man mit Erstaunen.

Klebe befolgt, was der Stoff nahelegt. Er greift voll in das musikalische Reservoir der Mainzer Fastnacht. Die närrischen Märsche, die Rheinländer und Walzer poltern los. Sie werden leicht verfremdet, so daß auch sie ihre kommentierende Funktion finden, aber doch nie so weit, daß sie ihren Schwung verlieren. Man möchte, man könnte Klebes Oper über Strecken mitpfeifen. Sie fährt einem in die Glieder. Sie bietet Ohrwürmer feil. Das hat es in der modernen Oper fürwahr noch nicht gegeben.

Dies gilt natürlich nur für die tollenden Fastnachtsszenen. Wo die Oper Zuckmayer auf andere Ebenen folgt, nimmt Klebe den jauchzendlärmenden Ton sofort zurück, kommentiert den Text mit einer stillen, ausdrucksmächtigen Intensität. Gerade aus diesen jähen Wechseln gewinnt das Stück seine Spannung.

Zuckmayers Erzählung freilich, die von Lore Klebe fast zu penibel zum Libretto umgeformt wurde, ist schon dieses faszinierend zweischichtige Stück. Am Karnevalssamstag des Jahres 1913 wird im Mainzer Dom ein Mann ermordet. Die kriminalistischen Recherchen und Verhöre fädeln sich zwischen den närrischen Stundenplan. Wendung um Wendung wird Schuld aufgedeckt. Vergangenheit steigt schlotternd aus ihrer Verdrängung empor und fordert Sühne. Und die ist um so schwerer, als Zuckmayer seinen Akteuren nicht den bequemen Weg des Bekenntnisses, des Rücktritts, des Aussteigens aus ihrer bürgerlichen Welt erlaubt, sondern sie zwingt, mit dieser Schuld weiterzuleben.

Ein sehr rheinischer Stoff also, Kirche, Tod und Karneval ins Dreieck setzend. Der Mummenschanz als gigantisches Memento mori, der Dom als magisch stilles Zentrum des Fastnachtstreibens. Der katholische Weltlauf von Sünde und Buße wird theamatisiert. Diese Themen hat Kurt Horres immer wieder in seinen Inszenierungen angesprochen, auf diesen Stoff mußte er kommen; bei Giselher Klebe die Vertonung in Auftrag zu geben, war danach fast eine Selbstverständlichkeit. Neben Zuckmayer und Klebe ist Horres gewiß der dritte geistige Vater dieser „Fastnachtsbeichte".

Horres setzt denn auch, im Verein mit seinem Ausstatter Andreas Reinhardt, das Werk spektakulär in Szene. Das erste Bild wird beherrscht von einer naturgetreuen, die Bühne füllenden Nachbildung eines Seitenschiffs des Mainzer Doms. Diese Hülle bleibt gegenwärtig durch alle zwölf Bilder des Werks. Die einzelnen Schauplätze, ob das Bordell im Kappelhof, das Haus des Weingutsbesitzers Panezza oder das Untersuchungszimmer im Gerichtsgebäude, fügen sich ein in das Kirchenschiff. Das hat nicht nur bühnenpraktische Gründe, sondern auch seine Symbolik. Unter dem sich wölbenden Mantel dieser Kirche hat Lust und Sünde, Tod und Narrentum, hat das ganze Leben Platz. Entfliehen kann man nicht.

Der Bühnenaufwand in Darmstadt ist nicht übertrieben, aber er ist gewaltig. Horres gibt dem Stück jenes üppige, sinnliche Theater, das es braucht. Der Karneval feixt aus tausend Masken, es regnet Luftschlangen, Ballons und Konfetti. Die Masse taumelt im Gedränge. Diese Inszenierung würde auch ein schwächeres Werk über die Runden bringen.

Nur einmal hängt die Oper – in jenem langwierigen Gerichtsverhör, das die Fäden des Kriminalstoffes spinnt. Da wird zuviel ausgesagt, zuviel Text transportiert, ohne daß die Musik Grund zum vertiefenden Eingreifen fände. Hier ist der Rotstift nötig.

Unter der musikalischen Leitung von Hans Drewanz, der es an Einsatz und Genauigkeit wohl nicht hat fehlen lassen, entfaltet sich das Darmstädter Ensemble in der Vielzahl prägnanter Rollen vorzüglich. Es gibt keinen schwachen Punkt, aber einen besonders starken: Claudia Eder als Viola Moralto mit einem Mezzosopran der eindringlichsten Stimmführung und Stimmfarbe.

Kurt Horres hat, bevor er im Sommer an die Hamburgische Staatsoper wechselt, den Darmstädtern mit dieser „Fastnachtsbeichte" ein so persönliches wie wertvolles Abschiedsgeschenk übergeben.

REINHARD BEUTH

Ein Billett für Max Bill

„Ich bin der Auffassung, es sei möglich, eine Kunst weitgehend aufgrund einer mathematischen Denkweise zu entwickeln." Ein Programm- und Schlüsselsatz von Max Bill, der heute 75 wird. Er zählt unzweifelhaft zu den bekanntesten und universalsten Künstlern unserer Tage, als Architekt, Bildhauer, Maler, Designer, Schriftsteller und Pädagoge, der überdies als Mitglied des Zürcher und des eidgenössischen Parlaments „Kunst und Politik in Personalunion verkörpert". Dieser Hinweis seines Biographen gilt vor allem dem Umweltgestalter Max Bill, der auf diesem Feld als Praktiker wie als Theoretiker internationalen Ruhm genießt.

Nach handwerklicher Ausbildung und Studium an der Kunstgewerbeschule Zürich kam der 20jährige als Schüler an das Dessauer Bauhaus, das „in der Verzahnung von Kunst, Handwerk und Technik neue Maßstäbe der Gestaltung setzte", die Bill ein Leben lang in schöpferischer und pädagogischer Arbeit stets aufs Neue überprüft, weiterentwickelt und weitergegeben hat. Die mathematische Denkweise führte ihn zwangsläufig zum Konstruktivismus und machte ihn zu einem Vorläufer der Op-Art.

Seine Bilder und Plastiken sind kalkulierte Kunstwerke und konkretisierte ästhetische Theorie. Sie scheinen in ihren besten Beispielen Novalis recht zu geben, der gesagt hat, Mathematik sei die reine Poesie. Des ungeachtet liegt Bills wesentliche Begabung in der angewandten Kunst, in der „Produktform" (der Begriff stammt von ihm selber); das hat er nicht nur als Begründer, Erbauer und langjähriger Leiter der Ulmer Hochschule für Gestaltung, sondern unablässig auch als vielseitiger Designer im praktischen Einsatz für eine exklusive Reinheit der Gestaltung bewiesen, wobei er leidenschaftlich den Primat des Künstlers auch innerhalb der Industrie verficht.

epl

Meister der Klarheit: Max Bill, der heute 75 wird FOTO: BRIGITTE FRIEDRICH



Gleichung mit vielen Unbekannten: Rudolf Krämer-Badoni FOTO: BRIGITTE FRIEDRICH

Rudolf Krämer-Badoni wird siebzig Jahre alt

Gegen die große Drift

Rudolf Krämer-Badoni, Romancier, Essayist, Kommentator, Kolumnist, Literatur- und Theaterkritiker, hat sich nie vereinnahmen lassen, nicht von Weltanschauungs-Verkündern, nicht von Institutionen. Möglicherweise nicht einmal von Freunden. Keinerlei Klebemittel, einschließlich der eigenen literarischen Erfolge, vermochten ihn festzulegen. Das Ansinnen, einen „Fortsetzungsroman" zu verfassen, hätte ihm die Haare zu Berge stehen lassen. Des Autors stetige Aufbrüche zu neuer Wahrheitsfindung waren für seine Leser und Kritiker sicherlich oft Ärgernis – ihm jedoch geradezu Lebenselixier ...

Als Vierzehnjähriger verfaßte er Wildwestromane. Dagegen ist nichts einzuwenden. Mit 18 Jahren ging er unbekümmert daran, erworbene Liebeserfahrungen für die Nachwelt aufzuzeichnen. Nicht ein einziger Verlag wußte dies zu schätzen. Kurz entschlossen brach er seine literarischen Unternehmungen ab. Er studierte Germanistik, Philosophie, Sprachen, Geschichte. An der Frankfurter Universität promovierte er zum Dr. phil.

Eine Universitätslaufbahn schien vorgezeichnet. Doch unter dem Druck deutscher Zeitereignisse erkannte der Endzwanziger sich selbst. Er war süchtig nach Freiheit. Wahrheiten auszusprechen – dies dünkte ihm Bestandteil der Freiheit. Der 1943 veröffentlichte Roman „Jakobs Jahr" geriet zum Schlüsselroman seiner Selbsterkenntnis.

Der Durchbruch zum literarischen Erfolg gelang Rudolf Krämer-Badoni 1949 mit dem Roman „In der großen Drift". Das Werk wurde in viele Sprachen übersetzt. In ihr werden Deutsche während der nationalsozialistischen Periode geschildert: in Gewissenskonflikte verwickelt, sich dennoch duckend, um überleben zu können. Nicht allein des Inhalts wegen verblüffte das Buch. Krämer-Badoni befreite sich mit ihm endgültig von jeglichen literarischen Vorbildern.

Von nun an schrieb er, „wie er sprach". Der Leser wurde direkter Gesprächspartner und auch – wie nicht anders zu erwarten – Kontrahent. „Schwierigkeiten, heute die Wahrheit zu schreiben" (1964) oder „Anarchismus, Geschichte und Gegenwart einer Utopie" (1970) stellen Veröffentlichungen dar, in denen Rudolf Krämer-Badoni eindeutig für die Autonomie des einzelnen im Denken und im politischen Handeln eintritt. Noch wichtiger erscheinen mir der Essayband „Grund und Wesen der Kunst" (der kühne, eigenwillige Entwurf einer Ästhetik) und sein letzter Roman, „Gleichung mit einer Unbekannten", in dem die seelischen Verhebungen unserer Tage grell zur Anschauung gebracht werden.

Fast zwei Jahre lang war Krämer-Badoni Generalsekretär des PEN. Er war Mitbegründer des Verbandes „Freier Deutscher Autoren (FDA)". Funktionärsarbeit mußte er früher oder später als Freiheitsberaubung empfinden; politische und literarische Kontroversen kamen hinzu. Er mochte weder für die CSU votieren noch „die deutsche Sprache retten". Er trat aus.

Rudolf Krämer-Badoni ist praktizierender Katholik. Auch die haben es mit ihrer Kirche nicht leicht. Hegt der Autor den Wunsch, einer Messe beizuwohnen, muß es die „Tridentinische" mit ihrer uralten Liturgie sein. Die aber wird nicht im heimatlichen Wiesbaden, sondern im kleinen Rheinort Hattersheim zelebriert. Spitzt Krämer-Badoni zu religiösen oder kirchlichen Themen die Feder, wird auch der Nichtkatholiik, der Nichtreligiöse ihm Respekt zollen. Wer ihn kennt, weiß, daß er keine Sekunde lang erwartet, man werde seiner Meinung sein.

Manchmal sehe ich Rudolf Krämer-Badoni durch die Stadt schlendern. Ich werde mich hüten, ihn aufzuhalten. Vielleicht konzipiert er in Gedanken gerade eine sarkastische Kolumne. Spaziert derweil bei Rot über die Kreuzung. Wer kann schon ahnen, was er wieder im Schilde führt?

Für das, was dieser liebenswürdige, hochempfindsame und hilfsbereite Autor bis heute, dem 22. Dezember 1983 schrieb, sei ihm gedankt.

ESTHER KNORR-ANDERS

In den Kinos: „Sing Sing" mit Adriano Celentano

Der Piranha planscht

Zwei Sträflinge hocken in ihrer Zebrakluft auf der Gefängnismauer. Die Flucht könnte gelingen, wäre da nicht jene massive Eisenkugel, an die beide gekettet sind. Plötzlich huschen Lichtkegel über den Hof, die Fliehenden sterben im Kugelhagel. Und schon ziert – der Film ist gerade wenige Minuten alt – das Wort „Ende" die Leinwand. Sekunden später sieht man die beiden Erschossenen (Enrico Montesano und Adriano Celentano) elegant gekleidet in einem Privatkino sitzen. Beide sind von ihrem Knast-Klamauk angeödet und erzählen nun jene Geschichten, die sie wirklich lustig finden.

Mit dieser Klammer beginnt Sergio Corbuccis Film „Sing Sing", um die so hochgeschraubten Erwartungen dann schnell zu enttäuschen. Die erste Episode gehört Enrico Montesano, der als italienischer Automechaniker den Floh ins Ohr gesetzt bekommt, die Königin von England sei seine Mutter. Also eilt er nach London, wo eine hübsche Terroristin (Desirée Nosbusch in einem wortlosen Kurzauftritt) der Queen nach dem Leben trachtet. Mutig spielt unser Mechaniker den Kugelfang, worauf sich ihm prompt die Türen zum – recht römisch anmutenden – Palast öffnen. Erst jetzt wird der ebenso unwahrscheinlichen wie flach inszenierten Groteske ein Glanzlicht aufgesetzt. Vanessa Redgrave mimt hier eine huldvoll herablassende Königin, die sich nach der Protokoll-Pflicht diskret ein Schnäpschen hinter die Schärpe gießt.

Nach diesem mimischen Kabinettstück zeigt Adriano Celentano sein eher dürftiges Schauspieltalent. Als Commander Boghi wandelt er in den Fußstapfen Humphrey Bogarts – und übernimmt sich dabei.

In Boghis wirren Kriminalfall packt Corbucci Zitate aus Katastrophenfilmen (ein Piranha planscht in der Badewanne) und aus Hitchcocks „Psycho". Nur mangelt all diesen Seitenhieben auf die Filmgeschichte jegliche Ironie, sie kommen plump und ohne Witz daher.

Nun wollte zwar die deutsche Synchronisation der uninspirierten Klamotte mit ein wenig Wortwitz auf die Sprünge helfen, aber dadurch entlarvt sie die Peinlichkeit des Werks erst recht. Jedem unbedarften Regisseur könnte man diesen Fehlgriff verzeihen. Doch Sergio Corbucci hat 1968 „Leichen pflastern seinen Weg" gedreht, eine zynische Winterreise durch den Wilden Westen, einen Italo-Western der Spitzenklasse. Lang, lang ist's her.

HARTMUT WILMES

JOURNAL

Exil-PEN protestiert gegen Demszky-Prozeß

rst, Köln

Der Exil-PEN-Club deutschsprachiger Länder protestiert gegen den heute in Budapest gegen den ungarischen Dissidenten Gabar Demszky beginnenden Prozeß. Demszky (31), Jurist und Soziologe, ist ein Aktivist der Demokratischen Opposition Ungarns und Herausgeber von Samisdat-Literatur. Er gründete die SZETA-Stiftung für die Unterstützung der Armen und mobilisierte Sympathien für Polens verbotene Gewerkschaft „Solidarität". Nachdem er von Polizisten auf offener Straße krankenhausreif geschlagen worden war, wird Demszky nun wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt" angeklagt – ein Zynismus, der das wahre Gesicht des sogenannten „ungarischen Liberalismus" zeigt. Der Exil-PEN-Club deutschsprachiger Länder fordert in dem Protest an die ungarischen Behörden die sofortige Freilassung des ungarischen Dissidenten.

Liv Ullmann leitet die Berlinale-Jury

AP, Berlin

Liv Ullmann, die schwedische Film- und Theaterschauspielerin, wird Jury-Präsidentin der 34. Internationalen Filmfestspiele Berlin, die vom 17. bis 28. Februar 1984 stattfinden. Im Rahmen der Informationsschau der Berlinale wird das Mittelmeer eine besondere Rolle spielen. 22 Filme sollen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Mittelmeerländer zeigen. Außerdem werden fünf Filme von Alfred Hitchcock vorgeführt, die nach 20 Jahren wieder in den Kinos anlaufen.

Saudi-Arabien unterstützt die Ruhr-Universität

dpa, Bochum

Die Ruhruniversität Bochum erhielt von dem Königreich Saudi-Arabien eine Spende von umgerechnet 777 000 Mark zur freien Verfügung. Seit Juni dieses Jahres besteht ein Kooperationsvertrag, nach dem künftig saudische Ärzte und Krankenpfleger in Bochum ausgebildet werden können. Mit den Zinsen der Spende will die Ruhr-Universität medizinische Forschungsprojekte fördern.

Ein Napoleonsgrab aus Eisenguß für Kassel

DW. Kassel

Mehrere sogenannte Napoleonsgräber konnte das Zentralinstitut für Sepulkralkultur mit Hilfe des Bundes erwerben. Dabei handelt es sich um Schreibzeuge in der Form des Sarkophages von Napoleon, die nach 1815 in der Königlich Preußischen Eisengießerei Berlin hergestellt wurden. Wenn man den Einsatz mit Tinte und Streusandbüchse herausnimmt, wird auf dem Boden des Sarkophags eine liegende Figur des Kaisers sichtbar. Diese Napoleonsgräber sind sehr selten. Die Stücke wurden für das geplante Kasseler Museum für Sepulkralkultur gekauft.

Kritik am Entwurf für die Filmförderung

dpa, Stuttgart

Der Entwurf des Bundesinnenministers für neue Filmförderungsrichtlinien zerstört nach Auffassung von Journalistengewerkschaften „die wichtigste Einrichtung zur Förderung künstlerisch hervorragender Leistungen auf dem Gebiet des Films, die es bisher in der Bundesrepublik gab". Das erklärten die Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU), die Deutsche Journalisten-Union (dju), der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) und die Arbeitsgemeinschaft der Filmjournalisten. Der Entwurf unterwerfe die Filme und Filmprojekte einer massiven Kontrolle auf Markttauglichkeit. Außerdem werde die bürokratische Umständlichkeit des bisherigen Verfahrens ins Maßlose vergrößert.

Hermann Diehl †

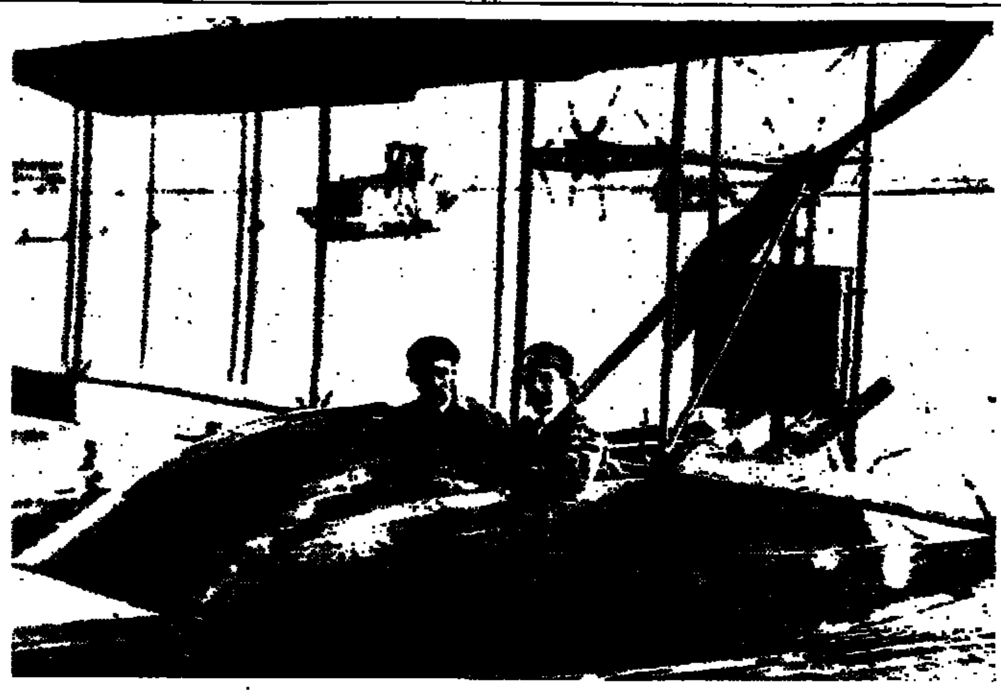
dpa, München

Der Erfinder der Mecki-Figur, Hermann Diehl, ist in Grünwald bei München im Alter von 77 Jahren gestorben. Diehl entstammte einer Künstlerfamilie. Sein Bruder Ferdinand machte sich als ein Pionier des Puppenfilms einen Namen. In einem dieser Filme war der Igel „Mecki" 1937 erstmals beim Wettlauf mit dem Hasen zu sehen.

Zum Tode Bill Brandts

In London ist 79jährig Bill Brandt gestorben. Mit seinem Namen verbinden sich zwei scheinbar unvereinbare fotografische Stile. Zum einen war er der Dokumentarist Englands, der das soziale Leben, den Alltag der Bürger und im Zweiten Weltkrieg viele berühmte Gebäude (damit sie im Falle der Zerstörung rekonstruiert werden könnten) festhielt. Andererseits war er Schüler und Assistent Man Rays. Auf diesen Einfluß gehen seine Fotos zurück, die er nach dem Krieg bevorzugte. Die „Perspective of Nudes" sind dafür das bekannteste Beispiel, Akte, die mit dem Weitwinkel so aufgenommen wurden, daß sie wie surreale Landschaften wirkten. Mit diesen Schwarzweißfotos beeinflußte er sehr stark die Avantgardefotografen in Deutschland und in Japan. Bill Brandt war einer der geistvollen Neuerer der Fotografie.

P. D.





Diese Bilder vom Start der „Benoist Typ VII, Modell eins" dokumentieren den Beginn der kommerziellen Luftfahrt. Wegen des großen Andrangs wurde das Ticket für den ersten Passagier versteigert – und ging für 400 Dollar weg. FOTOS: SAD

Fünf Dollar kostete der erste Flug nach Plan

Von WOLFGANG WILL

Der Flugpreis machte fünf Dollar. Die 21 Meilen oder 33,6 Kilometer Luftlinie wurden in 25 Minuten zurückgelegt. Das Flugboot aus Holz und Zeltplane konnte nur einen Passagier befördern. Der Jungfernflug startete am 1. Januar 1914 – und dieser Tag, an dem der Flugliniendienst zwischen den heutigen floridianischen Schwesterstädten St. Petersburg und Tampa aufgenommen wurde, ist als der Beginn der kommerziellen Luftfahrt in die Geschichte eingegangen.

Den siebzigsten Jahrestag dieses historischen Luftfahrtereignisses werden St. Petersburg und Tampa festlich und mit ungewöhnlichem Aufwand begehen: Eine Nachbildung des Flugbootes von einst, während der letzten vier Jahre mit den Mitteln aus einer Spendenaktion gebaut, wird am 1. Januar 1984 den Erstflug des 1. Januar 1914 nachvollziehen, um dann in einem neuen Luftfahrtmuseum von St. Petersburg als Prunkstück aufgestellt zu werden. Zur bevorstehenden „Jubelfeier" werden in St. Petersburg zudem Luftfahrt-Enthusiasten aus aller Welt erwartet, Luftfahrt-Pioniere von einst und Raumfahrt-Pioniere von heute.

Das hölzerne Flugboot von damals ist als „Benoist Airboat" in die Geschichte eingegangen, benannt nach seinem Designer und Erbauer Thomas W. Benoist, einem Erfinder und Unternehmer aus Florida. Schon vor 1910, bevor er die Firma „Aeronautic Supply Co." gründete, hatte er das Zeitalter kommerzieller Fluglinien vorausgesehen. Seine „Benoist Typ VII, Modell eins" stattete er mit einem Zweizylinder-Roberts-Motor aus. Die äußerst plump wirkende Maschine war knapp acht Meter lang, ihre Doppeldeckflügel hatten eine Spannweite von 13,5 Meter. Benoist wählte St. Petersburg und Tampa für die erste reguläre Luftfahrtstrecke, weil sich die Geschäftsleute der beiden Städte mit 2400 Dollar an seinen Investitionskosten beteiligten und ihn begeistert unterstützten. Heute sind beide Städte an der Westküste Floridas durch ein Brücken-Autobahnnetz miteinander verbunden, und ein Taxi benötigt vom einen zum anderen Rathaus nur 25 Minuten – aber damals, 1914, dauerte die Reise von St. Petersburg nach Tampa mit der Fähre zweieinhalb Stunden, mit der Eisenbahn sogar zwölf Stunden.

Der erste Platz für den ersten Flug wurde versteigert, weil es zu viele Interessenten gab. St. Petersburgs 47 Jahre alter Bürgermeister Abe Pheil ließ es sich 400 Dollar kosten, der erste Passagier zu sein. Es war ein kalter 1. Januar, als die „Benoist" mit Passagier Pheil und dem Piloten Tony Jannus und unter dem stürmischen Applaus von 5000 Zuschauern den Marine-Anlegeplatz verließ, Geschwindigkeit zulegte und sich in die Lüfte erhob.

Kurze Zeit später wurde es dann dramatisch. Der Motor setzte aus, und Jannus mußte in der Bay notlanden. Pilot und Bürgermeister rüttelten und schraubten am Propeller, der hinter dem Flügel, damit auch hinter der offenen Zweimann-Gondel, angebracht war. Nachdem sie wieder gestartet und in Tampa angekommen waren, völlig verfroren und ölverdreckt, bat Pilot Jannus einen Herrn im Gehrock, der zum Empfangskomitee gehörte: „Helfen Sie mir, meinen Mantel aufzuknöpfen – meine Hände sind zu klamm und schmutzig."

Der Welt erste reguläre, nach Plan fliegende Fluggesellschaft existierte ganze drei Monate. Zwischen zwei und fünf Flügen am Tage gab es – je nach Bedarf. Häufig war auch Fracht an Bord, darunter Post und geräucherter Schinken aus St. Petersburg, den Restaurants in Tampa bestellt hatten.

Drei Monate flog die Gesellschaft profitabel, vor allem dank der Neugierigen. In diesen drei Monaten wurden nur acht der planmäßigen Flüge abgesagt – wegen schlechten Wetters oder mechanischen Problemen. Doch die Reparaturen, so weisen die Bücher noch heute aus, kosteten insgesamt nur 100 Dollar. Als dann jedoch die Neuheit an Reiz und Aufregung verlor, stellte die „St. Petersburg-Tampa Airboat Line" den Betrieb sang- und klanglos wieder ein. (SAD)

Anwaltverein greift Tempo-Messung der Polizei an

dpa, Bonn

Der Deutsche Anwaltverein hat das seit Mitte dieses Jahres in mehreren Bundesländern von der Polizei eingesetzte Geschwindigkeits-Meßgerät „Truvelo" als fehlerhaft kritisiert. Ein Saarbrücker Sachverständiger habe in rund 1000 Versuchen bei fast 20 Prozent aller Fälle Fehlmessungen festgestellt. Der Anwaltverein riet betroffenen Verkehrsteilnehmern, sofort einen Anwalt zu konsultieren, wenn mit diesem Gerät eine Geschwindigkeitsübertretung nachgewiesen werden solle. Bei schon rechtskräftigen Bußgeldbescheiden sollten Betroffene die Wiederaufnahme des Verfahrens betreiben. Dies sei aber nur bei Bußgeldbescheiden von mehr als 200 Mark möglich.

Der Saarbrücker Kraftfahrzeug-Sachverständige Wolfgang Eberhard erklärte, das offenbar fehlerhafte Geschwindigkeits-Meßgerät sei bisher von der Polizei in Rheinland-Pfalz, in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Berlin eingesetzt worden. Das kritisierte Meßgerät arbeite mit zwei Koaxialkabeln, die im Abstand von 1,50 Metern auf der Straße liegen. Beim Berühren der Kabel wird eine Zeitmessung ausgelöst. Liegt die umgerechnete Geschwindigkeit eines Autos über dem Tempo-Limit, wird ein Foto geschossen. Seine Versuche, so Eberhard, hätten ergeben, daß gelegentlich ein Windstoß genüge, um bei einem nicht existierenden Auto eine Geschwindigkeit von 740 km/h zu messen.

Schulbusunglück

dpa, Kembach

Beim Zusammenstoß eines Schulbusses mit einem Pkw ist gestern bei Kembach (Baden-Württemberg) ein Kind ums Leben gekommen, sechs weitere Schüler und beide Fahrer wurden schwer verletzt. Das Auto war auf eisglatter Straße gegen den Bus geschleudert.

Laser gegen Krebs

SAD, Tokio

Eine erfolgreiche Behandlung von Brustkrebs durch die Anwendung von Laserstrahlen erhofft sich der japanische Arzt Daijo Hashimoto. Mit einer von ihm an der Universitätsklinik Hamamatsu entwickelten Methode ist es ihm jetzt gelungen, den im Durchmesser 3,5 Millimeter großen und vier Zentimeter tief sitzenden Tumor einer Patientin völlig zu zerstören.

Wasser in der U-Bahn

dpa, Moskau

Ein plötzlicher Wassereinbruch in einen Tunnel des Moskauer U-Bahn-Netzes hat am Dienstag einen Teil des U-Bahn-Verkehrs in der sowjetischen Hauptstadt lahmgelegt. Hunderte von Passagieren wurden nach Berichten vom Mittwoch aus den Schächten der U-Bahnstation „Tretjakowskaja" evakuiert. Ob es Verletzte gegeben hat, wurde nicht bekannt.

Absturz: 7 Tote

AP, La Paz

Beim Absturz einer zweimotorigen Cessna über einem Wohnviertel bei La Paz sind mindestens sieben Menschen ums Leben gekommen. Die Ursache des Unglücks war zunächst nicht bekannt.

Den Deutschen sitzen die Spenden immer noch locker

DRK ließ 1983 42 Millionen Mark in Auslandshilfe fließen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Spendenaufrufe des Deutschen Roten Kreuzes zu besonderen Katastrophenhilfen im Ausland fanden 1983 ein überwältigendes Echo – 42 Millionen Mark hat das DRK in diesem Jahr in die Auslandshilfe fließen lassen. DRK-Präsident Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein erklärte bei der Vorstellung der Jahresleistungen des Deutschen Roten Kreuzes in Bonn, wenn von einer „wachsenden Ausländerfeindlichkeit" der Deutschen gesprochen werde, müsse man solche Ergebnisse berücksichtigen.

Teilweise war das deutsche Engagement bei Auslands-Einzelsammlungen so groß, daß sogar Wiederaufbau vom DRK betrieben werden konnte – wie etwa mit fast zwei Millionen Mark im italienischen Erdbebengebiet, wo tausend Helfer rund 500 Wohneinheiten aufstellten, oder beim algerischen Erdbeben von El Asnam, wo weit mehr als 300 000 Mark Aufbauhilfe geleistet wurden. An der Spitze aller Empfängerländer stand 1983 Polen, wohin das DRK mehr als 14 Millionen Mark Soforthilfe leitete.

Zweitgrößter Auslands-Empfänger war 1983 mit rund sechs Millionen Mark, hauptsächlich für Nahrungsmittel, das von Dürre und kriegerischen Konflikten erschütterte Äthiopien. Ein Frachtflugzeug hat noch am 19. Dezember 22 Tonnen Hilfsgüter nach Maputo in Moçambique geflogen.

Immer noch Suchanträge

Auch fast 39 Jahre nach Kriegsende ist der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes noch voll beschäftigt. Seit der staatlichen Registrierung von Mai 1950 sind beim DRK insgesamt 2 072 030 Suchanträge eingegangen, von denen fast 85 Prozent geklärt werden konnten. Besonders erfreulich, so der Rot-Kreuz-Präsident in Bonn, seien die Erfolge im Kindersuchdienst, wo es von 293 947 Anträgen nur noch 3015 offene gebe.

Bei der Familienzusammenführung rechnet das DRK 1983 mit 40 000 Personen, die aus Ost- und Südosteuropa in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind – 9000 weniger als noch im Jahre 1982. Maßgeblich beteiligt an diesem Rückgang ist die Sowjetunion, die 1983 nur 500 Personen im Rahmen der Familienzusammenführung ausreisen ließ, nach Prinz Wittgenstein „die niedrigste Zahl seit 1971". Dagegen rechnet das Rote Kreuz mit 16 000 Ausreisen Deutscher aus Rumänien – „dies wird das beste Ergebnis seit 40 Jahren sein". Persönliche Schicksale brachten im Jahre 1983 100 000 Bittbrief-Schreiber beim DRK vor.

Weniger Kleiderspenden

Sorgen bereitet dem Deutschen Roten Kreuz der angesichts wirtschaftlicher Schwierigkeiten wachsende Andrang in den Kleider-Ausgabestellen. In den Kleiderkammern, so der DRK-Präsident, gehe es „schon an die Substanz". Der Spendeneingang leide hier unter anderem darunter, daß sich kommerzielle Kleidersammler unter Vorspiegelung falscher Tatsachen in Sammelverläufe einschleusten. Ohnehin habe das allgemeine Spendenaufkommen, ohne besondere Aufrufe in Katastrophen-Fällen, im letzten Jahr abgenommen.

Nach dem Verkauf des DRK-Hilfsschiffs „Flora", an dessen Bord 1983 weltweit der einzige Rot-Kreuz-Helfer durch Beschuß von Bewaffneten vor der libanesischen Küste zu Tode gekommen war, wartet das Rote Kreuz auf den Eingang der Kaufsumme, um dann eventuell der „Stiftung Flora" als Träger des am 1. September 1979 übernommenen Schiffes den Einsatz einer „Flora II" vorzuschlagen.

Zu den Höhepunkten für 1984 gehört ein Besuch des „DDR"-Rot-Kreuz-Präsidenten Professor Siegfried Ackermann in Bonn. Er wie sein Bonner Amtskollege fechten unter anderem für das gemeinsame Anliegen, daß beide deutsche Staaten die Zusatzprotokolle zum Genfer Rot-Kreuz-Abkommen, betreffs Schutz der Opfer internationaler und nichtinternationaler Konflikte, nicht nur unterzeichnen, sondern auch ratifizieren.

Ein Phantom namens Peter Schröder

dpa, Bad Säckingen

Für die Erfindung eines Schülers ist die Klasse 11a des Scheffel-Gymnasiums in Bad Säckingen mit dem Eulenspiegel-Preis der Rosenthal AG ausgezeichnet worden. Die Jungen und Mädchen hatten einen Schüler namens Peter Schröder erfunden und ins Klassenbuch eingetragen. Das Schüler-Phantom tauchte in Notenbüchern der Lehrer auf und konnte dank vieler Tricks und Einfälle seiner „Ziehväter und -mütter" mehr als zwei Monate sein Phantomdasein fristen.

Da er nie anwesend war, wurde Peter Schröder im Klassenbuch als „fehlt" oder „krank" eingetragen. Als die ewige Abwesenheit ihres Mitschülers nicht mehr zu begründen war, fotokopierten die Schüler aus dem Branchenbuch der Bundespost den Briefkopf einer Nervenklinik und ließen darauf ihrem Mitschüler Störungen des vegetativen Nervensystems attestieren. Aus dem Genesungsurlaub, in den ihn seine Mitschüler geschickt hatten, grüßte Peter Schröder mit fröhlichen Ansichtskarten.

Als schließlich bei den Lehrern Mißtrauen keimte und sie die Eulenspiegelei durchschauten, machten sie mit. Der Mathematiklehrer der Klasse ließ sich sogar eine „Gegen-Eulenspiegelei" einfallen. Als Schröder bei einer Klassenarbeit wieder einmal fehlte, bemerkte er in einer Notiz: „Dem Schüler Peter Schröder kann ich wegen seiner Abwesenheit bei der ersten Arbeit keine Zensur erteilen. Dies ist um so bedauerlicher, als mich gerade seine schriftliche Leistung interessiert hätte, nachdem ich mir bereits in den letzten Wochen ein sehr gutes Bild von seinen mündlichen Leistungen machen konnte."

Zum Erstaunen seiner Mitschüler attestierte der Lehrer dem Phantom, er sei unauffällig im Unterricht und falle im Gegensatz zu den anderen Schülern in der Klasse nie auf. Er beteilige sich nicht an den üblichen und unüblichen Scherzen wie Singen von Liedern, Herummotzen bei den Lehrkräften oder Spicken bei Klassenarbeiten: „Er ist also ein Außenseiter in der Klasse, an dem sich die übrigen Schüler ein Vorbild nehmen sollten."

Weltliche Strafen im „Geister"-Prozeß

12 400 Mark für „Chopper"-Zahnarzt und Frau

PETER SCHMALZ, München

Gestern wurde auch im zweiten Chopper-Prozeß ein Schuldspruch gefällt: Der Regensburger Amtsrichter Peter Völlner verurteilte gestern den Zahnarzt Kurt Bachseitz (62) wegen Vortäuschung einer Straftat und dreifacher Beleidigung zu 8800 Mark Geldstrafe, die ein Jahr jüngere Ehefrau Margot muß wegen Vortäuschung einer Straftat 3600 Mark zahlen. Das Gericht blieb damit weit unter dem Antrag des Staatsanwalts, der für das Ehepaar insgesamt 27 600 Mark Geldstrafe gefordert hatte. Die Verteidiger hatten das Material der Anklage als „Hypothesen und Unterstellungen" abqualifiziert und auf Freispruch plädiert.

Aber Richter Völlner zeigte sich von der Schuld des Ehepaares überzeugt: Spätestens einen Monat vor Choppers Entlarvung im März vergangenen Jahres sollen Bachseitz und seine Frau gewußt haben, daß hinter dem krächzenden Geist von Neutraubling kein anderer steckt als die damals 16jährige Claudia.

Daraufhin hätten beide Claudia mit dem Ziel unterstützt, die Ermittlungen der Polizei zu behindern. Der Dentist habe sich mit Chopper identifiziert und die Beleidigungen seiner Patienten nicht unterbunden. Frau Bachseitz lastet das Gericht an, die Polizei bei der Fahndung nach der Geisterstimme wider besseren Wissens auf die falsche Fährte gelockt zu haben.

Die Angeklagten hörten sich den Urteilsspruch stumm und ohne erkennbare Regungen an. Ihre Verteidiger kündigten jedoch an, auf jeden Fall Rechtsmittel einzulegen: Das Urteil stehe auf sehr wackligen Füßen.

Doch trotz der hohen Geldstrafe wird der Urteilsspruch das Ehepaar vor einer befürchteten weiteren Geldforderung verschonen, die von der Bundespost droht. Da die Geisterstimme im ersten Chopper-Monat vornehmlich über das Telefon der Zahnarztpraxis in Neutraubling bei Regensburg zu hören war, hatte die Post mit Spezialtrupps zur Geisterjagd geblasen. Die mit hohem technischen Aufwand vergeblich betriebene Suche kostete mehr als 50 000 Mark. Dieses Geld will die Post vom Chopper-Schuldigen. In diesem Fall aber legte Richter Völlner seine schützende Hand über das Paar: Die Telefon-Chopperei gehe ausschließlich auf das Konto von Claudia. Die Post muß nun prüfen, ob sie die Unkosten bei dem heute 17jährigen Mädchen eintreiben will, das wegen der Chopperei von einem Jugendrichter bereits zu 1500 Mark Geldbuße verurteilt wurde.



Das Urteil gegen Kurt Bachseitz und seine Frau Margot soll nicht das letzte Wort im Fall „Chopper" sein. Die Verteidigung will Berufung einlegen. FOTO: AP

„El Niño" beeinflußte den Lauf der Welt

GITTA BAUER, New York

Der pazifische Strom „El Niño", der von Meteorologen für Klimastörungen rund um die Erde verantwortlich gemacht wird, war in diesem Jahr so stark, daß die von ihm erzeugten Stürme die Erdumdrehung verlangsamten. Im vergangenen Januar betrug die Verlangsamung tagelang eine fünftel Millisekunde pro Tag. Das war die größte Veränderung in der Länge eines Tages innerhalb kürzester Zeit, die je verzeichnet wurde. Davon sind Richard Rosen und David Salstein, in Cambridge (US-Bundesstaat Massachusetts) beheimatete Meteorologen, die globale Wettertrends studieren, überzeugt.

Der Name des Meeresstroms, „El Niño", ist das spanische Wort für Christkind, weil der Strom in der Höhe des Äquators im allgemeinen um die Weihnachtszeit auftaucht. Im vorigen Jahr trat er schon wesentlich früher auf und erwärmte Meer und Luft derart, daß starke klimatische Veränderungen, enorme Stürme, Überschwemmungen, Trockenheiten die Folge waren. Die Zeit, in der „El Niño" das Klima auf der ganzen Welt beeinflußte, ist die längste in unserem Jahrhundert gemessene Spanne.

So wurde etwa Ende Januar die Atmosphäre von mehr Stürmen heimgesucht, als je registriert. Die beiden Meteorologen sprechen von 8,5 Prozent mehr als in früheren Aufzeichnungen. Dabei kam es offenbar zu einer Erscheinung, die die Meteorologen „Mountain Torque" (Berg-Drehkraft) nennen. Das heißt, der atmosphärische Druck ist auf einer Seite eines Gebirges stärker als auf der anderen und verändert auf diese Weise die Geschwindigkeit der Erdumdrehung. Der größte Hochdruck einer Zone wurde im Januar auf dem Osthang des Himalaja-Massivs gemessen. Was im fernen Pazifik vor den Küsten von Peru und Ecuador als Meeresstrom „El Niño" auftauchte, erzeugte Luftdrücke, die wie mit Riesenhand das höchste Gebirge der Welt gegen die Erdrotation schoben. „Für uns war das eine echte Überraschung", sagte Rosen. „Es ist unseres Wissens noch nie vorgekommen." (SAD)

WETTER: Mild und unbeständig

Wetterlage: Milde Atlantikluft fließt von der Biskaya her nach Mitteleuropa, wobei mitgeführte Regenfronten das Wetter in Deutschland unbeständig gestalten.

Deutscher Wetterdienst 21. Dezember 1983, nachm.

Vorhersage für Donnerstag:

Ganz Deutschland: Zunächst locker bewölkt und weitgehend niederschlagsfrei. Im Laufe des Vormittags Bewölkungszunahme aus Südwest und nachfolgend Durchzug eines Regengebietes. Tagestemperaturen zwischen 5 und 10 Grad. Nächtliche Tiefstwerte nur wenig niedriger. Nullgradgrenze in den Alpen oberhalb 1200 Meter. Schwacher bis mäßiger, im Tagesverlauf böig auffrischender Südwind.

Weitere Aussichten:

Wechselhaft. Weitere, zum Teil schauerartige Regenfälle. Mild.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	3°	Kairo	19°
Bonn	8°	Kopenh.	5°
Dresden	6°	Las Palmas	21°
Essen	7°	London	8°
Frankfurt	6°	Madrid	9°
Hamburg	4°	Mailand	7°
List/Sylt	2°	Mallorca	15°
München	0°	Moskau	2°
Stuttgart	3°	Nizza	10°
Algier	19°	Oslo	-3°
Amsterdam	7°	Paris	8°
Athen	16°	Prag	-2°
Barcelona	14°	Rom	15°
Brüssel	8°	Stockholm	0°
Budapest	8°	Tel Aviv	21°
Bukarest	5°	Tunis	17°
Helsinki	2°	Wien	2°
Istanbul	12°	Zürich	2°

* Sonnenaufgang am Freitag: 8.25 Uhr, Untergang: 16.16 Uhr; Mondaufgang: 20.18 Uhr, Untergang: 11.26 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Gratis-Heroin soll Amsterdams Drogenproblem lösen

Begleitet von heftiger Kritik lief ein neues Programm an / Kostenloses Rauschgift soll Beschaffungskriminalität eindämmen

ELFRUN JACOB, Amsterdam

Zu einem Aufschrei der Empörung auch in den Niederlanden hat die erklärte Absicht der Stadt Amsterdam geführt, demnächst 300 Drogenabhängige kostenlos mit Heroin zu versorgen. Ein Mehrheitsbeschluß des Amsterdamer Stadtrats stellt nicht nur die Mittel zur Verfügung, sondern gab auch grünes Licht für diese „ganz neue, totale Drogenpolitik", die der sozialistische Oberbürgermeister Ed van Thijn jetzt vorstellte. Die Sozialisten, die kleinen Linksparteien, die Liberalen (bedingt) sind für das Experiment – die Christdemokraten dagegen. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Haager Parlament, wo quer durch Koalition und Opposition eine Mehrheit für die Amsterdamer Linie zu erwarten wäre. Das christlich-liberale Kabinett jedoch sieht die Amsterdamer Initiative als Affront und reagierte entsprechend empfindlich.

Amsterdam will solche Bedenken unterlaufen, indem der Drogenabhängige zum Patienten, die Abgabe von Heroin zur medizinischen Indikation im Rahmen einer Behandlung gemacht wird. So beruft sich dann auch Bürgermeister van Thijn auf Artikel 38, Absatz 2 des 1961 in New York geschlossenen Drogen-Abkommens. Hier werde ausdrücklich die *Möglichkeit eröffnet, Heroin in der* Gesundheitspflege einzusetzen.

Das Drogenproblem, das laut van Thijn auf der Stadt ebenso schwer lastet wie die Arbeitslosenrate von 25 Prozent, stellt sich für die Amsterdamer selbst, für Besucher, für besorgte Eltern und auch für Drogenexperten im Ausland ganz anders dar. Sorgen macht man sich vor allem darüber, daß die neue Initiative den Ruf Amsterdams als Drogenmekka verstärken könnte. Nach offiziellen Angaben beherbergt die Grachtenstadt heute schon 8000 Drogenabhängige, zehn Prozent davon sind Deutsche. Kenner der Szene glauben jedoch, daß man diese Zahlen eher verdoppeln muß. Gerade diesem Sog wolle man entgegenwirken, so beteuerte der Bürgermeister, indem man bei Freigabe des Heroins die Polizei und ihren Einsatz verstärke. So sollen parallel zu der Verteilung des Stoffs 36 neue Stellen bei der Rauschgiftbrigade geschaffen und zahlreiche Beamte von Verwaltungsaufgaben freigestellt werden. Die mangelnde Nachfrage auf dem Schwarzen Markt und der verschärfte Polizeieinsatz würden den illegalen Handel eindämmen – und darum gehe es ja.

Die Amsterdamer Stadtväter erhoffen sich von dieser „Totalpolitik", daß die sogenannte Randkriminalität von selbst verschwindet. Wenn ein „Junkie" seinen täglichen Schuß nicht mehr durch Diebstahl, Überfall und Raub finanzieren müsse, sei auch schnell Schluß mit dieser Art der Kriminalität, deren „Umsatz" im vergangenen Jahr auf etwa zwei Milliarden Mark geschätzt wurde und steigende Tendenz aufweist.

Seit einigen Jahren schon betreibt die Stadt ein MethadonProgramm. 1000 Abhängige beziehen vom Gesundheitsamt, meist in einem neutralen Bus, der zu festvereinbarten Zeiten bestimmte Stellen anfährt, ihre tägliche Dosis dieses chemischen Heroinersatzes. Methadon beugt Entzugserscheinungen vor, ohne jedoch einen „Flash" oder „Kick", wie der euphorische Dämmerzustand im Szenenjargon genannt wird, hervorzurufen. Ähnlich soll auch die Verteilung des Heroins vor sich gehen; sie beschränkt sich auf bekannte, mehr oder weniger hoffnungslose Fälle und soll ausschließlich Niederländern vorbehalten bleiben. Kam es durch das Methadon-Programm zu mehr Entwöhnungen? Zu weniger Randkriminalität? Experten verneinen dies eindeutig.

Treibt Amsterdam also den Teufel mit dem Beelzebub aus? Der scharfen Kritik aus dem Ausland begegnen Vertreter des neuen Programms mit dem Hinweis, daß auch die „harte Drogenpolitik" in den Nachbarländern keinen Erfolg zeige. Außerdem heißt es in Amsterdam, daß der Magistrat mit seinem neuen Heroinprogramm die Flucht nach vorn antritt, um der linken Mehrheit im Stadtrat, die noch viel weiter gehen will, ja Heroin wie Alkohol frei verkaufen will, den Wind aus den Segeln zu nehmen.

ZU GUTER LETZT

Die Bemühungen, weihnachtlich Traditionelles aus dem offiziellen „DDR"-Sprachgebrauch zu eliminieren, gehen munter weiter. Nach der „geflügelten Jahresendfigur" für Weihnachtsengel, mußte nun auch der Weihnachtsbaum dran glauben: An der Ostberliner Markthalle in der Liebknechtstraße werden zur Zeit nur „Schmuckbäume" angeboten.